



Gesellschaft im Wandel

Demografische und soziale Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen und seinen Regionen 1999 – 2009

Gesellschaft im Wandel

**Demografische und soziale
Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen
und seinen Regionen 1999 – 2009**

Impressum

Herausgeber:
Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-01
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.it.nrw.de>
E-Mail: poststelle@it.nrw.de

Autor(inn)en:
Thomas Müller
Dr. Eva Munz
Dr. Wolfgang Seifert

Pressestelle
Telefon: 0211 9449-2521/2518
E-Mail: pressestelle@it.nrw.de

Zentrale statistische Information und Beratung
Telefon: 0211 9449-2495/2525
E-Mail: statistik-info@it.nrw.de

Publikationsservice
Telefon: 0211 9449-2494
E-Mail: vertrieb@it.nrw.de
Onlineabruf, -bestellung: www.it.nrw.de (siehe unter Publikationen)

© Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Bestell-Nr.: Z611 2010 51

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	5
2 Bevölkerung	6
2.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene	7
2.2 Geburten, Sterbefälle und Wanderungsbewegungen in den vergangenen zehn Jahren	7
2.3 Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung	8
2.4 Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund	10
2.5 Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 auf Landesebene	12
2.6 Regionale Bevölkerungsentwicklung und -struktur	13
2.7 Regionale Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030	16
3 Lebensformen und Familien	20
3.1 Haushaltsgröße	21
3.2 Lebensformen	22
3.3 Familienstrukturen	24
3.4 Eheschließungen und -scheidungen	27
4 Bildung	28
4.1 Bildungsstruktur der Bevölkerung	30
4.1.1 Allgemeinbildende Abschlüsse	30
4.1.2 Berufsbildende Abschlüsse	32
4.2 Verteilung der Schülerinnen und Schüler über die Schulformen	33
4.3 Allgemeinbildende Abschlüsse	35
4.4 Berufliche Bildung	38
4.5 Hochschulstudium	42
5 Erwerbsverhalten und Arbeitsmarkt	44
5.1 Entwicklung der Erwerbsquoten	46
5.2 Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials	50
5.3 Erwerbslosigkeit	51
5.4 Erwerbssituation	54
5.5 Regionale Unterschiede	58
6 Verdienststrukturen	65
Literaturverzeichnis	67
Anhang	69
Zeichenerklärung	70
Glossar	71
Verzeichnis der Texttabellen	77
Verzeichnis der Abbildungen	79

1 Einleitung

Die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens nimmt ab und sie wird älter. Gleichzeitig wird sie aber auch vielfältiger, qualifizierter und erwerbsorientierter. Regionale Unterschiede nehmen zu und die Ungleichheiten zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen werden größer. Dies sind die zentralen Ergebnisse des vorliegenden Berichts, der sich mit der demografischen und sozialen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren befasst.

Der soziale Wandel hat nicht nur Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft, sondern stellt auch immer wieder neue Anforderungen an die politischen Akteure und die Gesellschaft insgesamt. Seine Beobachtung ist daher von zentraler Bedeutung.

Der vorliegende Bericht möchte für diese Beobachtung einen Beitrag leisten. Hierbei werden die Bevölkerungsentwicklung, die Teilhabe am Bildungs- und Erwerbssystem, die durch Erwerbsarbeit erzielten Einkommen sowie die Änderungen des Zusammenlebens thematisiert. Diese Entwicklungen werden für Frauen und Männer sowie für Personen mit und ohne Migrationshintergrund betrachtet. Außerdem werden Unterschiede zwischen den Regionen herausgearbeitet, denn sowohl in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung als auch hinsichtlich der Bildungsstruktur, der Erwerbsorientierung und der Arbeitsmarktsituation gibt es in Nordrhein-Westfalen große regionale Unterschiede und zum Teil starke Differenzen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Die Beobachtung dieser vielfältigen gesellschaftlichen Entwicklungen erfordert zuverlässige empirische Daten und deren themenbezogene Auswertung. Basis der Veröffentlichung sind Daten der amtlichen Statistik, die nach den Prinzipien der Objektivität und Neutralität erhoben und bereitgestellt werden. Die Analyse der Daten und die sachliche Einbettung der Ergebnisse können auf notwendige gesellschaftliche Handlungsfelder hinweisen. Mit dieser Publikation möchte Information und Technik Nordrhein-Westfalen die Diskussion über die demografische und soziale Entwicklung in unserem Land unterstützen.

2 Bevölkerung

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- > 2009 lag die Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens bei 17,9 Mill. Seit 2004 nimmt die Bevölkerung infolge des bestehenden Geburtendefizits und abnehmender Wanderungsgewinne jährlich ab.
- > 2008 und 2009 wurden erstmals seit 1985 wieder mehr Fort- als Zuzüge über die Landesgrenze registriert.
- > Rund 4,3 Mill. Personen hatten 2009 einen Migrationshintergrund, das entsprach einem Bevölkerungsanteil von nahezu einem Viertel. Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist deutlich niedriger als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.
- > Der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Bevölkerung ist seit 2000 rückläufig, 2009 lag dieser Anteil bei 10,5 %.
- > Nach Bevölkerungsvorausrechnungen wird die Einwohnerzahl in Nordrhein-Westfalen bis Anfang 2030 um rund eine halbe Mill. Personen auf 17,3 Mill. zurückgehen. Während vor allem in den Großstädten der Rhein-schiene auch zukünftig weiter mit einem Bevölkerungswachstum von bis zu 11 % gerechnet werden kann, wird sich die Mehrzahl der kreisfreien Städte und Kreise auf einen Rückgang der Einwohnerzahlen einstellen müssen.
- > Die demografische Alterung der Bevölkerung wird bis 2030 deutlich vorschreiten. Dann werden 49 Senioren im Alter von 65 Jahren und älter 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren gegenüberstehen. Im Jahr 2009 lag der Altenquotient noch bei 34.

Daten über die Größe und Struktur der Bevölkerung sowie die natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen stellen eine Basisinformation der amtlichen Statistik dar. Die Veränderungen von Umfang und Altersstruktur der Bevölkerung werden auch zukünftig Rückwirkungen auf alle relevanten Gesellschaftsbereiche haben: die Wirtschaft, die Bildungs- und Erwerbschancen der Bevölkerung sowie nicht zuletzt auf Institutionen und das Sozialversicherungssystem.

Im ersten Teil schließt sich einem Blick auf die Bevölkerungsstruktur sowie die Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene in den vergangenen zehn Jahren eine nähere Betrachtung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie mit ausländischer Staatsangehörigkeit an. Außerdem wird ein Ausblick auf die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2030 gegeben.

Im zweiten Teil wird die Bevölkerungsstruktur in den kreisfreien Städten und Kreisen in den Blick genommen sowie die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den kommenden 20 Jahren. Es wird deutlich, dass die zukünftige Bevölkerungsentwicklung regional sehr unterschiedlich ausfallen wird und somit die damit verbundenen Herausforderungen an die Kommunen sehr unterschiedlich ausfallen werden.

2.1 Bevölkerungsentwicklung auf Landesebene

Ende 2009 lebten in Nordrhein-Westfalen rund 17,9 Mill. Einwohner, das sind gut ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands. Zehn Jahre zuvor lag die Einwohnerzahl noch bei rund 18 Mill. Bis zum Jahr 2003 war die Bevölkerungszahl auf den historischen Höchststand von rund 18,1 Mill. angestiegen, seit 2004 sank die Einwohnerzahl jedoch wieder von Jahr zu Jahr und lag 2009 etwa auf dem Niveau von Mitte der 1990er-Jahre.

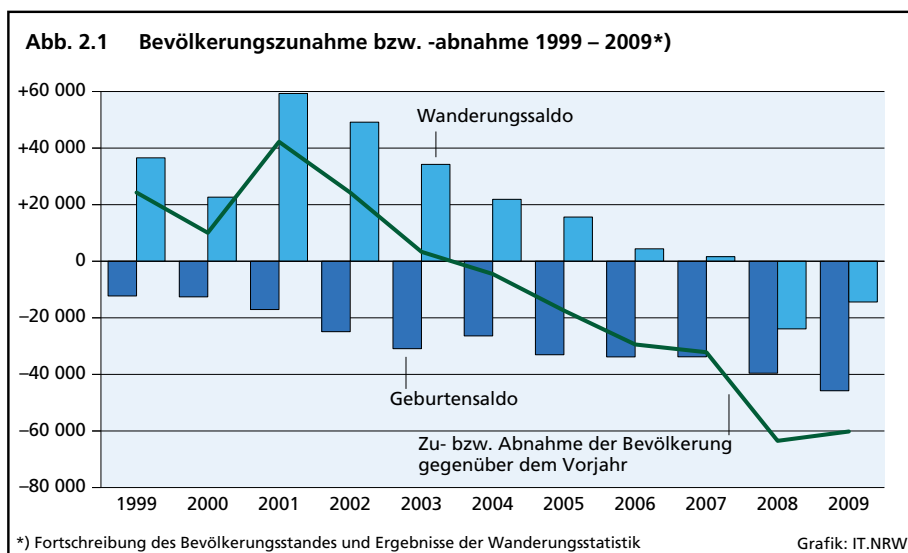
**Bevölkerungszahl in NRW
seit 2004 rückläufig;
2009 lag die Einwohnerzahl
bei 17,9 Millionen.**

2.2 Geburten, Sterbefälle und Wanderungsbewegungen in den vergangenen zehn Jahren

Die Bevölkerungsentwicklung und damit die Größe und Zusammensetzung einer Bevölkerung wird durch die Geburten, Sterbefälle und die Wanderungen beeinflusst.

Bereits seit 1972 (Ausnahmen bildeten die Jahre 1990 bis 1992 sowie das Jahr 1997) ist in Nordrhein-Westfalen ein Geburtendefizit bzw. Gestorbenenüberschuss zu verzeichnen, d. h., jährlich übersteigt die Zahl der Sterbefälle die der Geburten. 2009 standen 145 029 Lebendgeburten 190 814 Gestorbene gegenüber, was ein Geburtendefizit von 45 785 Personen ergibt. Zehn Jahre zuvor lag das Geburtendefizit mit 12 273 noch deutlich niedriger.

**Geburtendefizit von 1999
bis 2009 weiter angestiegen**



Das Wanderungsgeschehen Nordrhein-Westfalens war infolge hoher Zuwanderungszahlen seit den 1960er-Jahren lange Zeit durch einen hohen positiven Wanderungssaldo gekennzeichnet, d. h., die Zahl der Zuzüge übertraf die Zahl der Fortzüge deutlich und war der wesentliche Faktor für einen Anstieg der Einwohnerzahlen bis zum Jahr 2003.

Seit 2004 sind die Wanderungsgewinne so weit zurückgegangen, dass das Geburtendefizit nicht mehr kompensiert werden kann und deshalb die Zahl der Einwohner seit 2004 abnimmt.

2008 und 2009 erstmals seit 1985 wieder mehr Fort- als Zuzüge über die Landesgrenze

Seit 2008 ist zu beobachten, dass sich die seit Mitte der 1980er-Jahre jährlich zu verzeichnenden Wanderungsgewinne erstmalig wieder in Wanderungsverluste umkehrten. 2008 wurden 23 910 mehr Fort- als Zuzüge über die Landesgrenze gezählt. Ein Jahr später standen 284 704 Zuzügen Fortzüge in Höhe von 299 107 gegenüber, was in einem gegenüber dem Vorjahr etwas kleinerem Wanderungsverlust von 14 403 Personen resultiert.

2009 führten sowohl der negative Wanderungssaldo als auch der negative Geburtensaldo auf Landesebene insgesamt gegenüber dem Vorjahr zu einer Bevölkerungsabnahme um gut 60 000 Personen.

Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird daher entscheidend sein, ob die Wanderungsverluste in den Jahren 2008 und 2009 nur eine Episode darstellen oder bereits einen Trend andeuten.

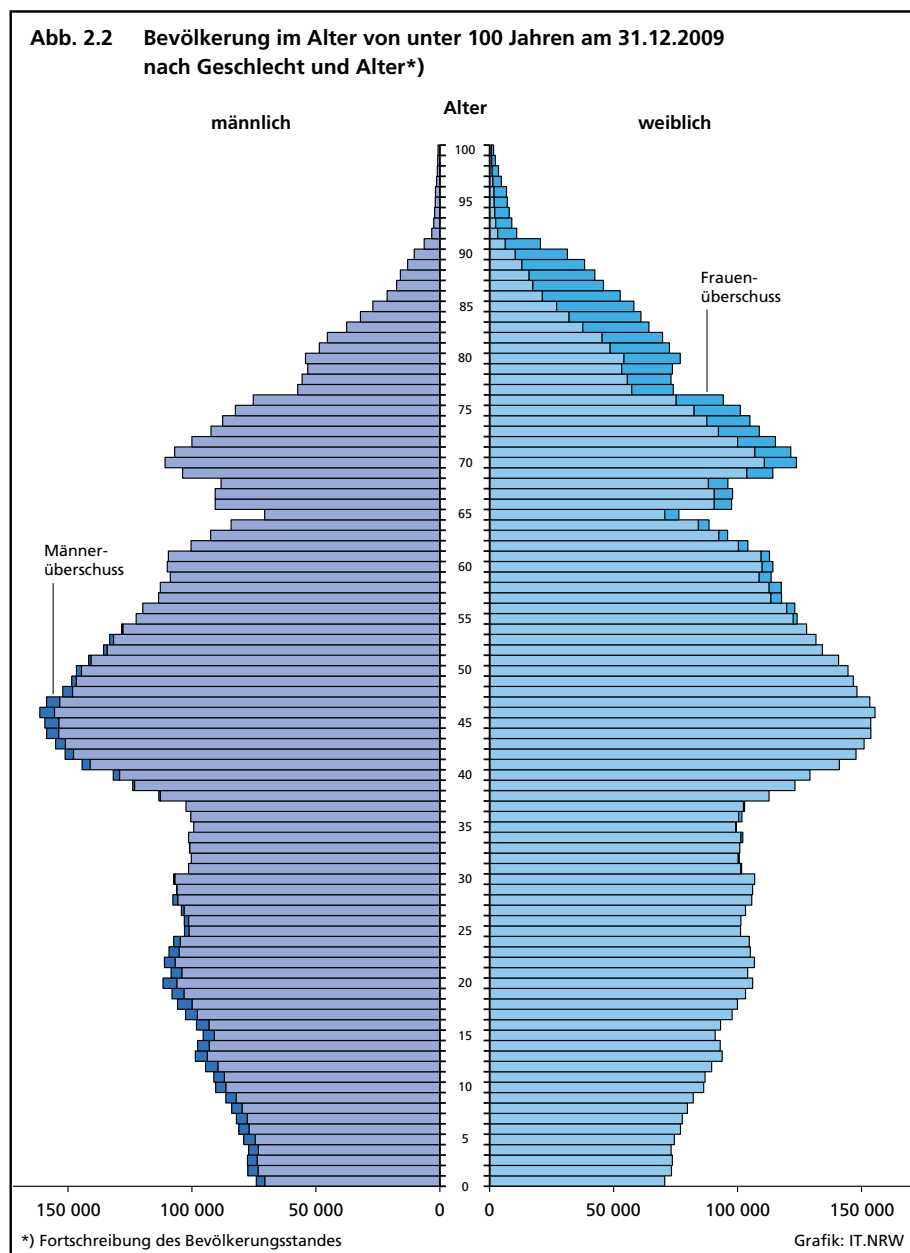
2009 zeigten sich unterschiedliche Wanderungsbewegungen in den einzelnen Altersstufen: Während bis zum Alter von 27 Jahren – insbesondere im Zusammenhang mit ausbildungs- und berufsbedingter Zuwanderung – nahezu durchgängig Wanderungsgewinne erzielt werden konnten, treten ab einem Alter von 28 Jahren in jeder Altersstufe mehr Fort- als Zuzüge über die Landesgrenze auf, wobei die Wanderungsverluste bei den Männern größer sind als bei den Frauen. Ein Vergleich mit den Jahren 2000 und 2004 zeigt zum einen, dass die Wanderungsgewinne in den relevanten Altersstufen von 20 bis unter 30 Jahren damals deutlich höher ausgefallen sind und zum anderen bei den Frauen bis in die Altersstufe Anfang bzw. Mitte 50 im Gegensatz zu 2009 leichte Wanderungsgewinne zu verzeichnen waren. Auch die Wanderungsverluste bei den Männern über 30 Jahren fielen damals in den meisten Altersstufen geringer aus.

2.3 Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung

Die aktuelle Alters- und Geschlechtsstruktur der nordrhein-westfälischen Bevölkerung lässt sich anschaulich anhand der Bevölkerungspyramide darstellen (siehe Abb. 2.2).

Wie auch in der gesamtdeutschen Bevölkerung ähnelt die Bevölkerungspyramide aufgrund der im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte gesunkenen Geburtenzahlen und einer weiter ansteigenden Lebenserwartung dem Bild einer „zerzausten Wattertanne“. Die jüngsten Altersstufen sind von Jahr zu Jahr schwächer besetzt und deuten auf eine schrumpfende Bevölkerung hin. Dem stehen die relativ stark besetzten Jahrgänge der Babyboomer-Generation in den Altersstufen um 40 bis Mitte 50 gegenüber. Die ersten dieser geburtenstarken Jahrgänge werden in etwa zehn Jahren das Rentenalter erreichen und zusammen mit den schwächer besetzten nachrückenden Jahrgängen zu einer deutlichen Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials führen (siehe hierzu auch Kapitel 5).

Des Weiteren werden in der Alterspyramide „Kerben“ in den höheren Altersstufen deutlich: Diese resultieren aus den Geburtenausfällen infolge des Zweiten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise von 1929.



Als Maßzahlen zur Beschreibung der Altersstruktur und ihrer zeitlichen Entwicklung werden häufig der Jugendquotient und der Altenquotient verwendet (vgl. Glossar). Diese stellen die Kinder- und Jugendgeneration, die sich in der Bildungs- und Ausbildungsphase befindet, und die nicht mehr im Erwerbsleben stehende ältere Generation jeweils der mittleren Generation im erwerbsfähigen Alter gegenüber.¹⁾ Die Maßzahlen dienen unter anderem als grober Indikator für die durch die Altersstruktur bedingten finanziellen Belastungen der Sozialsysteme.

1) Als erwerbsfähiges Alter gilt hier das Alter von 20 bis unter 65 Jahren. Als Obergrenze wird somit das (alte) gesetzliche Verrentungsalter gesetzt. Die Wahl einer höheren Altersobergrenze führt zu einer Reduzierung des Jugend- bzw. Altenquotienten.

Der Jugendquotient ist von 35 im Jahr 1999 auf 33 im Jahr 2009 gesunken.

In Nordrhein-Westfalen lag der Jugendquotient 2009 bei 33. Das heißt, dass 33 Kinder und Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kamen. In den Jahren 1999 und 2004 lag der Jugendquotient mit 35 noch etwas höher.

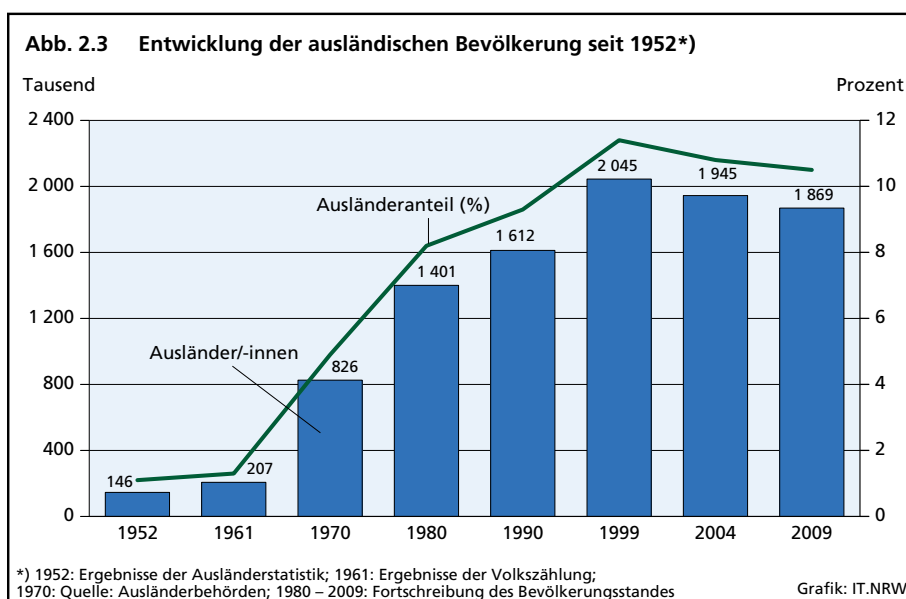
Der Altenquotient ist von 27 im Jahr 1999 auf 34 im Jahr 2009 gestiegen.

Der Altenquotient lag 2009 im Landesdurchschnitt bei einem Wert von 34, d. h., 34 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren standen 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren gegenüber. Der Altenquotient hat sich in den letzten zehn Jahren deutlicher verändert als der Jugendquotient. So lag der Altenquotient im Jahr 1999 noch bei 27 und ist bis zum Jahr 2004 auf einen Wert von 31 angestiegen. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen und schwächer besetzte Jahrgänge in die Personengruppe der 20- bis unter 65-Jährigen nachrücken, ist von einem weiteren deutlichen Anstieg des Altenquotienten auszugehen.

Bei Geburt ist das Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen in allen Zeiten und Regionen unausgewogen zugunsten der Jungen: 2009 kamen in Nordrhein-Westfalen auf 100 Mädchen- etwa 105 Jungengeburten. Bis zum Alter von unter 54 Jahren (mit einigen Ausnahmen in den Altersstufen zwischen 30 und unter 37 Jahren) leben mehr Männer als Frauen. Ab dem Alter 54 kehrt sich das Geschlechterverhältnis aufgrund der längeren Lebenserwartung der Frauen immer weiter zu deren Gunsten um: Im Alter von 80 Jahren beträgt der Frauenanteil nahezu 60 % und bis zum 89. Lebensjahr steigt er auf 75 % an.

2.4 Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund

Der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig angestiegen. 1952 lag der Anteil bei nur 1,1 %. Infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte nahm der Anteil in den 1960er- und 1970er-Jahren stark zu (1970:



4,9 %, 1980: 8,2 %). In den 1980er- und bis in die frühen 1990er-Jahre führten der Familiennachzug sowie die Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen zu einer weiteren Erhöhung des Anteils der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit (1990: 9,3 %). 1996 wurde mit einem Anteil von 11,5 % ein bisheriger Höchststand erreicht. Seit der Jahrtausendwende ging der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit wieder zurück. Im Jahr 2004 lag er bei 10,8 % und im Jahr 2009 bei 10,5 %.

Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit seit 2000 rückläufig; 2009 lag der Anteil bei 10,5 %.

Dieser Rückgang seit 2000 ist in erster Linie auf die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 zurückzuführen, welche eine erleichterte Einbürgerung ermöglichte. Kindern von in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern wurden nun bei Vorliegen weniger Voraussetzungen zusätzlich zur Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. In der amtlichen Statistik spiegelt sich die Gesetzesänderung in einem Rückgang des Anteils der Neugeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wider (1999: 16,1 %, 2004: 6,2 %, 2009: 4,8 %).

Rückgang der Zahl der Einbürgerungen von 65 000 im Jahr 2000 auf 26 000 im Jahr 2009

Aus der Einbürgerungsstatistik²⁾ ist ersichtlich, dass die Zahl der Einbürgerungen im Zusammenhang mit der genannten Gesetzesänderung deutlich auf 65 000 im Jahr 2000 angestiegen ist. In den Folgejahren nahm die Zahl der Einbürgerungen infolge der Einführung von Sprach- und Einbürgerungstests wieder ab, 2004 waren es nur noch gut 40 000. Fünf Jahre später haben etwa 26 000 Ausländer/-innen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Personen mit ehemals türkischer Staatsangehörigkeit stellten 2009 mit einem Anteil von rund einem Drittel wie in den Jahren zuvor die mit Abstand größte Gruppe unter den in Nordrhein-Westfalen neu Eingebürgerten dar.

Die Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stellen nur einen Teil der Personen mit „fremden Wurzeln“ dar. Umfassender ist das Merkmal Migrationshintergrund, das in der amtlichen Statistik seit 2005 erhoben wird. Neben den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch solche mit deutscher Staatsangehörigkeit, die selbst nach 1949 über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind, sowie Personen, bei denen mindestens ein Elternteil selbst zugewandert ist oder eine ausländische Staatsangehörigkeit hat.

2009 wiesen 4,3 Mill. Personen und damit fast jede vierte Person (24,1 %) in Nordrhein-Westfalen einen Migrationshintergrund auf.

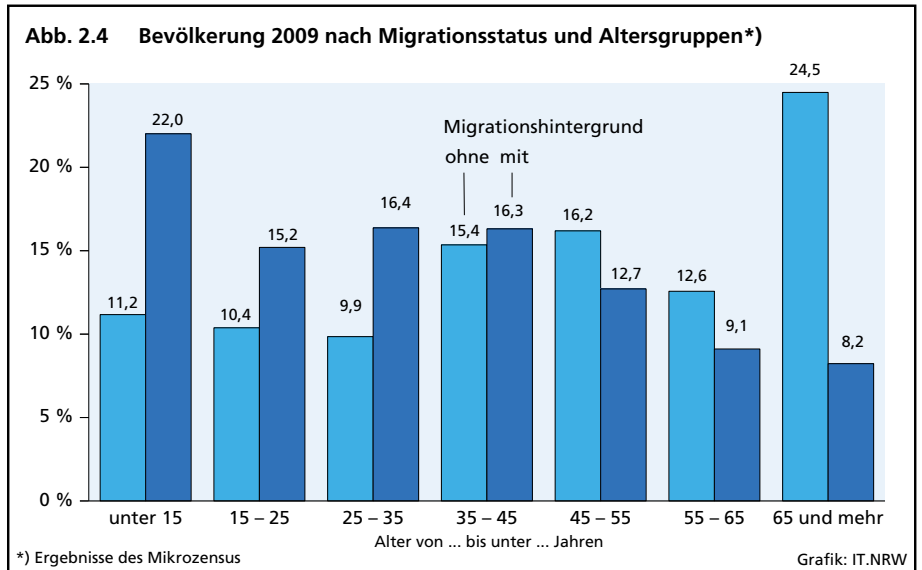
Fast ein Viertel der Bevölkerung hatte 2009 einen Migrationshintergrund.

Hinsichtlich der Altersstruktur unterscheidet sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich von der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: Erstere ist durch einen deutlich niedrigeren Altersdurchschnitt gekennzeichnet.

Während 2009 in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der über 65-Jährigen nur 8,2 % betrug, lag der entsprechende Anteil in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund etwa dreimal so hoch bei 24,5 %.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt deutlich jünger

²⁾ Vgl. LDS 2005; IT.NRW 2010a.



In der jüngsten Altersgruppe zeigt sich das gegenteilige Bild: Personen im Alter von unter 15 Jahren machen in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 11,2 % aus, in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt der entsprechende Anteil etwa doppelt so hoch bei 22,0 %. Bis zum Alter von unter 45 Jahren sind die Altersgruppen in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund relativ stärker besetzt als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

2.5 Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 auf Landesebene

Die oben beschriebenen Entwicklungen der natürlichen Bevölkerungsbewegung – insbesondere der seit Anfang der 1970er-Jahre einsetzende Geburtenrückgang und eine steigende Lebenserwartung – werden sich langfristig auf die Bevölkerungsentwicklung und -struktur auswirken und die demografische Alterung der Bevölkerung vorantreiben.

IT.NRW hat im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen eine Bevölkerungsvorausberechnung für die kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2030 erarbeitet. Diese Vorausberechnungen schreiben die drei Komponenten der demografischen Entwicklung – Geburten, Sterbefälle und Wanderungen – auf Basis der jüngsten Bevölkerungsentwicklung fort.³⁾

Bis Anfang 2030 wird die Zahl der Einwohner voraussichtlich um rund eine halbe Million zurückgehen.

Nach den Vorausberechnungen wird die Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens – als Folge des weiter anhaltenden Geburtendefizits – auf 17,3 Mill. zu Beginn des Jahres 2030 schrumpfen. Im Vergleich zum Bevölkerungsstand Ende des Jahres 2009 würde dies eine Abnahme um rund eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner bzw. um 3 % bedeuten.

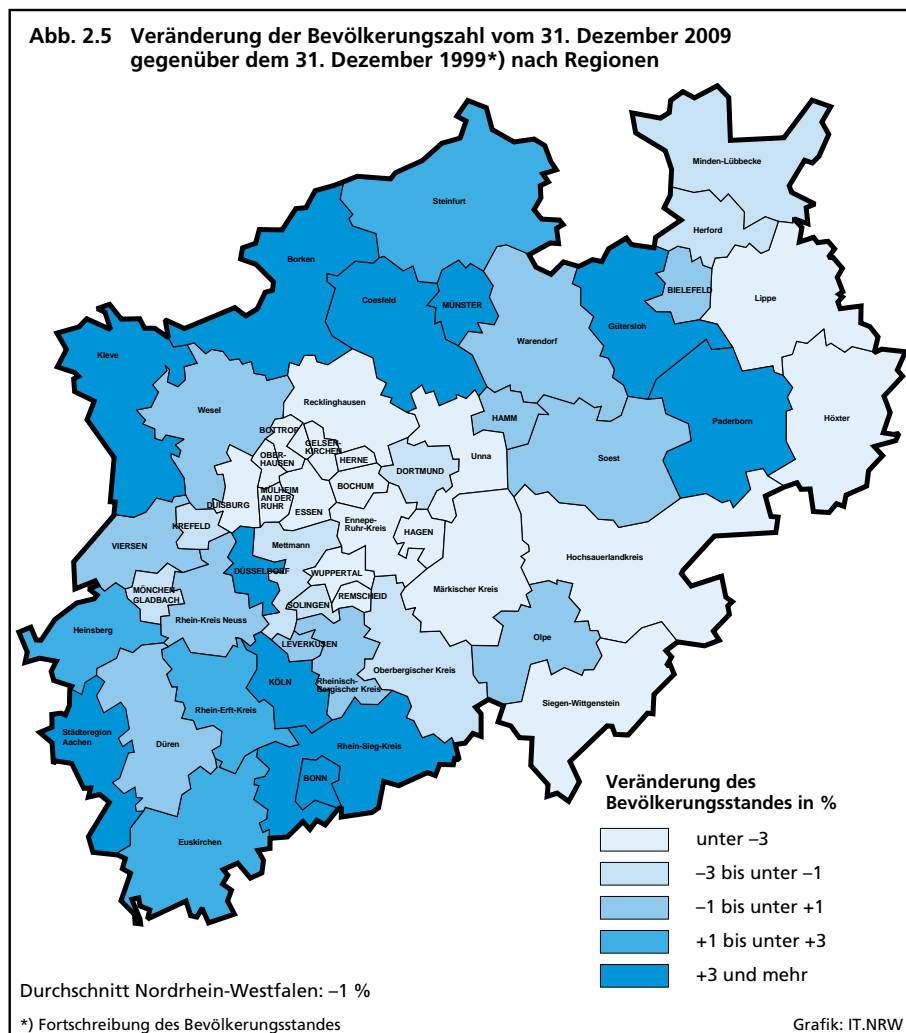
Neben der zukünftigen Veränderung des Bevölkerungsumfangs wird sich bis 2030 die demografische Alterung verstärken: Nach Ergebnissen der Vorausberechnungen wird der Jugendquotient von heute 33 auf einen Wert von 31 Anfang 2030 sinken.

3) Zu den Einzelheiten der Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung siehe Cicholas/Ströker 2009.

Während die leichte Absenkung des Jugendquotienten bis 2030 nur eine geringe Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung vermuten ließe, sieht dies beim Altenquotienten anders aus: Dadurch, dass die geburtenstarken Jahrgänge im selben Zeitraum das Rentenalter erreichen, wird der Altenquotient von heute 34 deutlich auf einen Wert von 49 ansteigen, d. h., 49 Senior(inn)en im Alter von über 64 Jahren werden dann 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren gegenüberstehen.

2.6 Regionale Bevölkerungsentwicklung und -struktur

Im Folgenden wird ein Blick auf die regionale Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen zehn Jahren geworfen. Im Landesdurchschnitt lag die Bevölkerungszahl Ende 2009 um etwa ein Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor. Die kreisfreien Städte und Kreise haben in diesem Zeitraum jedoch unterschiedliche Entwicklungspfade eingeschlagen.



Von einer Zunahme der Einwohnerzahlen um mehr als 3 % profitiert haben insbesondere die Städteregion Aachen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Großstädte der Rheinschiene (Bonn, Köln, Düsseldorf), der Kreis Kleve, das Münsterland (Kreis Borken, Kreis Coesfeld, Stadt Münster) sowie die Kreise Gütersloh und Pader-

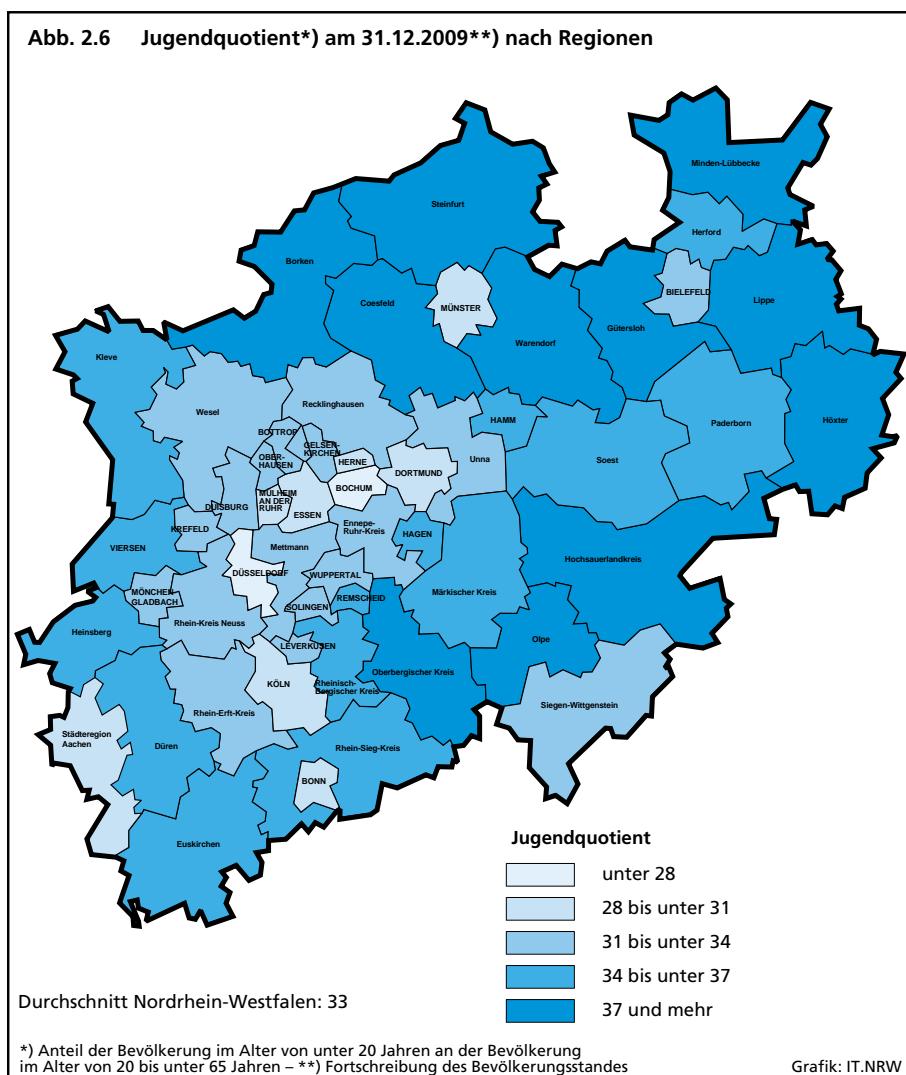
Seit 1999 steigende Einwohnerzahlen in den Großstädten der Rheinschiene und im Münsterland, im westlichen Ostwestfalen sowie in der Städteregion Aachen

Deutlicher Rückgang der Einwohnerzahlen seit 1999 im Ruhrgebiet und in Kreisen an der östlichen Landesgrenze

born. In den Städten haben entscheidend zum Bevölkerungswachstum die Wanderungsgewinne mit den übrigen Kommunen sowie die Wanderungen über die Landesgrenze beigetragen.

Ein deutlicher Rückgang der Bevölkerung um drei und mehr Prozent vollzog sich in den letzten zehn Jahren dagegen im Ruhrgebiet (am deutlichsten in Gelsenkirchen (-7,9 %), Hagen (-7,3 %) und Herne (-5,7 %)). Als weitere Kreise mit überdurchschnittlichem Bevölkerungsrückgang sind die an der nordöstlichen Landesgrenze gelegenen Kreise Lippe und Höxter, der Hochsauerlandkreis, der Kreis Siegen-Wittgenstein, der Märkische Kreis sowie die kreisfreien Städte Remscheid und Wuppertal zu nennen. Grund für die deutliche Abnahme der Einwohnerzahlen ist in vielen Fällen die Kombination von zwei Faktoren: ein überdurchschnittliches Geburtendefizit sowie überdurchschnittlich hohe Wanderungsverluste.

Die Darstellung der regionalen Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur geschieht im Folgenden ebenfalls anhand der Jugend- und Altenquotienten. In der folgenden Abbildung sind zunächst die Jugendquotienten in den kreisfreien Städten und Kreisen für das Jahr 2009 dargestellt. Es lässt sich das Muster erkennen, dass in den Großstädten des Landes die Jugendquotienten vorwiegend un-



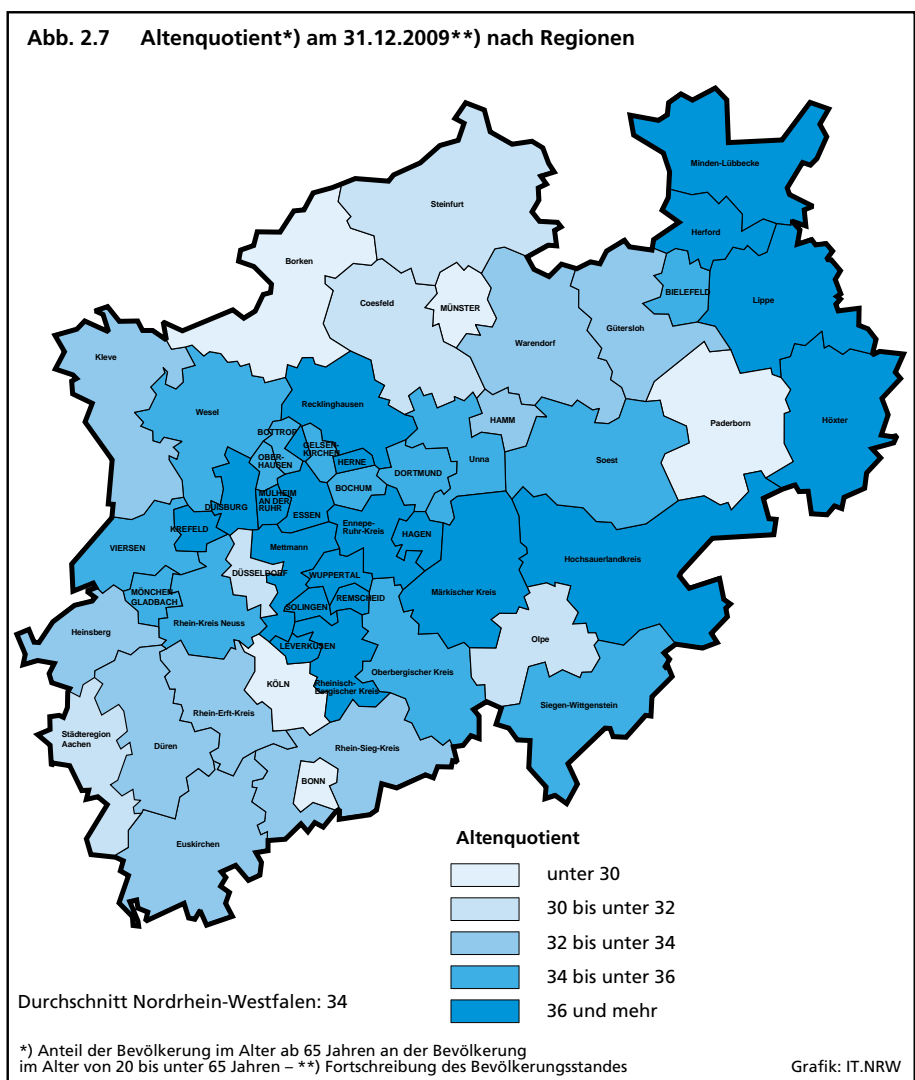
ter dem Landesdurchschnitt von 33 liegen, während in den ländlichen Regionen das Gegenteil der Fall ist.

Überdurchschnittlich hohe Jugendquotienten sind in den Regionen zu finden, in denen in den vergangenen Jahren die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau noch über dem Landesdurchschnitt lag: In Kreisen des Münsterlandes, in Ostwestfalen-Lippe sowie im Hochsauerlandkreis, im Oberbergischen Kreis und im Kreis Olpe (jeweils Jugendquotienten von 37 und höher).

Überdurchschnittlich hohe Jugendquotienten in ländlichen Regionen, niedrige Jugendquotienten in den Großstädten

Ein im Landesdurchschnitt stark unterdurchschnittlicher Anteil der Kinder- und Jugendgeneration sowie ein überdurchschnittlicher hoher Anteil der mittleren Generation schlagen sich in Düsseldorf (26) und Bochum (27) in sehr niedrigen Jugendquotienten nieder. Unterdurchschnittliche Jugendquotienten (28 bis unter 33) sind im ganzen Ruhrgebiet und den meisten angrenzenden Kreisen, aber auch in den Städten der Rheinschiene (Leverkusen, Köln, Bonn), in der Städteregion Aachen, in Krefeld, Wuppertal, im Kreis Siegen-Wittgenstein sowie in den Städten Münster und Bielefeld vorzufinden.

Auch der Altenquotient zeigt deutliche regionale Differenzen auf: Im Vergleich zum Landesdurchschnitt sehr niedrige Altenquotienten von unter



**Stark unterdurchschnittliche
Altenquotienten in Köln, Bonn,
Münster und in den Kreisen
Borken und Paderborn**

30 finden sich zum einen in Bonn und Köln, zum anderen im Münsterland (Kreis Borken und die Stadt Münster) sowie im Kreis Paderborn. Zum einen konnten diese kreisfreien Städte und Kreise in den vergangenen zwei Dekaden häufig Wanderungsgewinne verbuchen, die häufig in den mittleren Altersstufen stattfinden. Zum anderen führten auch realisierte Geburtenüberschüsse langfristig zu einer Stabilisierung der Zahl der mittleren Generation.

**Überdurchschnittlich
hohe Altenquotienten
im Ruhrgebiet, in Ostwestfalen-
Lippe, im Hochsauerlandkreis
sowie im Märkischen Kreis**

Eine deutlich ältere Bevölkerung als im Landesdurchschnitt zeigt sich zum einen in vielen Städten des Ruhrgebiets (z. B. Mülheim an der Ruhr: 42, Hagen: 40), aber auch in den östlichen Kreisen von Ostwestfalen-Lippe, im Hochsauerlandkreis, im Märkischen Kreis sowie im Bergischen Städtedreieck, in Leverkusen und im Rheinisch-Bergischen Kreis. Hier führten in den vergangenen Jahren Wanderungsverluste sowie eine negative Geburtenbilanz zu einer relativen Zunahme der älteren Bevölkerung.

Auffallend sind somit zum einen Bochum und die Großstädte außerhalb des Ruhrgebiets, die sowohl einen niedrigen Jugend- als auch Altenquotienten aufweisen. Dies ist auf einen im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedrigen Anteil der Kinder- und Jugendgeneration, aber einen hohen Anteil der mittleren Generation zurückzuführen.

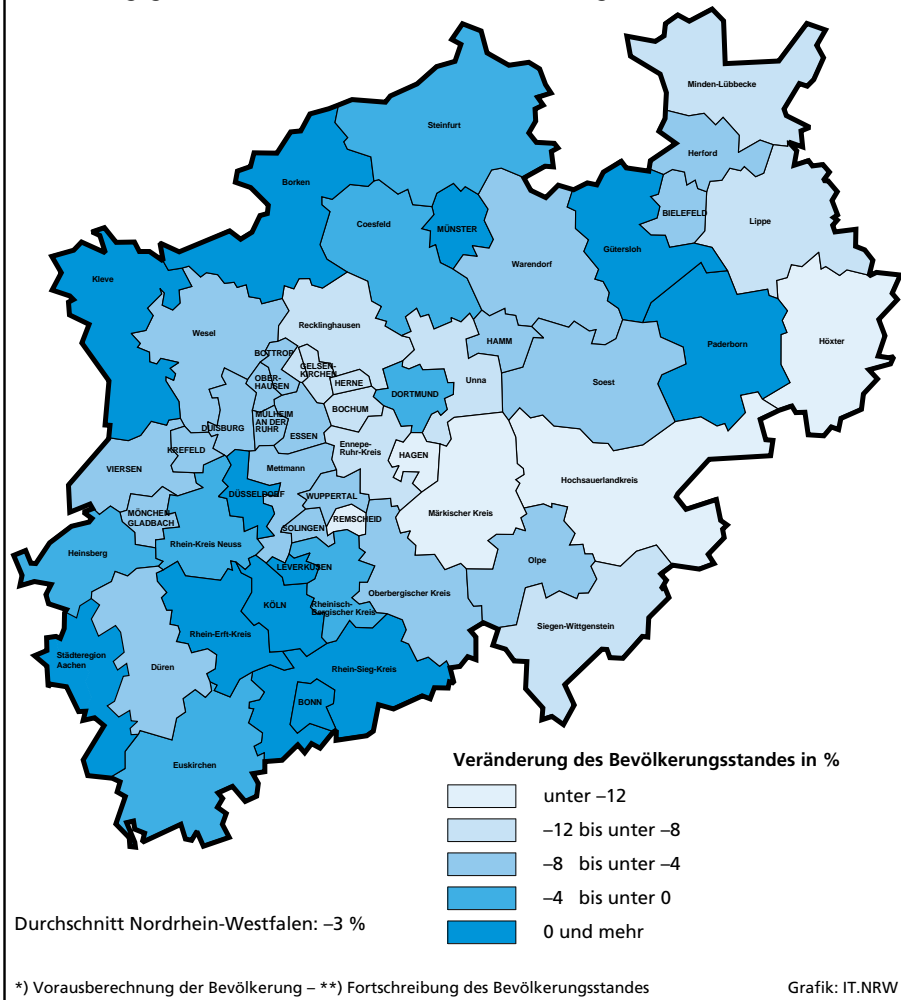
Auf der anderen Seite stehen Kreise wie z. B. der Hochsauerlandkreis und die östlichen Kreise Ostwestfalen-Lippes mit sowohl hohen Jugend- als auch Altenquotienten. Die Kinder- und Jugendgeneration als auch die Seniorinnen und Senioren sind hier gegenüber der mittleren Generation deutlich stärker besetzt als im Rest des Landes.

2.7 Regionale Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030

**Deutliche Bevölkerungszunahme
in den Großstädten
der Rheinschiene erwartet**

Nur in insgesamt 12 der nordrhein-westfälischen kreisfreien Städte und Kreise ist bis Anfang 2030 mit einer Zunahme der Einwohnerzahlen zu rechnen. Die Einwohnerzahl in den Großstädten der Rheinschiene (Bonn, Köln und Düsseldorf) wird um bis zu 11 % zunehmen. Auch Münster, der Kreis Borken, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis sind mit einer Erhöhung der Einwohnerzahl um 3 % bis 5 % weiter auf Wachstumskurs. In den Kreisen Paderborn, Gütersloh und Kleve sowie in der Städtereion Aachen und in Leverkusen wird mit einer leichten Zunahme der Einwohnerzahlen gerechnet. Die positive Bevölkerungsentwicklung in diesen genannten kreisfreien Städten und Kreisen wird durch die zu erwartenden Wanderungsgewinne stimuliert, dies gilt insbesondere für die Städte Bonn, Köln, Düsseldorf und den Rhein-Erft-Kreis sowie den Kreis Kleve. In den Großstädten der Rheinschiene sowie in Münster und Paderborn kommt hinzu, dass das Bevölkerungswachstum durch zu erwartende Geburtenüberschüsse begünstigt wird. Für die übrigen kreisfreien Städte und Kreise wird dagegen erwartet, dass bis Anfang 2030 die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Lebendgeborenen übertreffen wird. Für diese kreisfreien Städte und Kreise wird entscheidend sein, mehr Zuzüge zu gewinnen als Fortzüge auftreten, um somit die Einwohnerzahl auf einem stabilen Niveau zu halten.

Abb. 2.8 Veränderung der Bevölkerungszahl vom 1. Januar 2030* gegenüber dem 31. Dezember 2009** nach Regionen



Werden die jüngsten Entwicklungen fortgeschrieben, ist für die Mehrzahl der kreisfreien Städte und Kreise zwischen 2009 und 2030 mit einem Rückgang der Einwohnerzahl zu rechnen. Als Regionen mit voraussichtlich deutlichem Bevölkerungsrückgang (unter -12 %) auszumachen sind der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis, der Kreis Höxter sowie die Städte Remscheid und Hagen. Auslöser dieses starken Rückgangs der Einwohnerzahlen werden in erster Linie die stark rückläufigen Geburtenzahlen sein. Außerdem wird in diesen Kommunen mit vergleichsweise hohen Wanderungsverlusten gerechnet.

Etwas geringer, aber dennoch stärker als im Landesdurchschnitt, wird der Rückgang der Einwohnerzahlen in vielen Kreisen des Bergischen Landes und Ostwestfalen-Lippes sein.

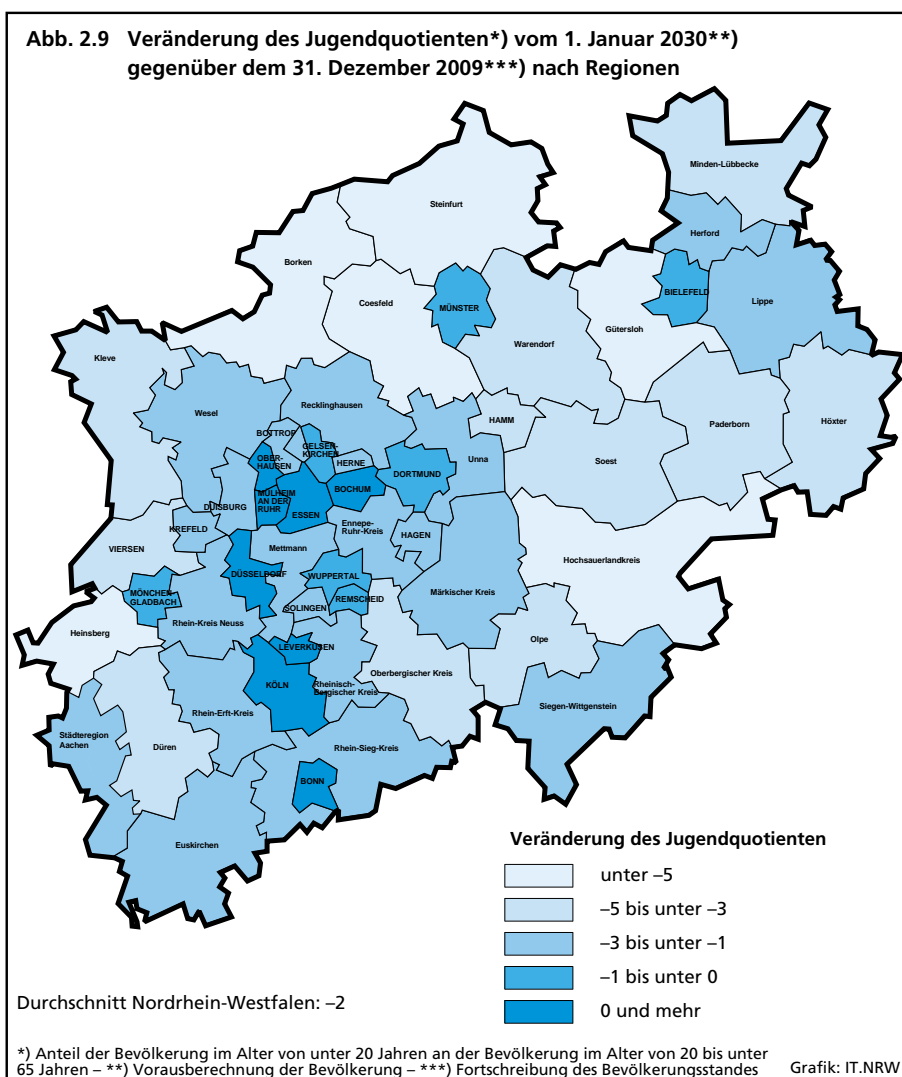
Im Ruhrgebiet (mit Ausnahme Dortmunds) ist infolge einer negativen Bilanz aus Geburten und Sterbefällen über die nächsten 20 Jahre mit einem überdurchschnittlichen Rückgang der Bevölkerung zu rechnen.

In den kommenden 20 Jahren wird sich in allen kreisfreien Städten und Kreisen des Landes die beschriebene Alterungsdynamik der Bevölkerung vollziehen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

In Regionen, die bereits im Jahr 2009 einen im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedrigen Jugendquotienten aufwiesen, wird das Verhältnis der unter 20-Jähri-

**Starke Bevölkerungsabnahme
in Kreisen des Sauerlandes
erwartet, außerdem
im Ruhrgebiet, im Bergischen Land
und in Ostwestfalen-Lippe**

gen zu den 20- bis unter 65-Jährigen in den kommenden zwanzig Jahren relativ stabil bleiben. Dazu zählen in erster Linie die Großstädte der Rheinschiene sowie Ruhrgebietsstädte wie Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bochum und Dortmund. In den Städten der Rheinschiene wird eine Zunahme der Kinderzahlen zu dieser Stabilisierung des Jugendquotienten beitragen, während in den genannten Ruhrgebietsstädten ein Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen vermutlich moderater ausfallen wird und somit eine deutliche Verringerung des Jugendquotienten – wie sie in vielen ländlichen Kreisen abzusehen ist – verhindert.

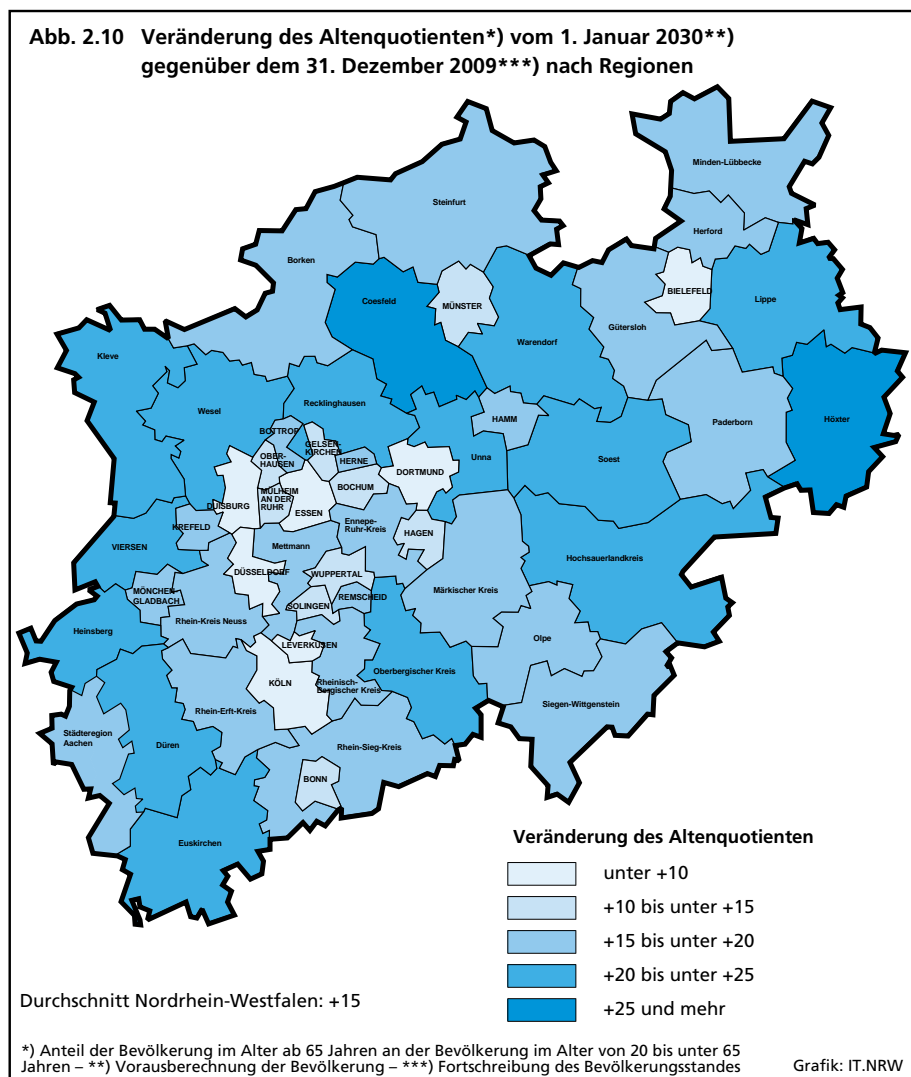


Viele ländliche Regionen, die heute noch einen überdurchschnittlich hohen Jugendquotienten von 36 und höher aufweisen, wie z. B. der Kreis Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Großteil der Kreise im Münsterland, der Kreis Gütersloh oder der Hochsauerlandkreis und der Kreis Olpe, werden hingegen bis Anfang 2030 einen deutlicheren Rückgang (um -3 bis -6) des Jugendquotienten zu erwarten haben. Ursächlich sind die erheblich sinkenden Geburtenzahlen, die dazu führen, dass in diesen Kreisen die Zahl der unter 20-Jährigen bis Anfang 2030 gegenüber dem Stand von 2009 um 25 % und mehr abnehmen wird.

Ein deutlicher Anstieg der Zahl der 65-Jährigen und Älteren um bis zu 60 % gegenüber 2009 wird in vielen ländlichen Regionen zu einem überdurchschnittlichen Anstieg des

Deutliche Zunahme der Seniorinnen und Senioren in vielen ländlichen Regionen

Altenquotienten führen. Zu den Regionen, die durch diesen Anstieg auch einen überdurchschnittlichen Altenquotienten von 54 und höher erreichen, zählen etwa Kreise im Münsterland (Kreise Coesfeld und Warendorf), in Ostwestfalen-Lippe (Kreise Höxter und Lippe), im Sauerland (Kreis Soest, Hochsauerlandkreis), im nördlichen Ruhrgebiet (Kreise Unna und Recklinghausen), im Oberbergischen Kreis sowie in der Eifel (Kreise Euskirchen und Düren) und am Niederrhein (Kreise Heinsberg, Viersen, Wesel).



In den meisten Ruhrgebietsstädten wird der Altenquotient Anfang 2030 voraussichtlich unter dem Landesdurchschnitt liegen, auch der Anstieg des Altenquotienten wird hier, infolge einer im Vergleich zu den Kreisen geringeren Zunahme der älteren Generation, unterdurchschnittlich sein.

Noch deutlicher unter dem Landesdurchschnitt und mit einem geringen Anstieg wird der Altenquotient Anfang 2030 voraussichtlich in Düsseldorf und Köln ausfallen. Zum einen wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren hier ebenfalls geringer ansteigen als in den ländlichen Regionen, zum anderen kommt hinzu, dass die mittlere Generation – infolge der zu erwartenden Zuwanderungsgewinne in diesen Altersstufen – bis Anfang 2030 noch an Umfang zunehmen und den Anstieg des Altenquotienten dämpfen wird.

3 Lebensformen und Familien

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- > Die Zahl der Privathaushalte ist seit 1999 um rund 325 000 auf 8,6 Mill. angestiegen. Zuwachs gab es aber nur bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten, die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen war dagegen rückläufig.
- > Der Trend zu kleineren Haushalten lässt sich auch an der sinkenden durchschnittlichen Zahl der Haushaltsmitglieder ablesen: 1999 lag die durchschnittliche Haushaltsgröße noch bei 2,17 Personen, 2009 bei 2,08 Personen.
- > Die Zahl der Alleinstehenden ist von 3,2 Mill. im Jahr 1999 auf 3,6 Mill. im Jahr 2009 gestiegen. Die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern ist dagegen rückläufig. 1999 lebten 2 Mill. Familien in Nordrhein-Westfalen, 2009 waren es 1,9 Mill.
- > Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern und der Alleinerziehenden an den Familien hat weiter zugenommen. Dennoch handelt es sich nach wie vor bei rund drei Vierteln (76,5 %) der Familien mit minderjährigen Kindern um Ehepaare mit Kindern.
- > Bei Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund aufweist, ist die Ehe noch stärker verbreitet: Ehepaare mit Kindern machen hier einen Anteil von 82,5 % aus.
- > In Familien mit Migrationshintergrund leben überdurchschnittlich häufig zwei oder mehr minderjährige Kinder (54,6 %). Bei Familien ohne Migrationshintergrund lag dieser Anteil im Jahr 2009 niedriger bei 45,6 %.
- > Die Zahl der Eheschließungen war in den vergangenen zehn Jahren weiter rückläufig. Die sinkende Heiratsneigung wird begleitet von einem Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters um rund zwei Jahre auf aktuell 29,8 Jahre bei Frauen und 32,6 Jahre bei Männern. Die Scheidungszahlen waren 2009 dagegen auf einem vergleichbaren Niveau wie zehn Jahre zuvor.

Wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, wird die Bevölkerung aufgrund einer steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen altern. Gleichzeitig kann von einer rückläufigen Bevölkerungszahl ausgegangen werden. Diese Entwicklungen führen zu Veränderungen bei der Form des Zusammenlebens. Beispielsweise wird es mehr ältere Alleinlebende und weniger Familien mit Kindern geben. Hinzu kommt ein gesellschaftlicher Wandel der Wertvorstellungen. Alternative Lebenskonzepte gewinnen gegenüber der traditionellen Ehe an Bedeutung. Dies ist mit einem Rückgang der Kinderzahl verbunden und wirkt sich somit ebenfalls auf die Bevölkerungsstruktur aus.

In diesem Kapitel wird nach einem Blick auf die Entwicklung der Haushaltsgröße näher auf die Veränderung der Lebensformen in den letzten zehn Jahren eingegangen. Das Hauptaugenmerk dieses Kapitels gilt aufgrund der familienpolitischen Bedeutung den Familien mit minderjährigen Kindern und den jüngsten

strukturellen Veränderungen bei den Familien. Abschließend wird die Entwicklung der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen in der letzten Dekade betrachtet.

3.1 Haushaltsgröße

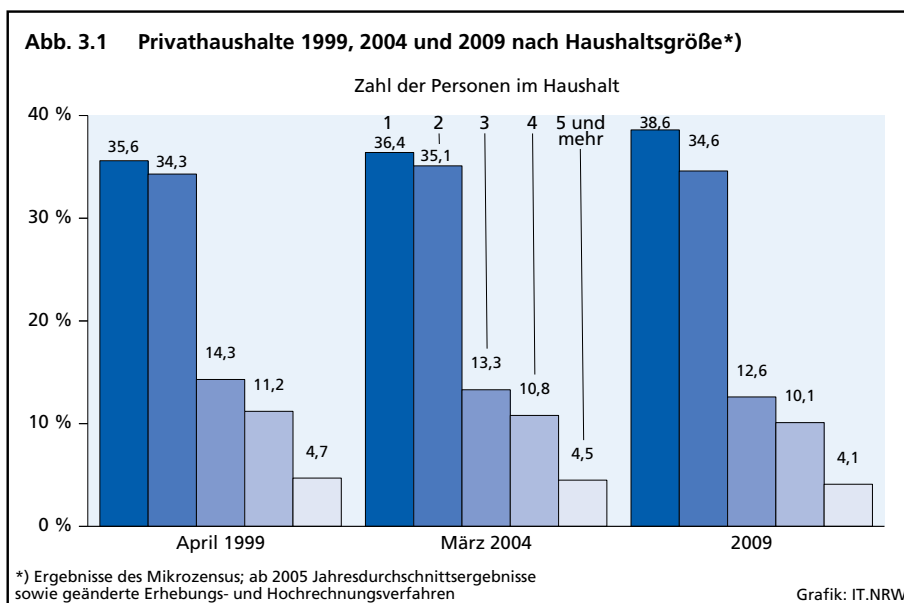
Die zunehmende Alterung der Bevölkerung und die rückläufige Kinderzahl hat unmittelbare Auswirkungen auf die Größe und Zusammensetzung der Haushalte.

2009 lebten rund 17,8 Mill. Personen in Nordrhein-Westfalen in Privathaushalten, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 99,2 %. Zu den Privathaushalten zählen zusammen wohnende und wirtschaftende Personengemeinschaften (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die alleine wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

In Abgrenzung zu den Privathaushalten wird die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften definiert, die keinen eigenen Haushalt führt. Dazu gehören Bewohner in öffentlichen oder privaten Einrichtungen wie z. B. Wohn-, Jugend-, Alten- und Pflegeheimen. 2009 wohnten rund 135 000 Personen bzw. 0,8 % der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in solchen Gemeinschaftsunterkünften.

Ein Blick auf die Entwicklung der Haushalte seit 1999 zeigt, dass deren Zahl in den vergangenen zehn Jahren – trotz einer seit 2004 abnehmenden Bevölkerung – weiter zugenommen hat. 2009 lag die Zahl der privaten Haushalte (am Haupt- und Nebenwohnsitz) bei insgesamt 8,6 Mill. Gegenüber 1999 bedeutet dies eine Zunahme um 325 000 Haushalte. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf die wachsende Zahl der Einpersonenhaushalte zurückzuführen. Aber auch die Zahl der Zweipersonenhaushalte ist gestiegen, während die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Haushaltsmitgliedern im betrachteten Zehnjahreszeitraum rückläufig war.

Anstieg der Zahl der Privathaushalte auf 8,6 Mill. im Jahr 2009



Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte, Anzahl der Drei- und Mehrpersonenhaushalte nimmt ab.

Im Jahr 2009 waren von allen Privathaushalten 38,6 % Einpersonenhaushalte und 34,6 % Zweipersonenhaushalte. In 26,8 % der Privathaushalte wohnten mindestens drei Personen. Zum Vergleich: Im Jahr 1999 betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte „nur“ 35,6 %, Haushalte mit mindestens drei Personen waren indessen mit einem Anteil von 30,2 % noch stärker verbreitet als zehn Jahre später.

Die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder sinkt weiter und lag 2009 bei 2,08.

Dieser fortgesetzte Trend zu kleineren Haushalten schlägt sich auch in der sinkenden durchschnittlichen Zahl der Haushaltsmitglieder nieder: Im April 1999 wohnten im Durchschnitt 2,17 Personen in einem Haushalt, 2009 waren es 2,08 Personen. Befördert wird diese Entwicklung zu kleineren Haushalten durch sinkende Kinderzahlen in den Familien, den Wandel der Lebensformen (siehe Abschnitt 3.2) sowie einen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung.

Auch zukünftig ist mit einem weiteren Rückgang der Drei- und Mehrpersonenhaushalte zu rechnen. Diese Entwicklungen in der Haushaltszusammensetzung wird sich entsprechend auf die Nachfrage nach Wohnraum auswirken: Trotz einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung wird der Bedarf an kleineren Wohnungen aufgrund der wachsenden Zahl von Alleinlebenden weiter wachsen.

3.2 Lebensformen

Die Anzahl der Personen im Haushalt gibt noch keine Auskunft darüber, wie die Menschen zusammen leben, d. h. wie viele Generationen unter einem Dach leben oder welchen Familienstand zusammenlebende Personen aufweisen. Hier gibt ein Blick auf die Formen des privaten Zusammenlebens, die sogenannten Lebensformen, weiteren Aufschluss.⁴⁾ Bei den Lebensformen wird im Folgenden unterschieden zwischen Familien mit ledigen Kindern, Ehepaaren ohne Kinder und nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehenden.

Die Entwicklung der Lebensformen in den vergangenen zehn Jahren verdeutlicht, dass sich der bereits in den späten 1960er-Jahren einsetzende Prozess des Wandels der Lebensformen fortsetzte. Im Fokus dieses Wandels steht eine abnehmende Bedeutung der traditionellen Kleinfamilie und der Eheschließung und stattdessen eine zunehmende Verbreitung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Alleinerziehenden und Alleinlebenden.

Zunächst erfolgt ein Blick auf die Entwicklung der Zahl der Familien seit 1999. Vorerst werden Familien insgesamt betrachtet, bevor in Abschnitt 3.3 auf die verschiedenen Familienformen detailliert eingegangen wird.

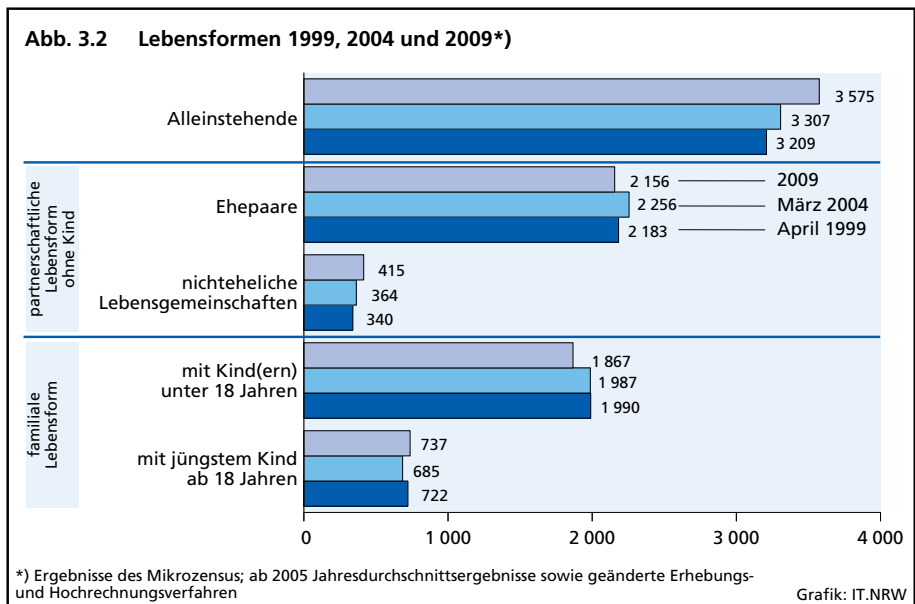
In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Familien mit ledigen Kindern von rund 2,7 Mill. im Jahr 1999 auf rund 2,6 Mill. im Jahr 2009 gesunken. Dies ist auf den Rückgang der Familien mit minderjährigen Kindern zurückzuführen, deren Zahl

4) Im Mikrozensus werden die Lebensformen anhand der beiden Dimensionen Partnerschaft und Elternschaft gebildet. In den folgenden Auswertungen wird erhebungsbedingt nur der Haushaltskontext betrachtet. Dies hat zur Folge, dass Eltern-Kind-Beziehungen bzw. partnerschaftliche Beziehungen, die über die Haushaltsgrenze hinweg bestehen, keine Berücksichtigung finden (vgl. Glossar).

seit 1999 um rund 124 000 auf rund 1,9 Mill. im Jahr 2009 abnahm. Die Zahl der Familien mit ausschließlich erwachsenen ledigen Kindern lag dagegen im Jahr 2009 bei rund 737 000 und damit etwas höher als zehn Jahre zuvor.

Quantitativ stellt sich die Veränderung nicht familialer Lebensformen wie folgt dar: Während die Zahl der Familien insgesamt zurückgegangen ist, lag die Zahl der Paare ohne ledige Kinder im Jahr 2009 mit rund 2,6 Mill. etwas höher als eine Dekade zuvor. Dies ist auf eine weiter zunehmende Verbreitung der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften zurückzuführen. In den letzten Jahren nahm die Zahl der unverheiratet zusammenlebenden Paare von rund 340 000 im Jahr 1999 auf rund 415 000 im Jahr 2009 zu. Besonders verbreitet ist diese Lebensform unter jungen Erwachsenen, die vor der Eheschließung und der Familiengründung diese „unverbindlichere“ Form des Zusammenlebens wählen. Neben diesen Paargemeinschaften im jungen Erwachsenenalter sind es aber auch Geschiedene und verheiratet getrennt Lebende, die nach einer Ehe mit einem neuen Partner bzw. einer neuen Partnerin unverheiratet zusammenleben.

Die Zahl der Ehepaare ohne ledige Kinder war dagegen leicht rückläufig und lag 2009 mit 2,16 Mill. etwas niedriger als zehn Jahre zuvor.



Weiterhin auffällig ist eine deutliche Zunahme der Zahl der Alleinstehenden von rund 3,2 Mill. im Jahr 1999 auf fast 3,6 Mill. im Jahr 2009. Die Alleinstehenden sind nicht zu verwechseln mit Alleinlebenden, denn Alleinstehende können in einem Haushalt mit weiteren Personen wohnen. Gleichwohl wohnen und wirtschaften neun von zehn Alleinstehenden auch alleine in einem Einpersonenhaushalt. 2009 traf dies auf 3,3 Mill. Personen zu, zehn Jahre zuvor lag die Zahl der Alleinlebenden noch bei 2,9 Mill.

Deutlicher Anstieg der Zahl der Alleinstehenden

Bei den Alleinlebenden handelt es sich um eine heterogene Gruppe, dennoch lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern ausmachen: Von den alleinlebenden Frauen sind über die Hälfte (51,4 %) 65 Jahre und älter. Alleinlebende Männer zählen dagegen nur zu 18,8 % zur Altersgruppe der über 64-Jährigen. Der Anteil der 25- bis unter 55-Jährigen ist bei ihnen dagegen etwa

Alleinlebende Frauen sind häufig im Seniorenalter und verwitwet, alleinlebende Männer häufig im mittleren Alter und ledig.

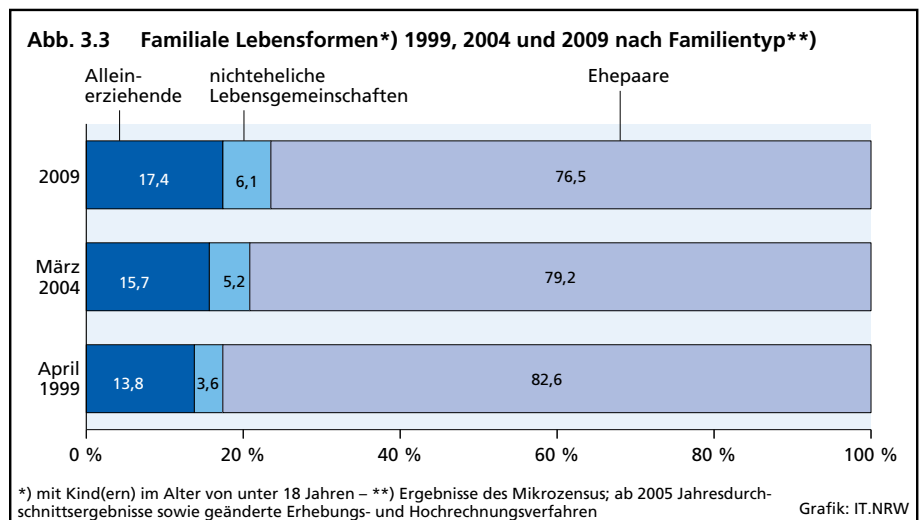
doppelt so hoch (62,5 %) wie bei den alleinlebenden Frauen (30,7 %). Der höhere Anteil der Männer in diesen Altersgruppen ist auch dadurch bedingt, dass Frauen nach einer Scheidung meist das Sorgerecht für die Kinder zugesprochen wird sowie ein wachsender Anteil der Männer (dauerhaft) unverheiratet bleibt (vgl. Peuckert 2002: 59). Dies zeigen die Unterschiede im Familienstand zwischen alleinlebenden Frauen und Männern: 2009 waren 45,9 % der alleinlebenden Frauen verwitwet, bei den Männern waren es nur 12,1 %. Bei Letzteren liegt der Anteil der Ledigen mit 60,5 % deutlich über dem entsprechenden Anteil bei den alleinlebenden Frauen (33,5 %).

3.3 Familienstrukturen

Im Folgenden wird aufgrund des besonderen familienpolitischen Interesses ein genauerer Blick auf die Strukturen von Familien mit minderjährigen Kindern geworfen.⁵⁾

Zwei wesentliche Entwicklungen bestimmten den Wandel der Familien in der jüngsten Vergangenheit: Zum einen ist ein fortgesetzter Bedeutungsgewinn der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und der Alleinerziehenden feststellen. Zum anderen hat der bereits in den frühen 1970er-Jahren eingesetzte Geburtenrückgang den Trend zu kleineren Familien weiter befördert.

Als Reaktion auf den Bedeutungsgewinn der Familien jenseits der traditionellen Kleinfamilie hat sich in der Politik und auch der amtlichen Statistik ein neuer Familienbegriff durchgesetzt, um diese Änderungen besser zu erfassen (vgl. Nöthen 2005). Die traditionelle ehezentrierte Familien-Definition wurde erweitert: Der neue Familienbegriff umfasst alle Lebensformen mit ledigen Kindern im Haushalt (Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter). Neben leiblichen Kindern zählen auch Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder, die im Haushalt leben, zur Familie.



Die Zahl der Ehepaare mit minderjährigen Kindern ist rückläufig, ...

Mit einem Anteil von 76,5 % waren Ehepaare mit minderjährigen Kindern unter den Familien im Jahr 2009 immer noch in der deutlichen Mehrheit, gleichwohl ist

5) Erhebungsbedingt werden Kinder, die nicht (mehr) im Haushalt der Eltern leben, nicht berücksichtigt.

deren Anteil in den vergangenen zehn Jahren zurückgegangen, denn 1999 lag der entsprechende Anteil noch bei 82,6 %.

... dennoch liegt der Anteil an allen Familien immer noch bei über drei Viertel.

Eine deutliche Zunahme seit 1999 lässt sich dagegen bei der Zahl der Alleinerziehenden beobachten. Dieser Zuwachs an Ein-Eltern-Familien ist in erster Linie Resultat der Ehescheidungen, aber auch ledige Eltern, die ohne Partner/-in mit ihren Kindern leben, nehmen zu. 2009 lag die Zahl der alleinerziehenden Mütter und Väter bei 325 000, gegenüber 1999 ist dies einen Zuwachs um 18,5 %.

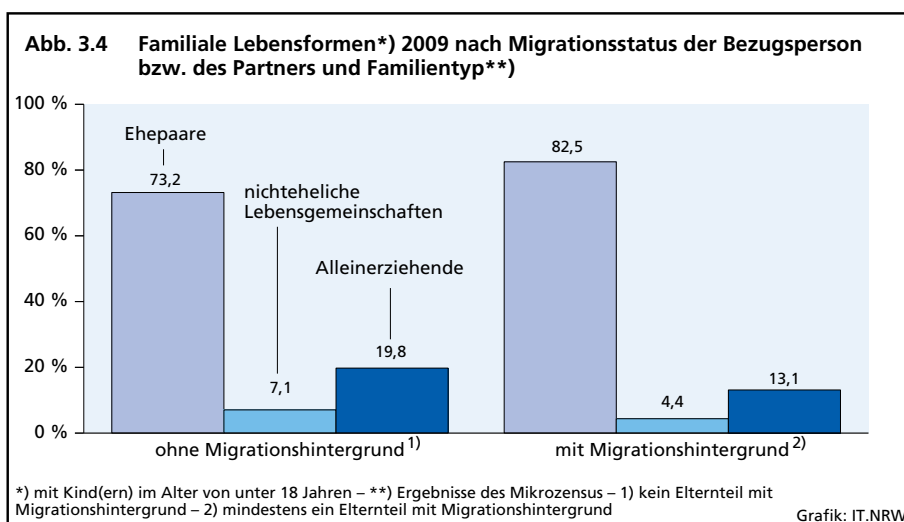
Der Anteil der Alleinerziehenden insgesamt an allen Familien lag 2009 bei 17,4 % und damit um 3,6 Prozentpunkte höher als 1999. Ein Blick auf das Geschlechterverhältnis unter den alleinerziehenden Eltern zeigt, dass Alleinerziehenden weiterhin ein frauenspezifisches Phänomen ist: Rund 90 % der Alleinerziehenden im Jahr 2009 waren Frauen.

Ähnlich wie die nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder, hat sich auch die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern seit 1999 deutlich erhöht, und zwar um 58,2 % von 72 000 auf 114 000 im Jahr 2009. Trotz dieses Anstiegs ist der Anteil der unverheiratet zusammenlebenden Paare mit Kindern an allen Familien immer noch gering, 2009 lag der Anteil bei 6,1 %. Dieser geringe Anteil ist auch dadurch bedingt, dass viele nichtehelich zusammenlebende Paare langfristig – gerade im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes – heiraten.

Wird der Migrationsstatus der Eltern berücksichtigt, zeigt sich eine deutlich stärkere Verbreitung der Ehe bei den Familien mit Migrationshintergrund: Unter den Familien mit Migrationshintergrund haben Ehepaare einen Anteil von 82,5 %, während dies bei den Familien ohne Migrationshintergrund nur bei 73,2 % der Fall ist.

Bei Familien mit Migrationshintergrund ist die Ehe stärker verbreitet als bei Familien ohne Migrationshintergrund.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften (4,4 %) und Alleinerziehende (13,1 %) haben bei den Familien mit Migrationshintergrund demzufolge ein geringeres Gewicht als bei Familien ohne Migrationshintergrund. Die Entwicklung in den letzten fünf Jahren zeigt jedoch, dass diese beiden Lebensformen auch bei den Fa-

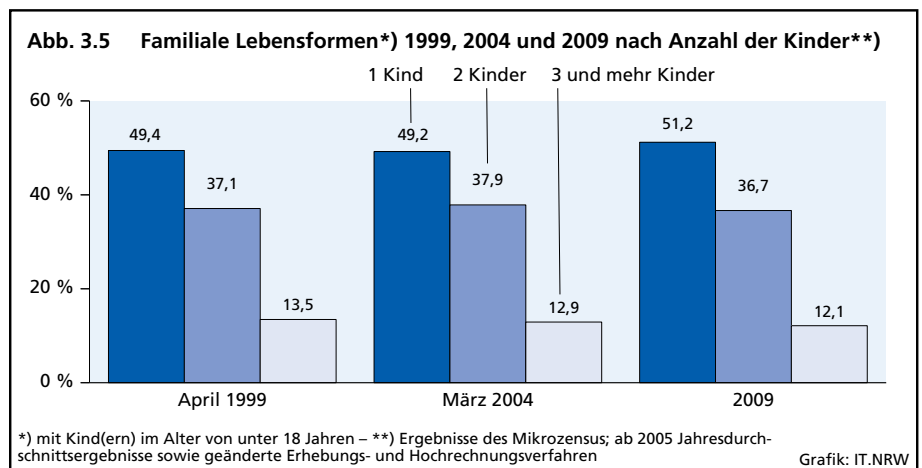


milien mit Migrationshintergrund an Bedeutung gewonnen haben, so lag der Anteil der Alleinerziehenden im Jahr 2005 noch bei 10,9 % und der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bei 3,9 %.

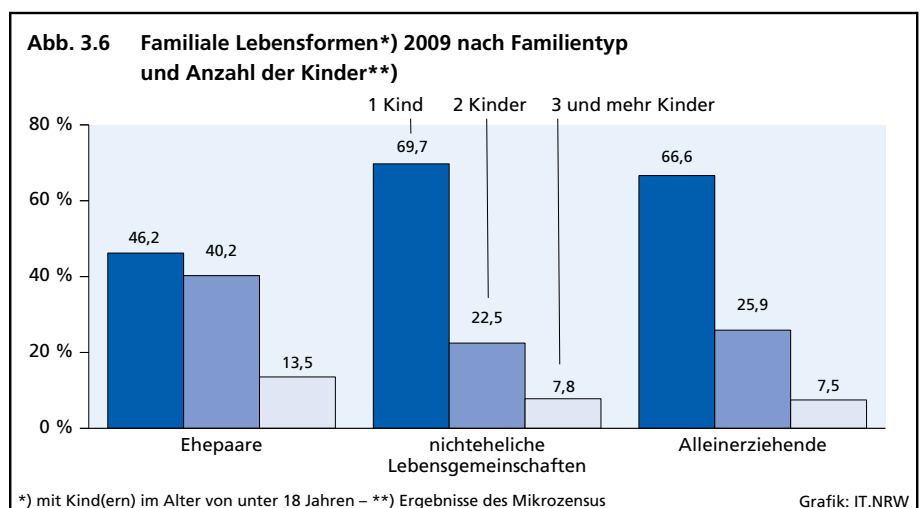
Neben dem in Abschnitt 3.2 beschriebenen Rückgang der Familien mit minderjährigen Kindern insgesamt hat in der vergangenen Dekade auch der Wandel hin zu kleineren Familien angehalten. Der Geburtenrückgang in den letzten Jahrzehnten wird im Rückgang der Mehrkinderfamilien (Familien mit drei und mehr Kindern) und einem gleichzeitigen Anstieg bei den Ein-Kind-Familien deutlich.

Gut die Hälfte der Familien mit minderjährigen Kindern sind Ein-Kind-Familien.

2009 lebte in gut der Hälfte (51,2 %) aller Familien mit minderjährigen Kindern nur ein Kind im Alter von unter 18 Jahren, bei etwas mehr als einem Drittel (36,7 %) zwei und bei 12,1 % drei und mehr minderjährige Kinder. Ein Vergleich mit 1999 zeigt, dass Mehrkinderfamilien mit einem Anteil von 13,5 % damals noch weiter verbreitet waren. Familien mit einem Kind machten vor zehn Jahren dagegen nur einen Anteil von 49,4 % aus.



Auch hinsichtlich der Familiengröße werden Unterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund deutlich: 2009 hatten 54,6 % der Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund aufweist, mehr als ein Kind. Bei Familien ohne Migrationshintergrund lag der Anteil der Familien mit zwei und mehr Kindern dagegen bei 45,6 %, hier dominierte also die Ein-Kind-Familie.



Die Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern sowie der Alleinerziehenden führt nicht zu einer Kompensation der rückläufigen Zahl der Ehepaare mit Kindern, denn es gibt bedeutende strukturelle Unterschiede zwischen den Familientypen. Dies betrifft vor allem die Zahl der in diesen Lebensformen lebenden minderjährigen Kinder. Hier sind die Ehepaare deutlich von den beiden anderen Lebensformen abzugrenzen: Mehr als die Hälfte (53,8 %) der Ehepaare lebte im Jahr 2009 mit zwei oder mehr Kindern zusammen. Sowohl nichteheliche Lebensgemeinschaften als auch Alleinerziehende sind dagegen durch eine deutlich niedrigere Kinderzahl gekennzeichnet: Mit einem Anteil von jeweils etwa zwei Dritteln ist die Ein-Kind-Familie bei diesen beiden Familientypen klar dominierend.

53,8 % der Ehepaare hat mehr als ein minderjähriges Kind. Bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden lebt überwiegend nur ein Kind.

Während die durchschnittliche Kinderzahl bei Ehepaaren über die vergangenen zehn Jahre wenig Veränderung erfahren hat, ist bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften der Anteil der Zwei-Kind-Familien zugunsten der Ein-Kind-Familien zurückgegangen. Auch bei den Alleinerziehenden ist die Ein-Kind-Familie heute stärker verbreitet als noch 1999.

3.4 Eheschließungen und -scheidungen

Der oben beschriebene Wandel von der traditionellen Familie zu einem steigenden Anteil von unverheirateten Paaren mit und ohne Kinder sowie zu Alleinerziehenden steht in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Eheschließungszahlen. In den vergangenen zehn Jahren setzte sich der Trend rückläufiger Eheschließungszahlen fort.

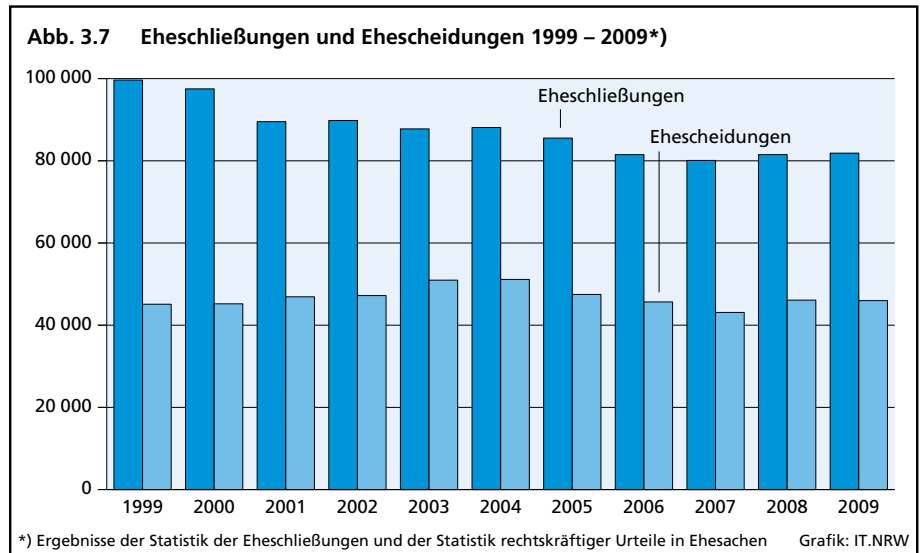
Gründe für die heute – im Vergleich zu den Eheschließungszahlen von vor zehn Jahren – niedrigeren Heiratszahlen liegen zum einen an der sinkenden Zahl der Personen im heiratsfähigen Alter. Zudem haben nichteheliche Lebensformen an gesellschaftlicher Akzeptanz, rechtlicher Stärkung und damit an Attraktivität und Verbreitung gewonnen.

1999 wurden noch fast 100 000 Ehen geschlossen, 2004 ist die Zahl der Eheschließungen auf gut 88 000 gesunken und 2009 gaben sich nur noch gut 82 000 Paare das Ja-Wort. Auch anhand der Kennzahl der allgemeinen Heiratsziffer wird der tendenzielle Rückgang der Eheschließungen deutlich: von 5,5 Eheschließungen je 1 000 Einwohner im Jahr 1999 sank dieser Wert auf 4,9 im Jahr 2004. Nach einem weiteren Rückgang auf einen Wert von 4,4 im Jahr 2007, ist seitdem wieder ein leichter Anstieg auf 4,6 Eheschließungen je 1 000 Einwohner im Jahr 2009 erfolgt.

Rückgang der Eheschließungszahlen begleitet von einem weiterem Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters.

Der Rückgang der Eheschließungszahlen wurde begleitet von einem weiteren Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters. Gründe für die Aufschiebung der Eheschließung liegen in längeren Ausbildungszeiten, einer häufig unsicheren Berufseinstiegsphase und längeren Phasen des Alleinwohnens oder vorehelichen Zusammenlebens.

1999 heirateten nordrhein-westfälische ledige Frauen im Durchschnitt im Alter von 28,1 Jahren und ledige Männer im Alter von 30,7 Jahren. Zehn Jahre später ist das durchschnittliche Heiratsalter bei Frauen auf 29,8 und bei Männern auf 32,6 angestiegen. Das durchschnittliche Heiratsalter ist bei beiden Geschlechtern in den vergangenen zehn Jahren folglich um knapp zwei Jahre angestiegen.



Anzahl der Ehescheidungen im Jahr 2009 auf gleichem Niveau wie im Jahr 1999

Während die Zahl der Eheschließungen im Jahr 2009 deutlich niedriger lag als zehn Jahre zuvor, haben sich die Ehescheidungszahlen im selben Zeitraum kaum verändert. 2009 wurden mit einer Zahl von 45 978 etwas mehr gerichtliche Ehelösungen registriert als noch 1999 (45 105): 2009 kamen somit 25,7 Scheidungen auf 10 000 Personen der mittleren Bevölkerung (allgemeine Ehescheidungsziffer), zehn Jahre zuvor lag dieser Wert etwas niedriger bei 25,1. Bis zur Mitte des Jahrzehnts waren die Scheidungszahlen jedoch angestiegen und erreichten 2004 einen Wert von 28,3 Scheidungen je 10 000 Personen, seit 2005 lag die Ehescheidungsziffer wieder unter diesem Höchstwert.

4 Bildung⁶⁾

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- > Das Bildungsniveau der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Der Hauptschulabschluss verliert zwischen 1999 und 2009 an Bedeutung, während der Anteil derer mit höheren Abschlüssen zunimmt. Auch bezogen auf die beruflichen Abschlüsse zeigt sich, dass der Anteil derjenigen mit Hochschulabschluss deutlich gestiegen ist. Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ergibt sich jeweils eine ungünstigere Bildungsstruktur.
- > In Nordrhein-Westfalen besuchen 2,2 Millionen Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2009/2010 eine allgemeinbildende Schule. Darunter sind 244 000 ausländische Schülerinnen und Schüler. Nahezu die Hälfte davon hat die türkische Staatsangehörigkeit.

6) Vgl. hierzu auch Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009, Autorengruppe Bildungsbericht 2010 und Nold 2010.

- Mehr als ein Drittel der Schulabgängerinnen und -abgänger der allgemeinbildenden Schulen hat die Fachhoch- bzw. Hochschulreife. Frauen erlangen deutlich häufiger die Hochschulreife als Männer. Ausländische Schulabgängerinnen und -abgänger bleiben mit einem Anteil von 13,1 % überdurchschnittlich oft ohne allgemeinbildenden Abschluss. Ausländische Frauen erreichen auch häufiger die Hochschulreife als Männer.
- 338 000 Personen absolvierten im Jahr 2009 eine Ausbildung im dualen Ausbildungssystem, 60,8 % davon sind Männer und 39,2 % Frauen. Frauen und Männer wählen sehr unterschiedliche Ausbildungsbereiche: In den freien Berufen liegt der Frauenanteil bei 94,5 %, im Handwerk nur bei 23,3 %. Frauen haben ein engeres Ausbildungsspektrum als Männer, denn mehr als die Hälfte der Frauen (54,8 %) wird in den zehn wichtigsten Ausbildungsberufen ausgebildet. Eine noch höhere Konzentration zeigt sich bei ausländischen Frauen, denn nahezu drei Viertel werden in 10 Ausbildungsberufen ausgebildet, wobei sich 40,4 % allein in drei Ausbildungsberufen konzentrieren: Friseurin, medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden im öffentlichen Dienst liegt nur bei 2,2 %.
- Im Jahr 2009 wurde eine halbe Million Studierende an den Hochschulen des Landes registriert. Der Frauenanteil lag bei 46,4 %. Die Zahl der ausländischen Studierenden lag bei 59 400. Insbesondere die Zahl der Bildungsausländerinnen und -ausländer ist stark gestiegen (von 27 800 auf 39 800 zwischen 1999 und 2009), während im gleichen Zeitraum die Zahl der Bildungsinländerinnen und -inländer zurückgegangen ist. Die Studienfachwahl von Frauen und Männern unterscheidet sich erheblich: In den Ingenieurwissenschaften liegt der Frauenanteil nur bei 19,7 %, in den Sprach- und Kulturwissenschaften hingegen bei 69,3 %.

Bildung ist ein zentrales Gut in modernen Gesellschaften. Die Art und Güte des Bildungsabschlusses sind für den weiteren Lebenslauf prägend. Höhere berufliche Positionen setzen bestimmte Bildungsabschlüsse und Qualifikationen voraus, sodass bestimmte Bereiche des Arbeitsmarktes nicht allen gleichermaßen offen stehen. Bildung und Qualifikation prägen somit die Arbeitsmarktchancen, die berufliche Platzierung und die Karrieremöglichkeiten. Außerdem besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Bildung und dem erzielten Einkommen. Indirekt über das verfügbare Einkommen beeinflusst der Bildungsgrad auch die gesellschaftlichen Teilhabechancen.

Im Folgenden wird zunächst die Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der zeitlichen Entwicklung dargestellt. Dann wird gezeigt, wie sich die Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schularten verteilen und welche allgemeinbildenden Abschlüsse erzielt werden. Im Anschluss daran wird die Entwicklung der beruflichen Ausbildung zwischen 1999 und 2009 dargestellt, insbesondere welche Ausbildungsbereiche gewählt werden und welche Unterschiede bei der Wahl des Ausbildungsberu-

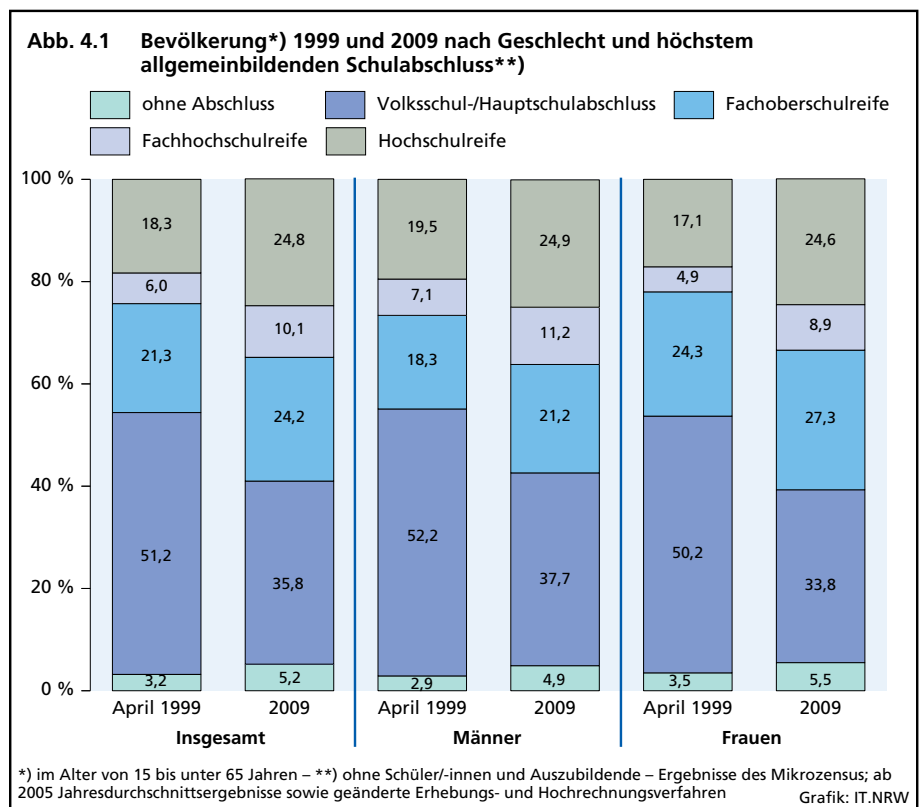
fes nach Geschlecht und Nationalität bestehen. Für den gleichen Zeitraum wird die Entwicklung bei den Studierenden differenziert nach Studienbereichen dargestellt.

4.1 Bildungsstruktur der Bevölkerung

4.1.1 Allgemeinbildende Abschlüsse

Von den Bildungsabschlüssen, die an allgemeinbildenden Schulen erzielt wurden, lässt sich nur bedingt auf die Bildungsstruktur der Bevölkerung schließen, denn Bildungsabschlüsse können später nachgeholt oder an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Außerdem haben frühere Absolventenjahrgänge seltener höherer Abschlüsse erworben und weisen somit eine andere Bildungsstruktur auf. Deshalb wird im Folgenden die Bildungsstruktur der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren dargestellt, die keine allgemeinbildende Schule mehr besuchen und nicht mehr in beruflicher Ausbildung sind. Im Jahr 2009 sind insgesamt 5,2 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ohne allgemeinbildenden Abschluss; 35,8 % verfügen über einen Hauptschulabschluss und 24,2 % über die Fachoberschulreife. Die Fachhochschulreife haben 10,1 % erlangt und 24,8 % die Hochschulreife. Der Anteil derer mit höheren Abschlüssen hat sich seit 1999 deutlich erhöht. Damals verfügten lediglich 18,3 % über die Hochschulreife und 6,0 % über die Fachhochschulreife. Deutlich verringert hat sich der Anteil derer mit Hauptschulabschluss: Hatte 1999 noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einen Hauptschulabschluss, so war es im Jahr 2009 nur noch etwas mehr als ein Drittel. Erhöht hat sich dagegen der Anteil derer ohne einen allgemeinbildenden Abschluss.

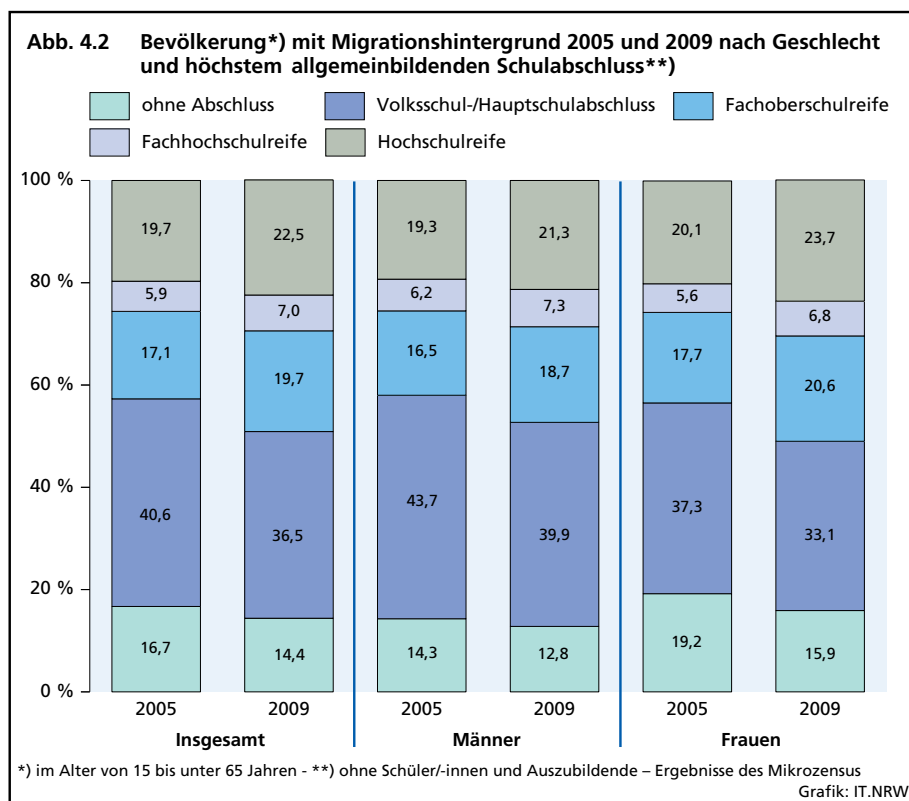
Der Anteil derer mit höheren allgemeinbildenden Abschlüssen steigt, aber auch die Gruppe derer, die ohne Abschluss ist, wächst.



Der Anteil der Frauen und Männer mit Hochschulreife ist nahezu gleich. Im Jahr 1999 lag der Anteil der Männer mit Hochschulreife noch höher als bei Frauen. Lediglich bei der Fachoberschulreife zeigt sich bei Frauen ein höherer Anteil als bei Männern und beim Hauptschulabschluss dann ein entsprechend niedrigerer Wert.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügt seltener über mittlere und höhere Abschlüsse und bleibt weitaus häufiger ohne allgemeinbildenden Abschluss. 14,4 % der Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind ohne allgemeinbildenden Abschluss, 36,5 % verfügen über einen Hauptschulabschluss, 19,7 % haben die Fachoberschulreife erlangt, 7,0 % verfügen über die Fachhochschulreife und 22,5 % über die Hochschulreife. Im Vergleich zu 2005⁷⁾ zeigt sich eine durchschnittliche Erhöhung des Bildungsgrades der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, allerdings stieg der Anteil derer mit Hochschulreife in geringerem Maße an als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, sodass bezogen auf die Bildungsabschlüsse die Schere noch weiter auseinander gegangen ist.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist überproportional oft ohne allgemeinbildenden Abschluss.



Bei den Personen mit Migrationshintergrund verfügen Frauen etwas häufiger über die Hochschulreife (23,7 %) als Männer (21,3 %). Über einen Hauptschulabschluss verfügen sie dagegen seltener als Männer. Frauen mit Migrationshintergrund bleiben häufiger als Männer mit Migrationshintergrund ohne allgemeinbildenden Abschluss. Allerdings ist der Anteil der Frauen ohne allgemeinbildenden Abschluss im Vergleich zu 2005, als noch 19,2 % der Frauen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter ohne allgemeinbildenden Abschluss waren, zurückgegangen.

7) Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist ein Zeitvergleich erst ab dem Jahr 2005 möglich, da der Migrationshintergrund im Mikrozensus erst seit dem Jahr 2005 erhoben wird.

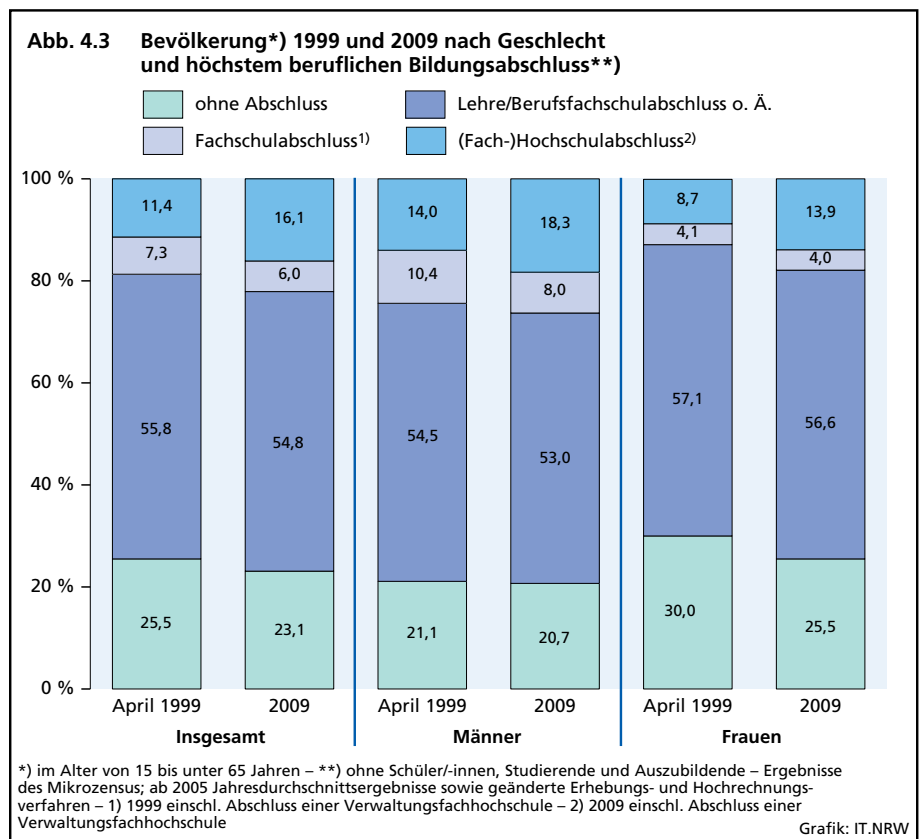
4.1.2 Berufsbildende Abschlüsse⁸⁾

Knapp ein Viertel der Bevölkerung hat keinen beruflichen Ausbildungsabschluss.

Von der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die nicht mehr in schulischer oder beruflicher Ausbildung steht, haben 23,1 % keine berufliche Ausbildung abgeschlossen. 54,8 % haben einen Lehrberuf oder eine gleichwertige Ausbildung absolviert, 6,0 % haben eine Fachschule abgeschlossen und 16,1 % verfügen über einen (Fach-)Hochschulabschluss. Im Vergleich zu 1999 ist der Anteil derer mit (Fach-)Hochschulabschluss deutlich gestiegen, damals verfügten lediglich 11,4 % über einen entsprechenden Abschluss.

Frauen haben seltener einen (Fach-)Hochschulabschluss.

Frauen sind häufiger ohne beruflichen Abschluss (25,5 %) als Männer (20,7 %). Eine Lehre oder eine gleichwertige Ausbildung haben Frauen häufiger abgeschlossen als Männer, über einen (Fach-)Hochschulabschluss verfügen Frauen hingegen seltener (13,9 %) als Männer (18,3 %). Auch eine Fachschule haben Frauen seltener abgeschlossen (4,0 %) als Männer (8,0 %). Noch 1999 lag der Anteil der Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss mit 30,0 % deutlich höher. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern hat sich der Anteil derer mit (Fach-)Hochschulabschluss deutlich erhöht.

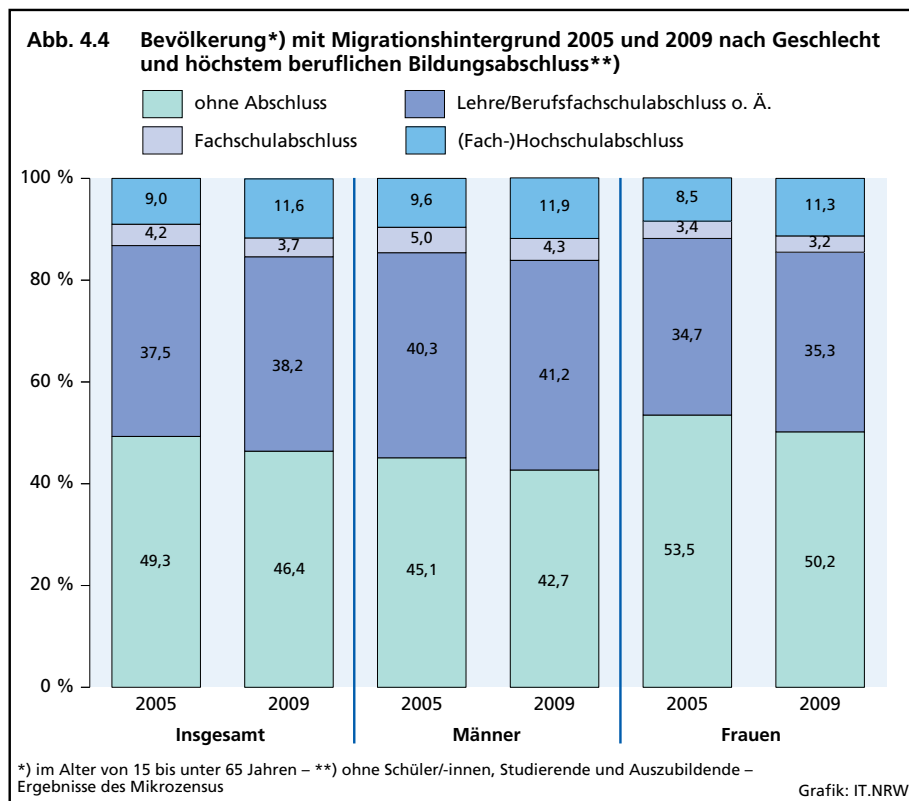


Knapp die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund hat keinen beruflichen Ausbildungsabschluss.

Personen mit Migrationshintergrund haben mit einem Anteil von 46,4 % überproportional oft keine berufliche Ausbildung abgeschlossen. Eine Lehrausbildung haben 38,2 % absolviert und über einen (Fach-)Hochschulabschluss verfügen 11,6 %. Im Vergleich zu 2005 hat sich die berufliche Bildungsstruktur der Personen mit Migrationshintergrund nur wenig verändert. Der Anteil derer ohne Abschlüsse ist leicht zurückgegangen.

8) Vgl. hierzu auch BMBF 2010.

Auch bei den Personen mit Migrationshintergrund haben Frauen häufiger keine berufliche Ausbildung abgeschlossen (50,2 %) als Männer (42,7 %). Dies geht insbesondere zu Lasten einer Ausbildung in Lehrberufen⁹⁾, über die Frauen seltener verfügen als Männer. Bezogen auf den (Fach-)Hochschulabschluss zeigen sich hingegen kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

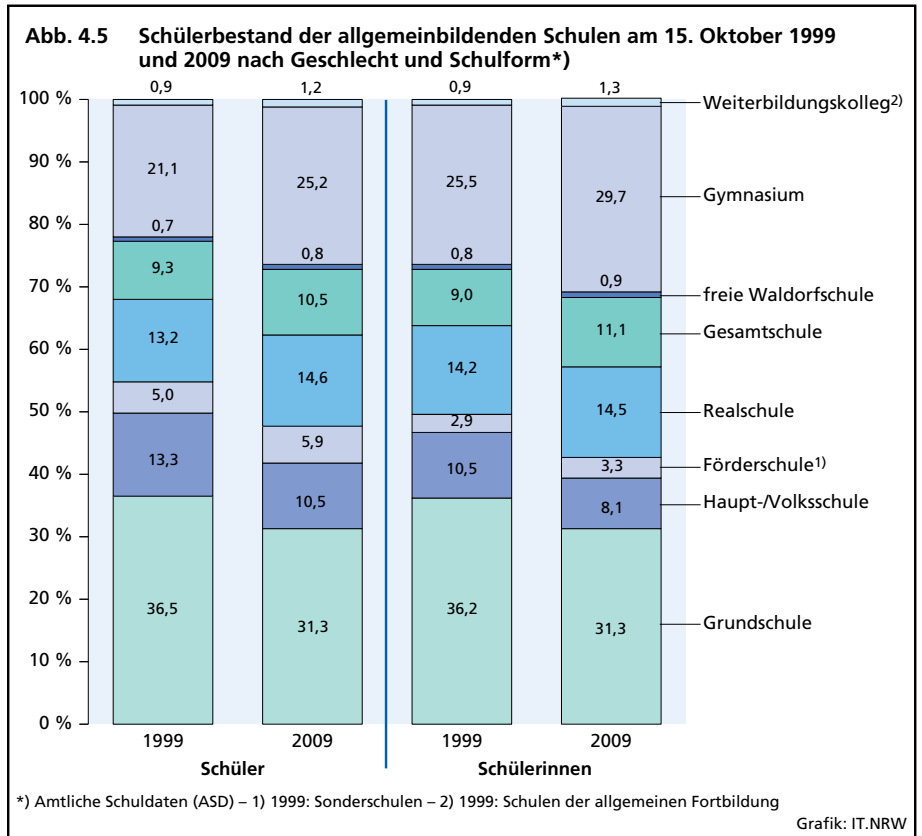


4.2 Verteilung der Schülerinnen und Schüler über die Schulformen

Insgesamt besuchten im Schuljahr 2009/10 in Nordrhein-Westfalen 2,2 Millionen Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler leicht rückläufig. Die am häufigsten besuchte Schulart sind die Grundschulen, auf die ein Anteil von 31,3 % entfällt. 9,3 % der Schülerinnen und Schüler entfallen auf die Hauptschule, 14,5 % auf die Realschule, 10,8 % auf die Gesamtschule und 27,4 % auf das Gymnasium. Förderschulen werden von 4,6 % der Schülerinnen und Schüler besucht. Auf die freien Waldorfschulen und die Weiterbildungskollegs entfällt jeweils nur rund ein Prozent der Schülerinnen und Schüler. Im Vergleich zu 1999 ist insbesondere der Anteil der Schülerinnen und Schüler am Gymnasium gestiegen. Der Anteil der Grundschülerinnen und -schüler ist hingegen aufgrund der abnehmenden Geburtenzahl rückläufig. Des Weiteren ist der Anteil der Hauptschülerinnen und -schüler leicht gesunken. Schülerinnen sind mit einem Anteil von 29,7 % häufiger im Gymnasium vertreten als Schüler (25,2 %). Die Hauptschule hat dagegen für Schülerinnen mit einem Anteil von 8,1 % eine geringere Bedeutung als für Schüler (10,5 %).

2,2 Millionen Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen

9) einschließlich adäquater Ausbildungen



Die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler belief sich im Jahr 2009 auf rund 246 000, dies entspricht einem Anteil von 11,3 %. Davon stammen zwei Drittel aus einem ehemaligen Anwerbeland (Türkei, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal sowie ehemaliges Jugoslawien einschließlich der Nachfolgestaaten). Nahezu die Hälfte (47,6 %) der ausländischen Schülerinnen und Schüler sind Türiinnen und Türken, 12,0 % stammen aus Osteuropa, 11,5 % aus Asien und 5,4 % aus Afrika.

Die ausländischen Schülerinnen und Schüler verteilen sich sehr ungleichmäßig über die einzelnen Schulformen. Ihr Anteil an den Schülerinnen und Schülern insgesamt liegt in der Hauptschule mit 22,1 % am höchsten. Auch in den Förderschulen sind Ausländerinnen und Ausländer mit einem Anteil von 18,7 % überdurchschnittlich vertreten. Dies gilt auch für die Weiterbildungskollegs (16,7 %) und die Gesamtschulen (15,7 %). In den Realschulen liegt der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit 10,3 % leicht unter dem Durchschnitt ausländischer Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt (11,3 %). Deutlich unterdurchschnittlich ist der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler am Gymnasium mit 4,6 % und den freien Waldorfschulen mit 1,8 %. An den Grundschulen liegt der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit 11,9 % nur wenig über dem Durchschnitt aller allgemeinbildenden Schulen. Allerdings sind hier bereits die Auswirkungen der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 zu spüren. Seither erhalten Kinder ausländischer Eltern in der Regel zusätzlich zur Staatsangehörigkeit der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit und können sich dann im Erwachsenenalter für eine Staatsbürgerschaft entscheiden (Optionsmodell). Im Jahr 1999 lag der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler in der Grundschule bei 15,4 %. Insgesamt ist der

Ausländische Schüler/-innen an Gymnasien unterrepräsentiert

Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler von 13,2 % auf 11,3 % zurückgegangen. Erstaunlich ist, dass sich der ohnehin niedrige Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler im Gymnasium zwischen 1999 und 2009 von 5,3 % auf 4,6 % weiter verringerte. Auch in den Gesamtschulen ist der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler von 16,4 % im Jahr 1999 auf 15,7 % im Jahr 2009 gesunken.

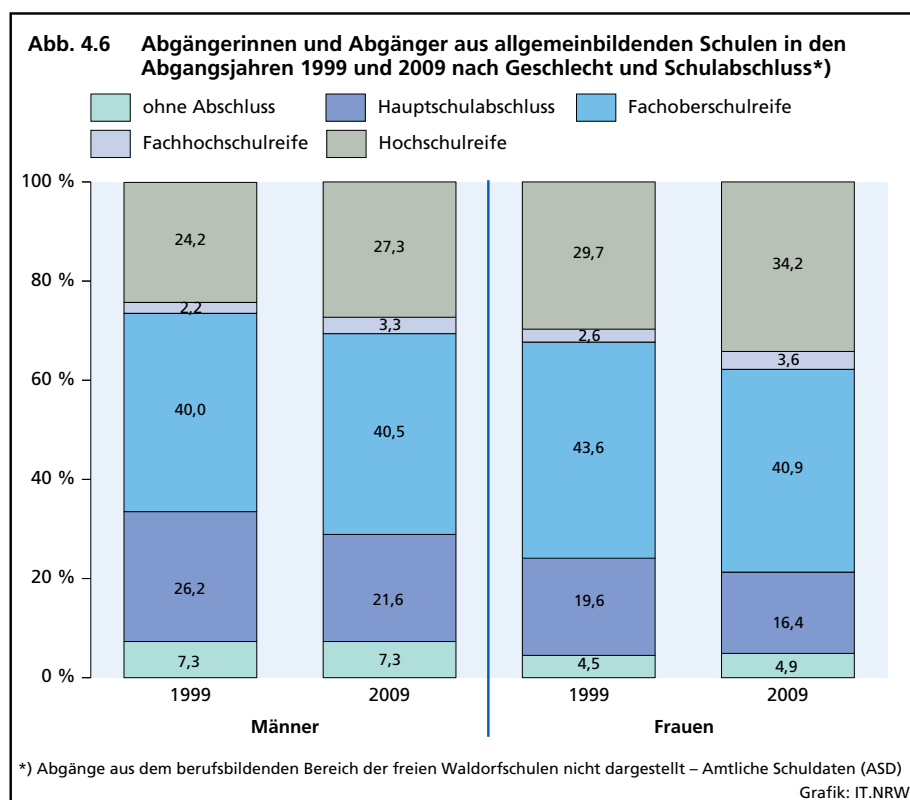
Der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien ist rückläufig.

4.3 Allgemeinbildende Abschlüsse

Im Jahr 2009 haben 219 000 Personen die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Davon blieben 13 400 Personen ohne jeglichen Abschluss. Dies entspricht 6,1 % der Schulabgängerinnen und -abgänger. 19,0 % erreichen einen Hauptschulabschluss, 40,7 % erlangen die Fachoberschulreife, 3,5 % die Fachhochschulreife und 30,7 % die Hochschulreife. Der Anteil derer mit Hochschulreife hat sich im Vergleich zu 1999 deutlich erhöht, während der Hauptschulabschluss an Bedeutung verloren hat.

Frauen erreichen deutlich häufiger die Hochschulreife (34,2 %) als Männer (27,3 %). Bei der vorigen Betrachtung der Bildungsstruktur der Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren war dies noch nicht der Fall, da ältere Frauen seltener die Hochschulreife erlangt haben. Einen Hauptschulabschluss haben Frauen deutlich seltener erzielt und sie bleiben auch seltener ohne allgemeinbildenden Abschluss als Männer. Während 7,3 % der Männer die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen, ist dies nur bei 4,9 % der Frauen der Fall. Auch der Hauptschulabschluss wird von Männern häufiger erworben (21,6 %) als von Frauen (15,4 %). Im Vergleich zu 1999 hat sich insbesondere der Anteil der Frau-

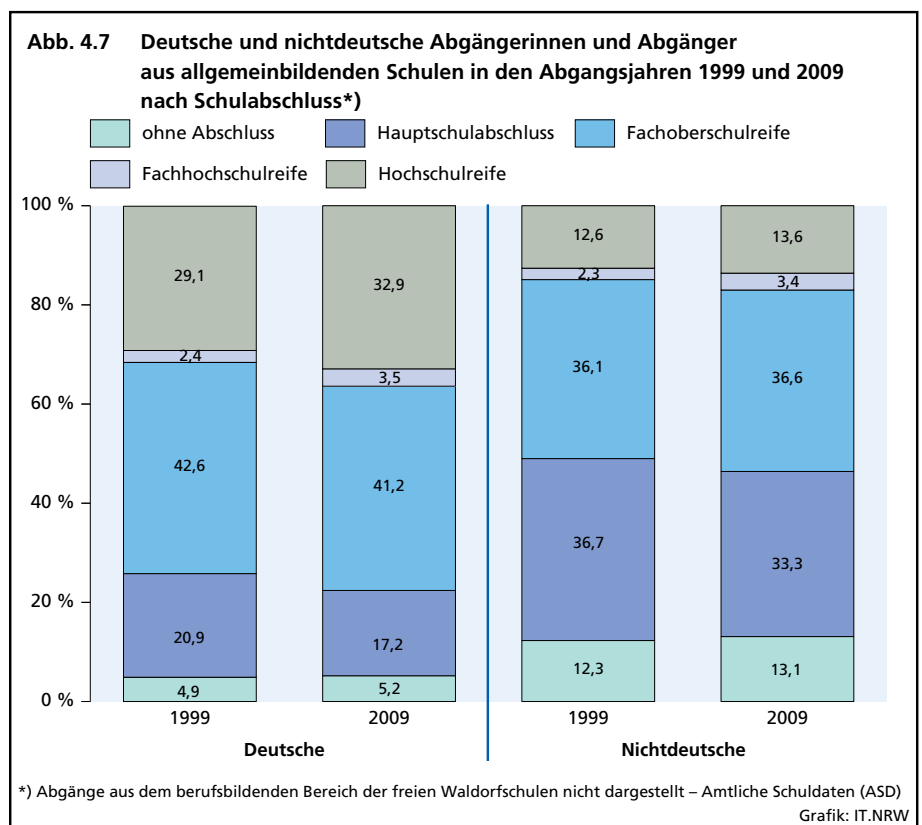
Frauen erreichen häufiger höhere Bildungsabschlüsse als Männer.



en mit Hochschulreife von 29,7 % auf 34,2 % deutlich erhöht. Bei den männlichen Absolventen fiel der Anstieg geringer aus (von 24,2 % im Jahr 1999 auf 27,3 % im Jahr 2009).

Die Bildungsstruktur ausländischer Schulabgängerinnen und -abgänger¹⁰⁾ unterscheidet sich deutlich von der in Kapitel 4.1 dargestellten Bildungsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die amtlichen Schuldaten den Schulerfolg der zweiten Generation widerspiegeln, diejenigen aber nicht erfassen, die erst nach Abschluss der beruflichen Ausbildung zugezogen sind. Außerdem umfassen Personen mit Migrationshintergrund einen größeren Personenkreis als bei der folgenden Betrachtung der ausländischen Schulabgängerinnen und -abgänger. Letztere bleiben mit einem Anteil von 13,1 % überdurchschnittlich oft ohne Abschluss. Einen Hauptschulabschluss erreicht mit 33,3 % ein überproportional hoher Anteil. Die Fachoberschulreife wird von ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern mit 36,6 % seltener erreicht als von den deutschen Schulabgängerinnen und -abgängern (41,2 %). Die Fachhochschulreife wird von 3,4 % der ausländischen und 3,5 % der deutschen Schulabgängerinnen und -abgängern erlangt. Die Hochschulreife wird von nur 13,6 % erreicht und damit deutlich seltener als von den deutschen Schulabgängerinnen und -abgängern (32,9 %). Auch für die ausländische Bevölkerung gilt, dass die Absolventinnen die Hochschulreife häufiger erreichen als die Absolventen und dass Frauen seltener ohne Abschluss bleiben als Männer. Im Vergleich zu 1999 hat sich die Struktur der ausländischen Schulabgängerinnen und -abgänger nur wenig verändert. Der Anteil derer mit Hochschulreife ist geringfügig gestiegen, aber auch der Anteil derer ohne Abschlüsse.

Auch in der ausländischen Bevölkerung verfügen Frauen häufiger über die Hochschulreife als Männer.

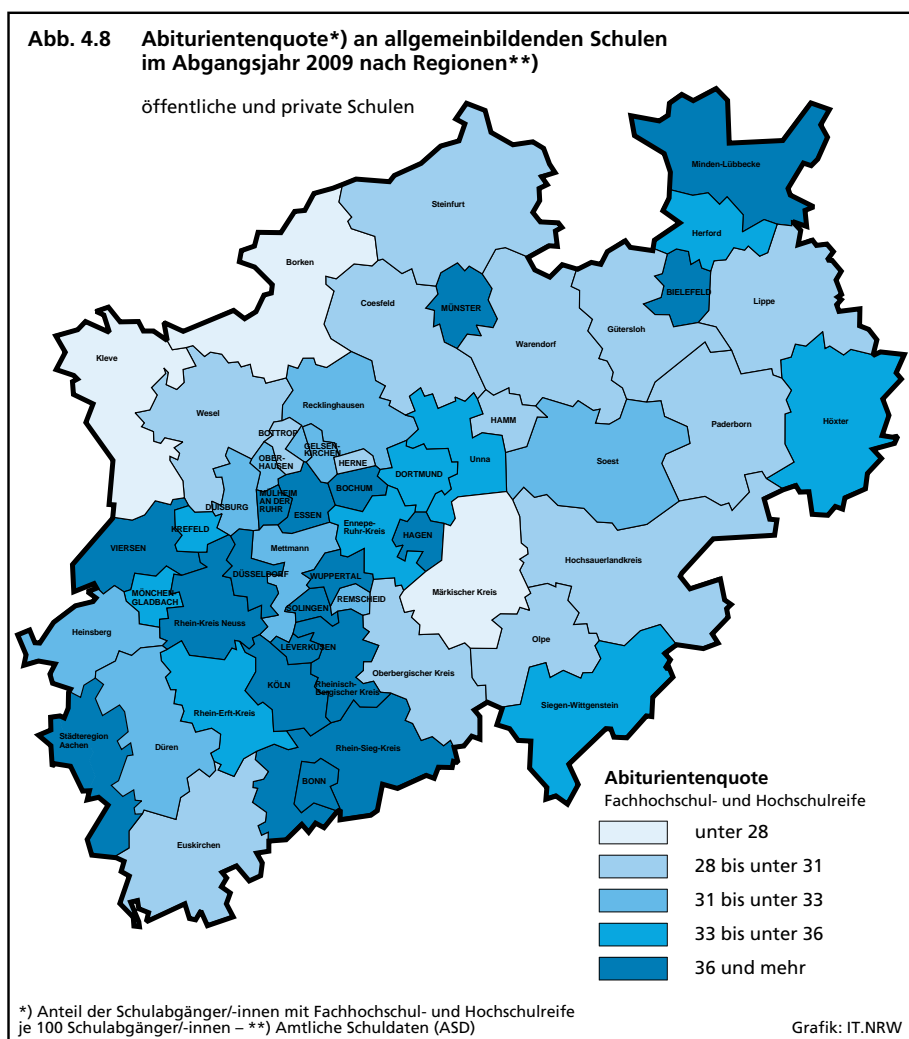


10) Zur Bildungsstruktur der ausländischen Bevölkerung vgl. Seifert 2010.

Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist der Anteil derer mit Hochschulreife stärker gestiegen, sodass sich die Schere bezogen auf die allgemeinbildenden Abschlüsse zwischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund weiter geöffnet hat.

Differenziert nach Kreisen und kreisfreien Städten zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede in der Bildungsstruktur. Im Folgenden wird die Abiturientenquote als Anteil der Personen mit Fachhochschul- und Hochschulreife an den Schulabgängerinnen und Schulabgängern von allgemeinbildenden Schulen insgesamt dargestellt. Allgemein ist die Abiturientenquote¹¹⁾ in den kreisfreien Städten höher als in den Kreisen. Führend ist Bonn, wo die Abiturientenquote bei 51,2 % liegt. Es folgen die kreisfreien Städte Münster (46,6 %), Leverkusen (44,1 %), Düsseldorf (40,2 %), Bielefeld (39,8 %) und Essen (39,7 %). Kleinere kreisfreie Städte weisen hingegen niedrigere Abiturientenquoten auf; dies gilt insbesondere für Hamm (29,0 %), Herne (30,3 %) und Bottrop (30,6 %). Bei den Kreisen weisen der Rhein-Sieg-Kreis mit 39,5 % und der Rhein-Kreis Neuss (38,5 %) die höchsten Abiturientenquoten auf. In eher ländlich geprägten Kreisen ist die Abiturientenquote dagegen sehr niedrig. Der niedrigste Wert ergibt sich für den Kreis Borken

Große regionale Unterschiede bei der Abiturientenquote



11) Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Schulort. Da manche Schülerinnen und Schüler bei ihrem Schulbesuch Kreisgrenzen überschreiten, kann dies zu Verzerrungen führen. Insbesondere große Städte dürften von einem ländlich geprägten Umland profitieren.

(23,2 %), gefolgt vom Kreis Kleve (24,4 %), dem Märkischen Kreis (27,1 %) und dem Hochsauerlandkreis (28,1 %). Auch für den Kreis Gütersloh ergibt sich mit 28,8 % eine vergleichsweise niedrige Abiturientenquote.

4.4 Berufliche Bildung

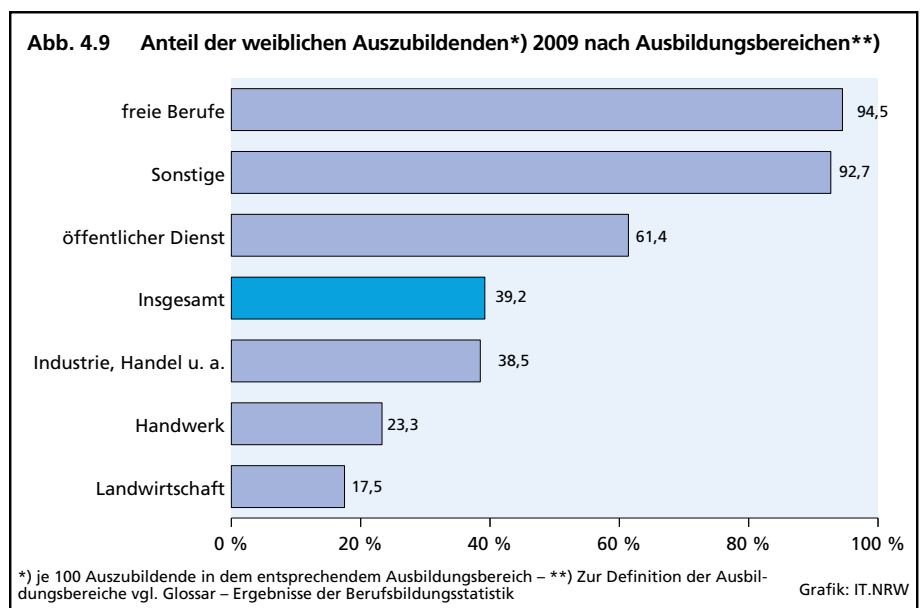
39,2 % der Auszubildenden im dualen System sind Frauen.

Im Jahr 2009 absolvierten 338 000 Personen eine Ausbildung im dualen System. Das waren deutlich mehr als noch im Jahr 2004, als lediglich 315 000 Auszubildende registriert wurden. Im Jahr 1999 lag dieser Wert bei 335 000. 39,2 % der Auszubildenden sind weiblich. Daran änderte sich auch im Zeitverlauf zwischen 1999 und 2009 nichts. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen liegt der Frauenanteil etwas höher. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden lag im Jahr 1999 noch bei 8,8 %, sank dann aber auf 5,4 % im Jahr 2009.

Der Bereich Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe ist der wichtigste Ausbildungsbereich mit einem Anteil von 58,0 % der Auszubildenden insgesamt, gefolgt vom Handwerk mit 28,6 %. 8,4 % der Auszubildenden werden im Bereich der freien Berufe¹²⁾ ausgebildet, 2,3 % in der Landwirtschaft und 2,1 % im öffentlichen Dienst. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel deutlich gestiegen, im Handwerk dagegen war die Zahl der Auszubildenden rückläufig.

Mehr als 9 von 10 Auszubildenden in den freien Berufen sind Frauen.

Bei der Berufswahl lassen sich noch immer erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern erkennen. Dies wird anhand der Frauenanteile in den jeweiligen Ausbildungsbereichen deutlich. Die freien Berufe werden sehr stark von Frauen dominiert. 94,5 % der Auszubildenden in diesem Bereich sind Frauen. Auch die sonstigen Ausbildungsberufe¹³⁾ weisen mit einem Anteil von 92,7 % einen sehr hohen Frauenanteil auf. Im öffentlichen Dienst werden Frauen mit einem Anteil von 61,4 % ebenfalls überproportional oft ausgebildet. Sehr niedrig



12) freie Berufe (z. B. medizinische/r Fachangestellte/r, Steuerfachangestellte/r, Rechtsanwaltfachangestellte/r) – 13) sonstige Berufe (z. B. Hauswirtschafter/-in)

sind die Anteile der Frauen dagegen in der Landwirtschaft (17,5 %) und im Handwerk (23,3 %). Im Bereich Industrie und Handel (38,5 %) sind Frauen in etwa dem ihnen entsprechenden Anteil an allen Auszubildenden vertreten.

Werden die Anteile der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden betrachtet, zeigt sich der höchste Wert in den freien Berufen mit 9,0 %. Auch das Handwerk ist von großer Bedeutung, allerdings bei rückläufiger Tendenz. 1999 lag der Anteil ausländischer Auszubildender hier bei 9,0 % und im Jahr 2009 noch bei 6,6 %. Dennoch ist im Jahr 2009 knapp die Hälfte aller Auszubildenden im Handwerk zu finden. Im Bereich Industrie und Handel liegt der Anteil ausländischer Auszubildender mit 4,6 % im Jahr 2009 unter dem Durchschnitt. Eine sehr geringe Bedeutung haben ausländische Auszubildende im öffentlichen Dienst. Auf ausländische Auszubildende entfällt hier nur ein Anteil von 2,2 % und dies bei rückläufiger Tendenz: 1999 lag der Anteil ausländischer Auszubildender noch bei 3,5 %.

Nur 2,2 % der Auszubildenden im öffentlichen Dienst sind Ausländer/-innen.

Wird nach den Ausbildungsberufen differenziert, so stehen kaufmännische Berufe ganz oben auf der Liste. Am häufigsten wird zum Kaufmann bzw. zur Kauffrau im Einzelhandel ausgebildet; 15 000 Auszubildende waren 2009 in diesem Bereich. In etwa die gleiche Anzahl entfiel auf Industriekaufleute. Der häufigste Ausbildungsberuf aus dem Bereich Handwerk ist der des/der Kraftfahrzeugmechatronikers bzw. -mechatronikerin. Es folgen Industriemechaniker/-in, Verkäufer/-in, medizinische(r) Fachangestellte(r), Kaufmann bzw. -frau für Groß- und Außenhandel, Friseur/-in und Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Insgesamt werden 33,8 % aller Auszubildenden in den zehn am häufigsten gewählten Berufen ausgebildet. Im Vergleich zu 1999 ist die Konzentration in den zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen zurückgegangen, damals waren 39,2 % aller Auszubildenden unter den „Top 10“ zu finden. Im Jahr 1999 war noch der Ausbildungsgang Kraftfahrzeugmechatroniker/-in der am häufigsten gewählte Ausbildungsberuf, Kaufmann/-frau stand dagegen nur an vierter Stelle.

Kaufmännische Berufe sind die häufigsten Ausbildungsberufe.

Die Berufswahl unterscheidet sich erheblich nach dem Geschlecht. Lediglich ein Beruf ist bei Frauen und Männern gleichermaßen unter den zehn wichtigsten Ausbildungsberufen: Die Ausbildung zur Kauffrau bzw. zum Kaufmann steht jeweils auf Platz fünf der Rangliste. Bei den Männern stehen technische Berufe im Vordergrund. Sieben von den zehn häufigsten Ausbildungsberufen sind diesem Bereich zuzuordnen. Ganz oben stehen Kraftfahrzeugmechatroniker und Industriemechaniker, gefolgt von Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Die nicht technischen Ausbildungsberufe unter den zehn wichtigsten sind Kaufmann im Einzelhandel, Industriekaufmann und Fachinformatiker. 36,3 % aller männlichen Auszubildenden werden in den zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen ausgebildet.

Männer bevorzugen technische Ausbildungsberufe.

Bei den Frauen ist kein technischer Beruf unter den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen. An erster Stelle steht die Ausbildung zur medizinischen Fachangestellten. Es folgen Bürokauffrau, Industriekauffrau, Friseurin und Kauffrau im Einzelhandel. Frauen konzentrieren sich stärker in den zehn wichtigsten

Tab. 4.1 Die zehn Ausbildungsberufe mit der höchsten Anzahl Auszubildender am 31.12.2009 nach Geschlecht*)		
Rang/Ausbildungsberuf	Auszubildende	
	Anzahl	%
Auszubildende insgesamt	338 482	100
darunter in den zehn Ausbildungsberufen mit der größten Anzahl	114 456	33,8
davon		
1 Kaufmann/-frau im Einzelhandel	15 054	4,4
2 Industriekaufmann/-frau	14 635	4,3
3 Bürokaufmann/-frau	13 162	3,9
4 Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	12 680	3,7
5 Industriemechaniker/-in	10 970	3,2
6 Verkäufer/-in	10 918	3,2
7 Medizinische(r) Fachangestellter/-angestellte	9 876	2,9
8 Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	9 841	2,9
9 Friseur/-in	9 276	2,7
10 Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	8 044	2,4
Männliche Auszubildende	205 893	100
darunter in den zehn Ausbildungsberufen mit der größten Anzahl	74 751	36,3
davon		
1 Kraftfahrzeugmechatroniker	12 327	6,0
2 Industriemechaniker	10 677	5,2
3 Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	7 968	3,9
4 Elektroniker	7 716	3,7
5 Kaufmann im Einzelhandel	6 907	3,4
6 Industriekaufmann	6 260	3,0
7 Fachinformatiker	5 963	2,9
8 Metallbauer	5 806	2,8
9 Zerspanungsmechaniker	5 567	2,7
10 Elektroniker für Betriebstechnik	5 560	2,7
Weibliche Auszubildende	132 589	100
darunter in den zehn Ausbildungsberufen mit der größten Anzahl	73 267	55,3
davon		
1 Medizinische Fachangestellte	9 799	7,4
2 Bürokauffrau	9 029	6,8
3 Industriekauffrau	8 375	6,3
4 Friseurin	8 244	6,2
5 Kauffrau im Einzelhandel	8 147	6,1
6 Zahnmedizinische Fachangestellte	7 343	5,5
7 Verkäuferin	6 951	5,2
8 Kauffrau für Bürokommunikation	5 669	4,3
9 Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk	5 198	3,9
10 Bankkauffrau	4 512	3,4

*) Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik

Mehr als die Hälfte der Frauen wird in den 10 am häufigsten gewählten Berufen ausgebildet.

Ausbildungsberufen. Mehr als die Hälfte (55,3 %) sind in diesen tätig. Allerdings sind technische Berufe, in denen sich männliche Auszubildende konzentrieren, grundsätzlich stärker fachspezifisch ausdifferenziert. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen hat sich im Vergleich zu 1999 an den ersten drei am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen nichts geändert. Die Konzentrationen in den zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen waren 1999 ähnlich hoch.

Ausländische Auszubildende konzentrieren sich in hohem Maße in wenigen Ausbildungsberufen. Während von allen Auszubildenden 33,8 % in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen ausgebildet werden, sind es bei ausländischen Auszubildenden 45,3 %. Dieser Wert hat sich seit 1999 kaum verändert, damals lag er bei 45,6 %. Besonders hoch ist die Konzentration bei den Frauen.

Tab. 4.2 Die zehn Ausbildungsberufe mit der höchsten Anzahl ausländischer Auszubildender am 31.12.2009 nach Geschlecht*)		
Rang/Ausbildungsberuf	Auszubildende	
	Anzahl	%
Ausländische Auszubildende insgesamt	18 195	100
darunter in den zehn Ausbildungsberufen mit der größten Anzahl	8 250	45,3
davon		
1 Kaufmann/-frau im Einzelhandel	1 632	9,0
2 Industriekaufmann/-frau	1 042	5,7
3 Bürokaufmann/-frau	1 015	5,6
4 Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	946	5,2
5 Industriemechaniker/-in	878	4,8
6 Verkäufer/-in	710	3,9
7 Medizinische(r) Fachangestellte/-angestellte	634	3,5
8 Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	545	3,0
9 Friseur/-in	428	2,4
10 Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	420	2,3
Ausländische männliche Auszubildende	10 365	100
darunter in den zehn Ausbildungsberufen mit der größten Anzahl	4 296	41,4
davon		
1 Kraftfahrzeugmechatroniker	703	6,8
2 Industriemechaniker	540	5,2
3 Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	536	5,2
4 Elektroniker	443	4,3
5 Kaufmann im Einzelhandel	425	4,1
6 Industriekaufmann	390	3,8
7 Fachinformatiker	373	3,6
8 Metallbauer	310	3,0
9 Zerspanungsmechaniker	288	2,8
10 Elektroniker für Betriebstechnik	288	2,8
Ausländische weibliche Auszubildende	7 830	100
darunter in den zehn Ausbildungsberufen mit der größten Anzahl	5 741	73,3
davon		
1 Medizinische Fachangestellte	1 344	17,2
2 Bürokauffrau	939	12,0
3 Industriekauffrau	876	11,2
4 Friseurin	599	7,7
5 Kauffrau im Einzelhandel	479	6,1
6 Zahnmedizinische Fachangestellte	438	5,6
7 Verkäuferin	345	4,4
8 Kauffrau für Bürokommunikation	273	3,5
9 Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk	254	3,2
10 Bankkauffrau	194	2,5

*) Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik

Nahezu drei Viertel (73,3 %) aller ausländischen Auszubildenden werden in den zehn am häufigsten gewählten Berufen ausgebildet. Genauer betrachtet zeigt sich, dass sich die weiblichen ausländischen Auszubildenden in drei Ausbildungsberufen konzentrieren: Friseurin, medizinische Fachangestellte und zahnmedizinische Fachangestellte. In diesen drei Ausbildungsberufen zusammen konzentrieren sich 40,4 % aller weiblichen ausländischen Auszubildenden.

40,4 % der ausländischen Frauen werden in drei Ausbildungsberufen ausgebildet.

Neben der beruflichen Ausbildung im Betrieb findet die berufliche Ausbildung auch an den Berufskollegs statt. Insgesamt 615 000 Personen wurden im Jahr 2009 an den Berufskollegs ausgebildet. Der größte Teil davon (61,5 %) besuchte eine Berufsschule im Rahmen des dualen Ausbildungssystems. An einer Berufsfachschule wurden 18,2 % ausgebildet, auf Fachschulen entfallen 7,7 %, auf be-

rufliche Gymnasien 4,7 % und Fachoberschulen weitere 4,1 %. Die berufsvorbereitenden Maßnahmen – das Berufsorientierungsjahr und das Berufsgrundschuljahr – werden nur von 0,7 % bzw. 3,1 % der Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs besucht. Frauen sind in den Fachoberschulen mit einem Anteil von 63,5 % überproportional vertreten, in den berufsvorbereitenden Maßnahmen mit 45,2 % bzw. 40,4 % nur unterdurchschnittlich.

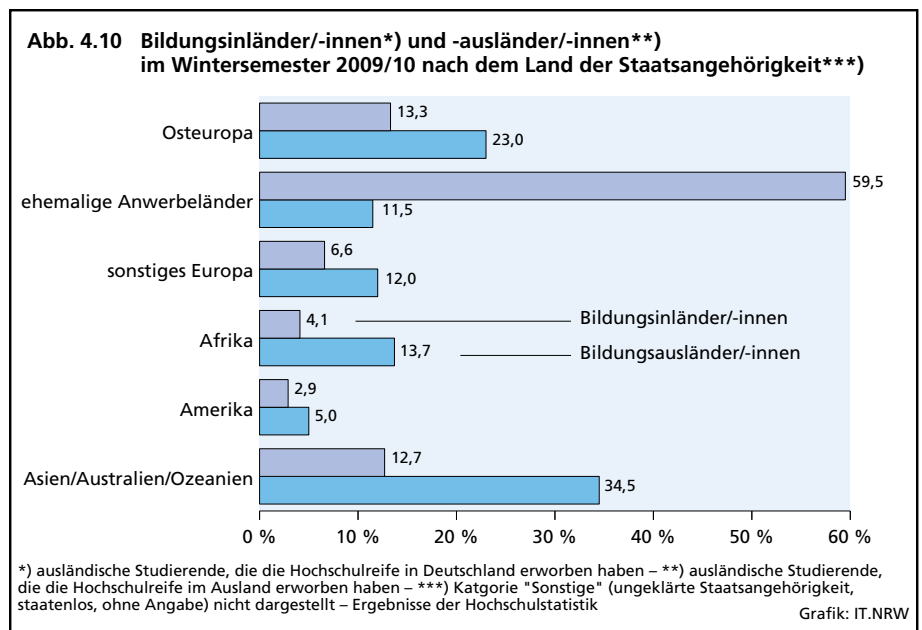
Für ausländische Schülerinnen und Schüler an den Berufskollegs haben berufsvorbereitende Maßnahmen eine höhere Bedeutung. Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler im Berufsorientierungsjahr liegt bei 36,2 %, im Berufsgrundschuljahr sind es 18,2 %. In den Berufsschulen liegt ihr Anteil hingegen nur bei 7,9 %, in den beruflichen Gymnasien bei 4,8 % und in den Fachschulen sogar nur bei 4,0 %.

4.5 Hochschulstudium

Eine halbe Million Studierende in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 1999 waren 493 000 Studierende an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens eingeschrieben. Diese Zahl ging bis zum Jahr 2004 auf 458 000 zurück, danach stieg sie jedoch wieder an und lag im Jahr 2009 mit 502 000 Studierenden über dem Wert von 1999. Der Anteil der Frauen an allen Studierenden lag im Jahr 2009 bei 46,4 %. Gegenüber 1999 bedeutet dies einen Anstieg um 2,2 Prozentpunkte. Der Anstieg der Studierendenzahl im Vergleich zu 1999 ist allein auf ausländische Studierende zurückzuführen. Die Zahl der deutschen Studierenden blieb gleich. Die Zahl der ausländischen Studierenden stieg von 49 800 im Jahr 1999 auf 59 400 im Jahr 2009.

Jeweils mehr als ein Viertel der ausländischen Studierenden stammt aus Asien, den ehemaligen Anwerbeländern und Osteuropa. Weitere 11 % der ausländischen Studierenden kommen aus Afrika. Wird nach Bildungsinländer/-innen (ausländische Studierende, die die Hochschulreife in Deutschland erworben haben) und Bildungsausländer/-innen (ausländische Studierende, die die Hochschulreife im Ausland erworben haben) unterschieden, lassen sich große Unterschiede er-



kennen. Von den Bildungsinländer/-innen kommt die Hälfte aus einem ehemaligen Anwerbeland, mehr als die Hälfte davon sind Türkinnen und Türken. 13,3 % stammen aus Osteuropa und 12,7 % aus Asien. Bei den Bildungsausländer/-innen spielen die Anwerbeländer mit einem Anteil von 11,5 % eine untergeordnete Rolle. Größte Herkunftsregion ist Asien mit 34,5 %, gefolgt von Osteuropa mit 23,0 % und Afrika (13,7 %).

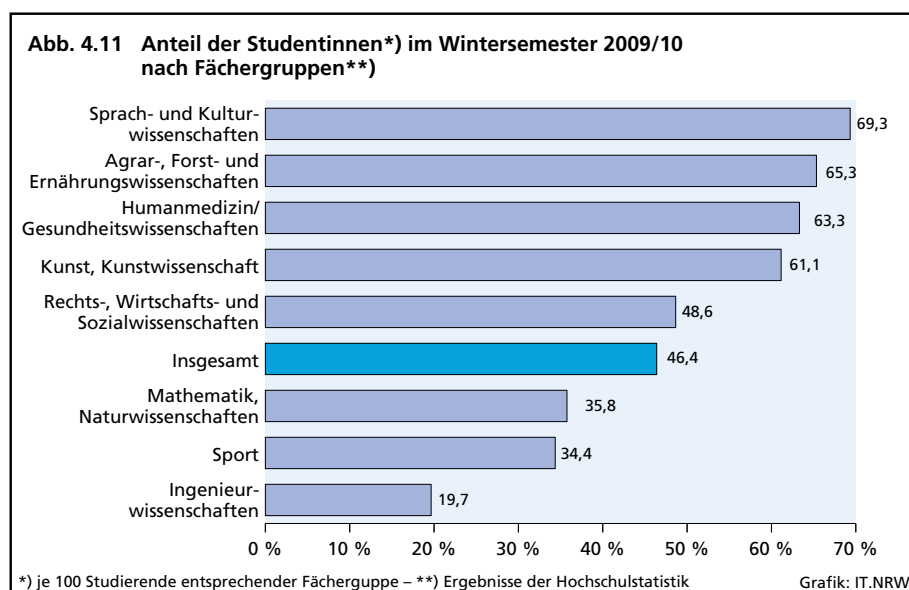
Nur die Zahl der Bildungsausländerinnen und -ausländer ist deutlich angestiegen (von 27 800 auf 39 800). während sich die der Bildungsinländerinnen und -inländer von 22 100 auf 19 700 verringerte. Die Attraktivität nordrhein-westfälischer Hochschulen für Studierende aus dem Ausland ist somit deutlich gestiegen. Ausländerinnen und Ausländer, die in Deutschland geboren wurden oder zumindest hier ihre Studienberechtigung erworben haben, entscheiden sich hingegen immer seltener für ein Hochschulstudium, obwohl der Anteil derer mit Hochschulreife zumindest leicht gestiegen ist. Der Frauenanteil liegt bei den Bildungsinländerinnen und -inländern mit 46,1 % etwas niedriger als bei deutschen Studierenden, bei den Bildungsausländerinnen und -ausländern hingegen mit 49,2 % höher. Bei beiden Gruppen ist der Frauenanteil im Zeitverlauf deutlich gestiegen: 1999 lag er bei den Bildungsinländerinnen noch bei 40,9 % und bei den Bildungsausländerinnen bei 45,9 %.

Wird nach Fächergruppen differenziert, so zeigt sich, dass Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit nahezu einem Drittel (32,7 %) den größten Studienbereich ausmachen. Es folgen die Sprach- und die Kulturwissenschaften mit einem Anteil von 20,8 %, Mathematik und Naturwissenschaften (18,4 %) sowie die Ingenieurwissenschaften (17,8 %). Die Studienfächer im Bereich Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften werden von 4,5 % der Studierenden gewählt, Kunst und Kunstwissenschaften von 3,3 %, Sport von 1,6 % sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften von 1,0 %.

Das Studienwahlverhalten von Frauen und Männern unterscheidet sich noch immer deutlich, was sich leicht an den Frauenanteilen in den Fächergruppen ablesen lässt. Weit überdurchschnittliche Frauenanteile ergeben sich mit 69,3 % für

**Nordrhein-Westfalen
ist attraktiver geworden
für Studierende aus dem Ausland.**

**Ein Drittel der Studierenden hat die
Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts-,
und Sozialwissenschaften gewählt.**



Der Frauenanteil in den Ingenieurwissenschaften liegt unter 20 %.

Ausländische Studierende entscheiden sich häufig für Ingenieurwissenschaften.

die Sprach- und Kulturwissenschaften, die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (65,3 %), die Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (63,3%) sowie Kunst und Kunstwissenschaft (61,1 %). In sehr geringem Maße sind Frauen mit einem Anteil von 19,7 % in den Ingenieurwissenschaften vertreten. Auch im Sport (34,4 %) und im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften (35,8 %) sind Frauen unterproportional vertreten.

Für ausländische Studierende haben die Ingenieurwissenschaften eine überproportionale Bedeutung. Rund ein Viertel dieser Studierenden hat sich für ein Studienfach aus diesem Bereich entschieden.

In der Gruppe der Bildungsausländer/-innen fällt der mit 62,3 % hohe Frauenanteil im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf. Deutlich unterdurchschnittlich ist der Frauenanteil hingegen im Bereich der Humanmedizin und der Gesundheitswissenschaften (51,8 %). Bei den Bildungsinländer(inne)n liegen die Frauenanteile in den Sprach- und Kulturwissenschaften (72,9 %) sowie den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften (72,7 %) über und im Bereich Sport (20,1 %) unter dem Durchschnitt.

5 Erwerbsverhalten und Arbeitsmarkt

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- > Obwohl die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 1999 bis 2009 rückläufig war, ist das Erwerbspersonenpotenzial in diesem Zeitraum gestiegen. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die wachsende Erwerbsorientierung der Frauen und der Älteren zurückzuführen.
- > Auch die Struktur des Erwerbspersonenpotenzials verändert sich. Von 1999 bis 2009 ist sowohl der Frauenanteil als auch der Anteil der Älteren und der Hochqualifizierten am Erwerbspersonenpotenzial gestiegen.
- > Die Erwerbsorientierung unterscheidet sich vor allem bei den Frauen stark nach dem Qualifikationsniveau. Während im Jahr 2009 nur die Hälfte der gering qualifizierten Frauen (50,4 %) dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, galt dies für rund zwei Drittel (74,3 %) der qualifizierten Frauen und 85,1 % der hoch qualifizierten Frauen.
- > Die Erwerbsorientierung der Männer mit Migrationshintergrund ist bedingt durch deren ungünstige Qualifikationsstruktur leicht unterdurchschnittlich. Die Erwerbsorientierung der Frauen mit Migrationshintergrund ist dagegen auf allen Qualifikationsstufen deutlich unterdurchschnittlich.
- > Geringqualifizierte sind besonders stark von Erwerbslosigkeit betroffen. 2009 war mehr als jede fünfte gering qualifizierte Erwerbsperson (21,1 %) erwerbslos. Der Zusammenhang zwischen Qualifikation und Erwerbslosigkeit hat sich in der vergangenen Dekade weiter verstärkt. Während die Erwerbslosenquote der Geringqualifizierten im Jahr 2009 deutlich höher war als im Jahr 1999 (17,1 %), lagen die Erwerbslosenquoten der Quali-

fizierten und Hochqualifizierten mit 6,8 % bzw. 3,2 % auf dem Niveau des Jahres 1999.

- In Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 ist die Erwerbslosenquote nur bei den Männern gestiegen. Insgesamt fiel der Anstieg der Erwerbslosenquote von 7,5 % im Jahr 2008 auf 7,9 % im Jahr 2009 eher moderat aus.
- Die vergangene Dekade war durch eine zunehmende Flexibilisierung der Erwerbsformen gekennzeichnet. Der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Normalarbeitsverhältnis lag 1999 noch bei 66,8 %; im Jahr 2009 lag dieser Wert nur noch bei 59,8 %. Gestiegen sind dagegen der Anteil der Selbstständigen ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Teilzeitbeschäftigten sowie der geringfügig und der befristet Beschäftigten.
- Auch die Zahl der Zeitarbeitsverhältnisse hat zugenommen und lag Ende 2009 fast doppelt so hoch (130 000) wie zehn Jahre zuvor.
- Atypische Beschäftigung (Teilzeitbeschäftigung, geringfügige und befristete Beschäftigung) ist vor allem im Dienstleistungsbereich verbreitet. Im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen waren mit 58,3 % mehr als die Hälfte der abhängig Erwerbstätigen atypisch beschäftigt.
- Sowohl bei der Erwerbsorientierung als auch hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation gibt es in Nordrhein-Westfalen große regionale Unterschiede. Die regionale Differenzierung zeigt unter anderem die nach wie vor bestehenden Arbeitsmarktprobleme des vom Strukturwandel in besonderem Maße betroffenen Ruhrgebiets. Aber auch innerhalb des Ruhrgebiets gibt es deutliche Unterschiede vor allem hinsichtlich der Erwerbsquoten.

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter ist rückläufig und wird in der nächsten Zukunft weiter sinken. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie sich die Erwerbsorientierung und das Erwerbspersonenpotenzial entwickelt von großer Bedeutung. Wie viele Personen stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und wie verändert sich die Erwerbsorientierung in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen? Diesen Fragen wird hier anhand der Entwicklung der Erwerbsquoten nachgegangen (Kapitel 5.1). Darüber hinaus wird dargestellt, wie sich das Erwerbspersonenpotenzial, das neben den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen auch die Stille Reserve umfasst, zusammensetzt und welcher Teil des Erwerbspersonenpotenzials ungenutzt bleibt (Kapitel 5.2).

Erwerbslosigkeit ist vor allem bei langer Dauer mit einer starken Beschränkung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen sowie mit einem deutlich erhöhten Armutsrisiko verbunden (MAGS 2007). In Kapitel 5.3 wird dargestellt, wie sich die Erwerbslosigkeit von 1999 bis 2009 entwickelt hat und welche Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße von Erwerbslosigkeit betroffen sind.

Die Arbeitswelt ist ständigen Veränderungen unterworfen. Die vergangene Dekade war durch eine zunehmende Flexibilisierung der Erwerbsformen gekennzeichnet. Diese Entwicklung wird in Kapitel 5.4 anhand des rückläufigen Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Beschäftigten mit einem Normalarbeitsverhältnis nachgezeichnet. Selbstständigkeit sowie atypische Formen abhängiger Erwerbstätigkeit haben an Bedeutung gewonnen.

In Kapitel 5.5 wird schließlich auf regionale Unterschiede hinsichtlich der Erwerbsorientierung der Bevölkerung und der Arbeitsmarktsituation eingegangen.

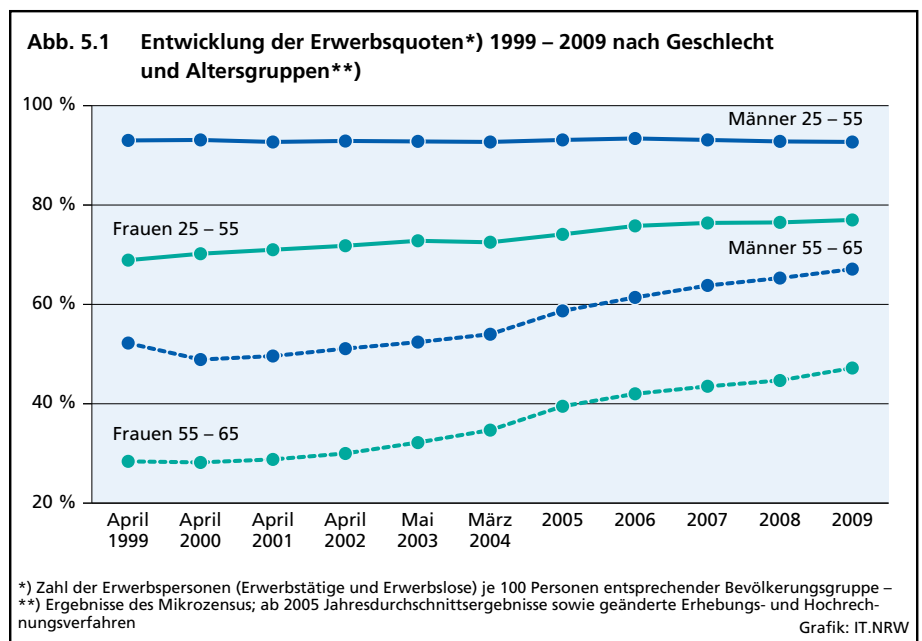
5.1 Entwicklung der Erwerbsquoten

Zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen und der Älteren

Die Zahl der Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, ist in Nordrhein-Westfalen von 8,1 Mill. im Jahr 1999 auf 8,6 Mill. im Jahr 2009 gestiegen und dies obwohl die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) in diesem Zeitraum gesunken ist.¹⁴⁾ Diese Entwicklung ist auf die wachsende Erwerbsorientierung der Frauen und der Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren zurückzuführen.¹⁵⁾

Ein Indikator für die Erwerbsorientierung ist die Erwerbsquote. Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren wieder. An der Erwerbsquote lässt sich ablesen, welcher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht (vgl. Glossar).

Von 1999 bis 2009 ist die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 25 bis unter 55 Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2009 standen 77,0 % der Frauen dieser Altersgruppe dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. 10 Jahre zuvor waren es erst 68,9 %. Bei den 25- bis unter 55-jährigen Männern hat sich die Erwerbsquote im Beobachtungszeitraum nicht verändert und lag mit rund 93 % deutlich über der Erwerbsquote der Frauen.

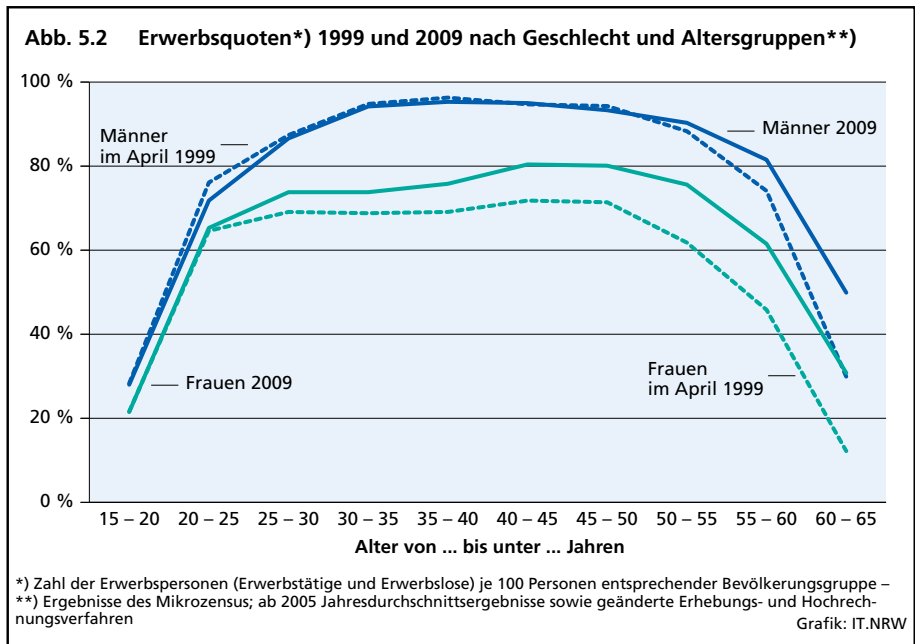


Bei den Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren sind die Erwerbsquoten sowohl der Frauen als auch der Männer von 1999 bis 2009 stark gestiegen. In dieser Altersgruppe ist in der vergangenen Dekade insgesamt ein Anstieg der Erwerbs-

14) Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren sank von rund 12,1 Mill. im Jahr 1999 auf rund 11,8 Mill. im Jahr 2009. – 15) Zur Erwerbsbeteiligung der Frauen in Nordrhein-Westfalen vgl. Munz, Seifert, Cloos (2007). Zur Erwerbsbeteiligung Älterer vgl. Seifert u. a. (2010).

quote um 16,7 Prozentpunkte (von 40,3 % im Jahr 1999 auf 57,0 % im Jahr 2009) zu verzeichnen.

Die altersspezifischen Erwerbsquoten spiegeln die typischen Phasen des Erwerbslebens wider: Die Erwerbseinstiegsphase von 15 bis 34 Jahren ist durch den Übergang aus dem Schul- und Ausbildungssystem in das Erwerbsleben und damit durch steigende Erwerbsquoten gekennzeichnet. In der Kernerwerbsphase von 35 bis 54 Jahren verbleiben die Erwerbsquoten dann relativ stabil auf ihrem höchsten Niveau.



Während es zu Beginn der Erwerbseinstiegsphase kaum Unterschiede in der Erwerbsorientierung zwischen Männern und Frauen gibt, verläuft der Anstieg der Erwerbsquoten bei den Frauen ab einem Alter von 25 Jahren wesentlich flacher. Die Ursache hierfür liegt darin, dass sich in diesem Alter viele Frauen, bedingt durch die Erziehung von Kindern, nicht am Erwerbsleben beteiligen. Während die Erwerbsquote der Männer schon bei einem Alter von etwa 30 Jahren ihren höchsten Stand erreicht, ist dies bei den Frauen erst etwa zehn Jahre später der Fall. Bei ihnen erreicht die Erwerbsquote bei einem Alter von etwa 40 Jahren ihr höchstes Niveau.

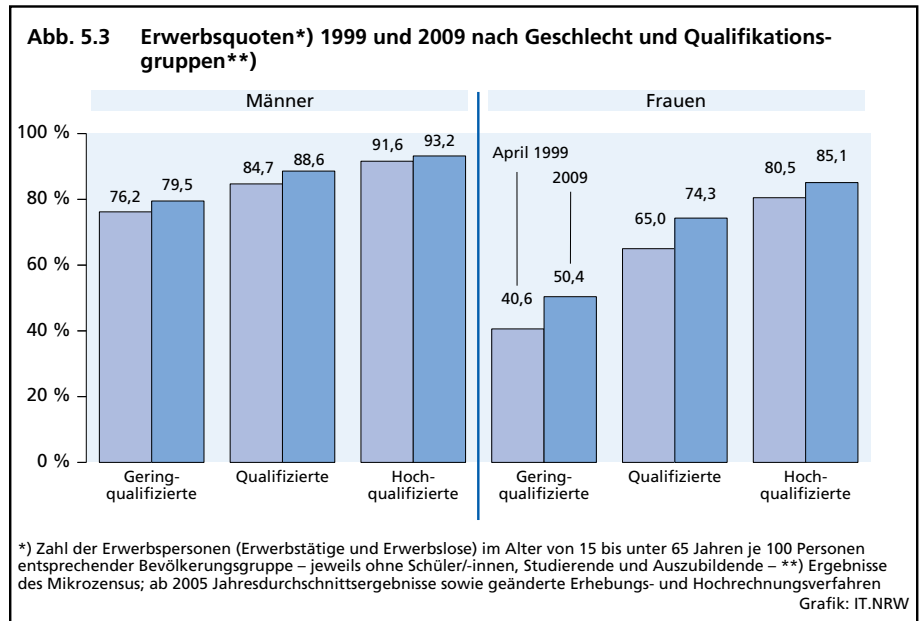
Ab einem Alter von 55 Jahren beginnt dann die Ausstiegsphase aus dem Erwerbsleben, denn durch den sukzessiven Übergang der Menschen in den Ruhestand geht die Nachfrage nach Erwerbsarbeit deutlich zurück. Da sich aufgrund der gestiegenen Erwerbsorientierung, die unter anderem auch auf die veränderte Gesetzeslage zurückzuführen ist¹⁶⁾, der Ausstieg aus dem Erwerbsleben im Lebensverlauf weiter nach hinten verlagert hat, fällt 2009 dieser Rückgang weniger stark aus als noch zehn Jahre zuvor.

Eine weitere Ursache für die steigenden Erwerbsquoten ist in der verbesserten Qualifikationsstruktur zu sehen (vgl. Kapitel 4.1), denn die Erwerbsorientierung

16) Seit Mitte der 1990er-Jahre wird eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angestrebt. Entsprechend wurden die Möglichkeiten, in den Vorruhestand zu gehen, eingeschränkt.

Erwerbsquote steigt vor allem bei den Frauen mit dem Qualifikationsniveau.

steigt mit dem Qualifikationsniveau. Das gilt sowohl für Frauen als auch für Männer. Bei den Frauen ist der Zusammenhang zwischen dem Qualifikationsniveau und der Erwerbsquote aber wesentlich deutlicher als bei den Männern. Während im Jahr 2009 nur die Hälfte der gering qualifizierten Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen (50,4 %), galt dies für drei Viertel der qualifizierten Frauen (74,3 %) und 85,1 % der hoch qualifizierten Frauen. Dementsprechend fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Erwerbsquoten bei den Geringqualifizierten besonders deutlich und bei den Hochqualifizierten vergleichsweise gering aus.



Erwerbsquote der gering qualifizierten Frauen seit 2007 leicht rückläufig

In der vergangenen Dekade haben hinsichtlich der Erwerbsquoten aber vor allem die gering qualifizierten und die qualifizierten Frauen aufgeholt. Die Unterschiede nach Qualifikation haben sich im Beobachtungszeitraum also etwas verringert. Aktuell zeigt sich jedoch wieder ein gegenläufiger Trend, denn seit 2007 ist der Anteil der Erwerbspersonen bei den gering qualifizierten Frauen rückläufig, während die Erwerbsquoten der qualifizierten und hoch qualifizierten Frauen weiter angestiegen sind.¹⁷⁾

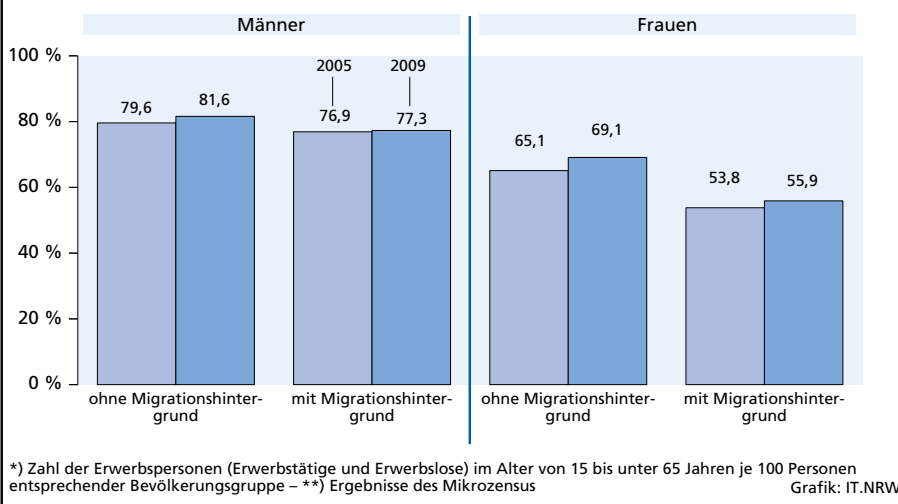
Personen mit Migrationshintergrund stehen dem Arbeitsmarkt zu einem geringeren Anteil zur Verfügung als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt sowohl für Frauen als auch für Männer, wobei bei den Frauen der Unterschied wesentlich deutlicher ausfällt. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass die Erwerbsquote zwar auch bei den Frauen mit Migrationshintergrund von 2005 auf 2009 gestiegen ist, der Anstieg aber geringer ausfällt als bei den Frauen ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede zwischen den Frauen mit und ohne Migrationshintergrund haben also weiter zugenommen.

Unterdurchschnittliche Erwerbsorientierung der Männer mit Migrationshintergrund bedingt durch deren ungünstige Qualifikationsstruktur

Bei den Männern mit Migrationshintergrund ist die geringere Erwerbsorientierung auf deren vergleichsweise ungünstige Qualifikationsstruktur zurückzuführen.

17) Im Jahr 2007 lag die Erwerbsquote der gering qualifizierten Frauen mit 52,3 % um knapp zwei Prozentpunkte über der entsprechenden Quote im Jahr 2009. Die Erwerbsquoten der qualifizierten Frauen und der hoch qualifizierten Frauen lagen im Jahr 2007 mit 72,9 % bzw. 83,2 % dagegen unter dem Niveau des Jahres 2009 (vgl. Abb. 5.3)

Abb. 5.4 Erwerbsquoten*) 2005 und 2009 nach Geschlecht und Migrationsstatus**)

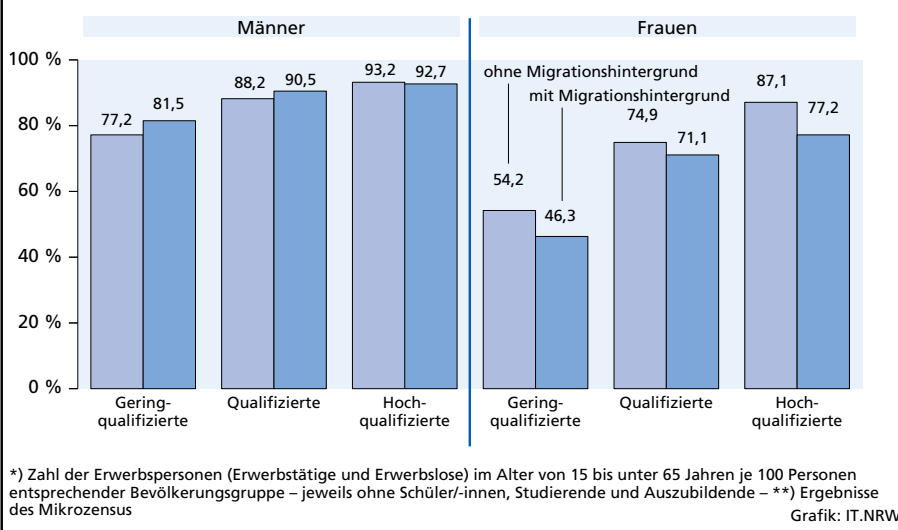


ren (vgl. Kapitel 4.1). Betrachtet man die Erwerbsquoten derer mit Migrationsstatus, zeigen sich bei den gering qualifizierten und den qualifizierten Männern sogar etwas höhere Erwerbsquoten als bei den Männern ohne Migrationshintergrund.¹⁸⁾

Bei den Frauen mit Migrationshintergrund sind hingegen in allen Qualifikationsstufen geringere Erwerbsquoten im Vergleich zu den Frauen ohne Migrationshintergrund zu verzeichnen. Die ungünstige Qualifikationsstruktur (vgl. Kapitel 5.3) der Frauen mit Migrationshintergrund trägt zusätzlich zu einer niedrigen Erwerbsquote bei.

Erwerbsorientierung der Frauen mit Migrationshintergrund auf allen Qualifikationsstufen unterdurchschnittlich

Abb. 5.5 Erwerbsquoten*) 2009 nach Geschlecht, Qualifikationsgruppen und Migrationsstatus**)



18) Dies zeigt jedoch nur, dass sich die Männer gleicher Qualifikationsstufe hinsichtlich der Erwerbsorientierung kaum nach Migrationshintergrund unterscheiden. Die Erwerbstätigenquoten, also der Anteil derer, die tatsächlich erwerbstätig sind, fallen bei den Männern mit Migrationshintergrund dagegen auf allen Qualifikationsstufen niedriger aus als bei den Männern ohne Migrationshintergrund. Denn bei gleicher Qualifikation und gleicher Erwerbsorientierung sind die Arbeitsmarktchancen der Männer mit Migrationshintergrund schlechter als die der Männer ohne Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 5.3).

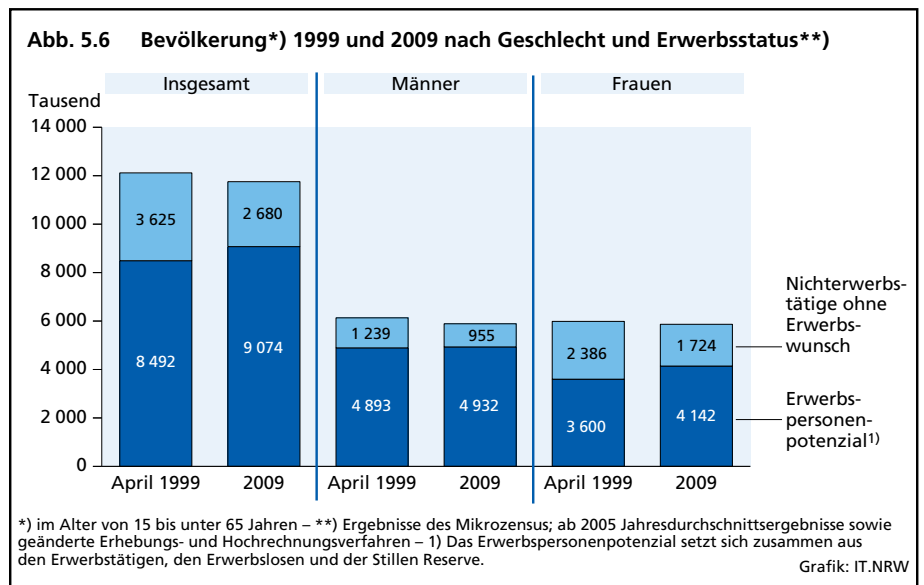
5.2 Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials

Bei einer Betrachtung der Erwerbsquoten finden ausschließlich diejenigen Personen Berücksichtigung, die dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung stehen (Erwerbstätige und Erwerbslose). Das Erwerbspersonenpotenzial umfasst zudem Personen, die grundsätzlich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen, sich aber vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Zu dieser „Stillen Reserve“ zählen Personen,

- die nicht aktiv nach einer Arbeit suchen, aber einen Erwerbswunsch haben oder
- die aktiv eine Arbeit suchen, jedoch innerhalb der nächsten zwei Wochen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (vgl. Glossar).

Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials trotz rückläufiger Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter

Abbildung 5.6 zeigt, dass von 1999 bis 2009 das Erwerbspersonenpotenzial um rund 580 000 Personen (6,9 %) gestiegen ist, obwohl die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter rückläufig war (-3,0 %). Vor allem bei den Frauen ist der Anteil derer ohne Erwerbswunsch stark rückläufig: 1999 waren knapp zwei Fünftel (39,9 %) der 15- bis unter 65-jährigen Frauen ohne Erwerbswunsch – 2009 waren es nur noch 29,4 %.



Der demografische Wandel, die Veränderung der Bildungsstruktur und die Veränderungen hinsichtlich der Erwerbsorientierung haben nicht nur Auswirkungen auf den Umfang, sondern auch auf die Struktur des Erwerbspersonenpotenzials: Dabei zeigen sich von 1999 bis 2009 folgende Tendenzen:

- Anstieg des Frauenanteils (von 42,4 % auf 45,6 %).
- Anstieg des Anteils der Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren (von 13,1 % auf 14,2 %)
- Anstieg des Anteils der Hochqualifizierten (von 21,7 % auf 24,3 %) und Rückgang des Anteils der Geringqualifizierten (von 18,7 % auf 17,2 %)

Nicht alle Personen, die zum Erwerbspersonenpotenzial zählen, gehen auch tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nach. 2009 blieben 12,7 % des Erwerbspersonenpotenzials ungenutzt (Erwerbslose + Stille Reserve), bei den Frauen ein etwas größerer Anteil (13,5 %) als bei den Männern (12,1 %).

Tab. 5.1 Ungenutztes Erwerbspersonenpotenzial*) 1999, 2004 und 2009 nach Geschlecht)**

Geschlecht Jahr	Erwerbspersonenpotenzial						
	ins- gesamt	darunter ungenutzt					
		zusammen		davon			
				erwerbslos	Stille Reserve		
1 000	%	1 000	%	1 000	%		
Männer							
April 1999	4 893	507	10,4	363	71,6	144	28,4
März 2004	4 761	668	14,0	498	74,6	170	25,4
2009	4 932	595	12,1	404	68,0	190	32,0
Frauen							
April 1999	3 600	481	13,4	240	49,8	241	50,2
März 2004	3 765	552	14,7	303	54,8	249	45,2
2009	4 142	559	13,5	274	49,0	285	51,0

*) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren – **) Ergebnisse des Mikrozensus; ab 2005 Jahresdurchschnittsergebnisse sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren

Wird das ungenutzte Erwerbspersonenpotenzial nach Arbeitsmarktnähe bzw. -ferne differenziert, so zeigt sich, dass Frauen überdurchschnittlich häufig zur arbeitsmarktfremden Stillen Reserve zählen. Während nicht erwerbstätige Männer mit Erwerbswunsch zu 68,0 % den Erwerbslosen zuzurechnen sind, d. h. aktiv nach einer Arbeit suchen und dem Arbeitsmarkt zeitnah zur Verfügung stehen, liegt der entsprechende Anteil bei den Frauen bei nur 49,0 %. Mehr als die Hälfte der nicht erwerbstätigen Frauen mit Erwerbswunsch haben sich 2009 vom Arbeitsmarkt zurückgezogen (51,0 %).

Trotz bestehendem Erwerbswunsch ziehen sich Frauen häufiger vom Arbeitsmarkt zurück als Männer.

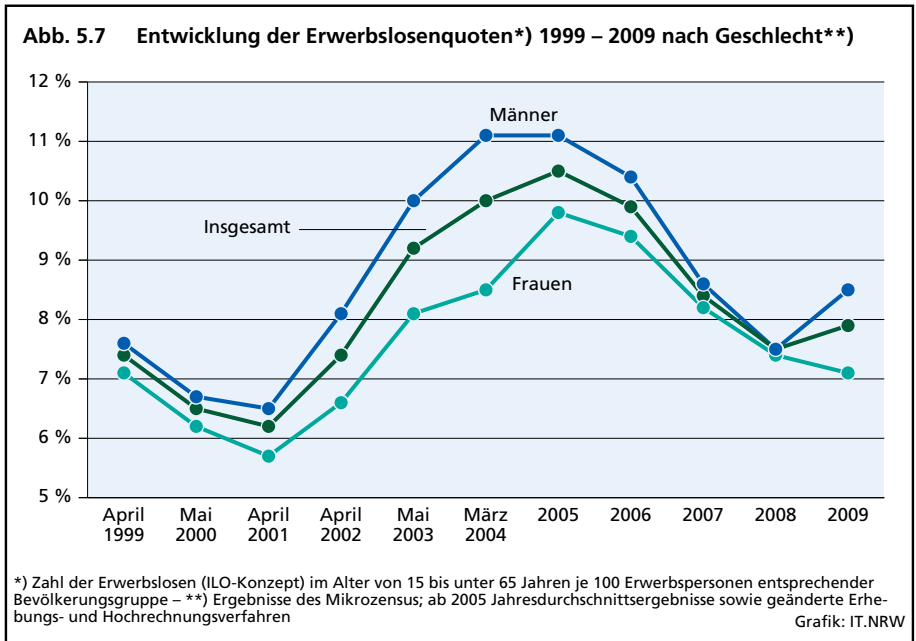
5.3 Erwerbslosigkeit

Die Erwerbslosenquote gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) wieder und dient als ein Indikator für das Ausmaß des unfreiwilligen Ausschlusses aus dem Erwerbsleben.

Abb 5.7 zeigt die Entwicklung der Erwerbslosenquote in der vergangenen Dekade. Nach einem Rückgang in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1999 bis 2001 sind die Erwerbslosenquoten der Frauen und der Männer bis 2005 deutlich gestiegen. Dabei fiel der Anstieg der Erwerbslosenquote bei den Männern stärker aus als bei den Frauen. Von 2005 bis 2008 waren die Erwerbslosenquoten rückläufig und haben im Jahr 2008 wieder in etwa das Niveau des Jahres 1999 erreicht.

Waren im Jahr 2008 die Erwerbslosenquoten der Männer und der Frauen annähernd gleich (7,4 % bei den Frauen und 7,5 % bei den Männern), so haben sich diese im Jahr 2009 unterschiedlich entwickelt. Während bei den Frauen ein weiterer Rückgang der Erwerbslosenquote zu verzeichnen ist (auf 7,1 % im Jahr 2009), ist die Erwerbslosenquote der Männer in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise um einen Prozentpunkt gestiegen (auf 8,5 % im Jahr 2009). Die unterschiedliche Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass in erster Linie die klassischen Industriesektoren (vor allem die Automobilbranche und deren Zulieferer), in denen mehrheitlich Männer beschäftigt sind, von der Krise betroffen waren.

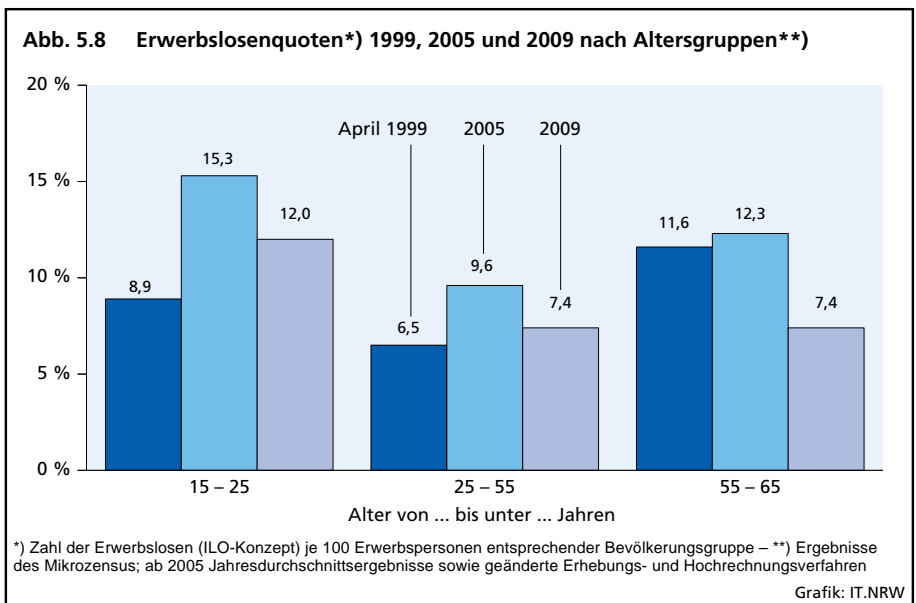
Im Jahr 2009 ist die Erwerbslosenquote nur bei den Männern gestiegen.



Insgesamt fiel der Anstieg der Erwerbslosenquote eher moderat aus (von 7,5 % im Jahr 2008 auf 7,9 % im Jahr 2009), da die Auftrags- und Umsatzrückgänge zum Teil durch den Einsatz von Kurzarbeit und den Abbau von Überstunden aufgefangen werden konnten (vgl. Kirsch 2010).

Überdurchschnittliche Erwerbslosenquote bei den 15- bis unter 25-Jährigen

Die Erwerbslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen ist mit 12,0 % im Jahr 2009 überdurchschnittlich hoch. Bei den 55- bis unter 65-Jährigen ist von 2005 bis 2009 der stärkste Rückgang der Erwerbslosenquote zu verzeichnen:¹⁹⁾ Lag noch 2005 die Erwerbslosenquote in dieser Altersgruppe mit 12,3 % deutlich über dem Vergleichswert der 25- bis unter 55-Jährigen (9,6 %), waren 2009 in beiden Altersgruppen 7,4 % der Erwerbspersonen erwerbslos.



Ältere ziehen sich überdurchschnittlich häufig trotz Erwerbwunsch vom Arbeitsmarkt zurück.

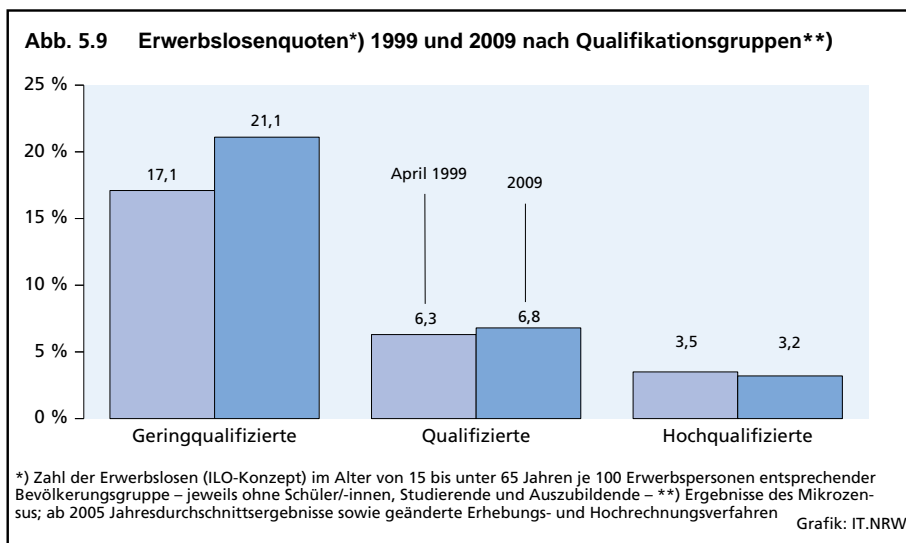
Allerdings ziehen sich ältere Personen überdurchschnittlich häufig trotz Erwerbwunsch vom Arbeitsmarkt zurück: Im Jahr 2009 zählten 7,0 % der 55- bis unter

¹⁹⁾ Da im Jahr 2005 ein vorläufiger Höhepunkt der Erwerbslosenquoten erreicht wurde, wird hier anders als in den anderen Kapiteln zusätzlich zum Jahr 1999 das Jahr 2005 als Vergleichsjahr dargestellt.

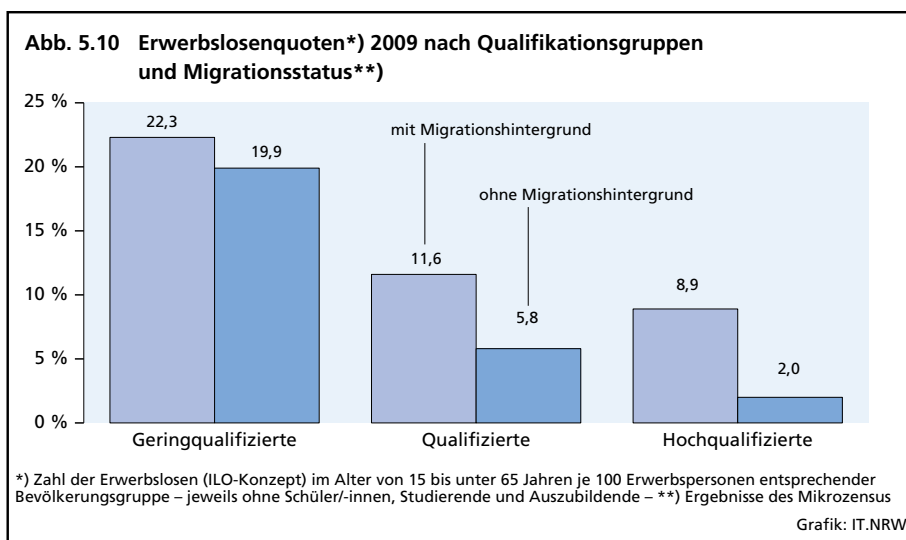
65-Jährigen zur Stillen Reserve, bei den 25- bis unter 55-Jährigen waren es nur 4,2 %.

Geringqualifizierte sind besonders stark von Erwerbslosigkeit betroffen. 2009 waren 21,1 % der gering qualifizierten Erwerbspersonen ohne Arbeit, von den qualifizierten waren es 6,8 % und von den hoch qualifizierten sogar nur 3,2 %. Der Zusammenhang zwischen Qualifikation und Erwerbslosigkeit hat sich in der vergangenen Dekade weiter verstärkt. Während die Erwerbslosenquote der Geringqualifizierten im Jahr 2009 deutlich höher war als im Jahr 1999 (17,1 %), lagen die Erwerbslosenquoten der beiden Vergleichsgruppen mit 6,8 % bzw. 3,2 % auf dem Niveau des Jahres 1999.

2009 war mehr als jede fünfte gering qualifizierte Erwerbsperson von Erwerbslosigkeit betroffen.

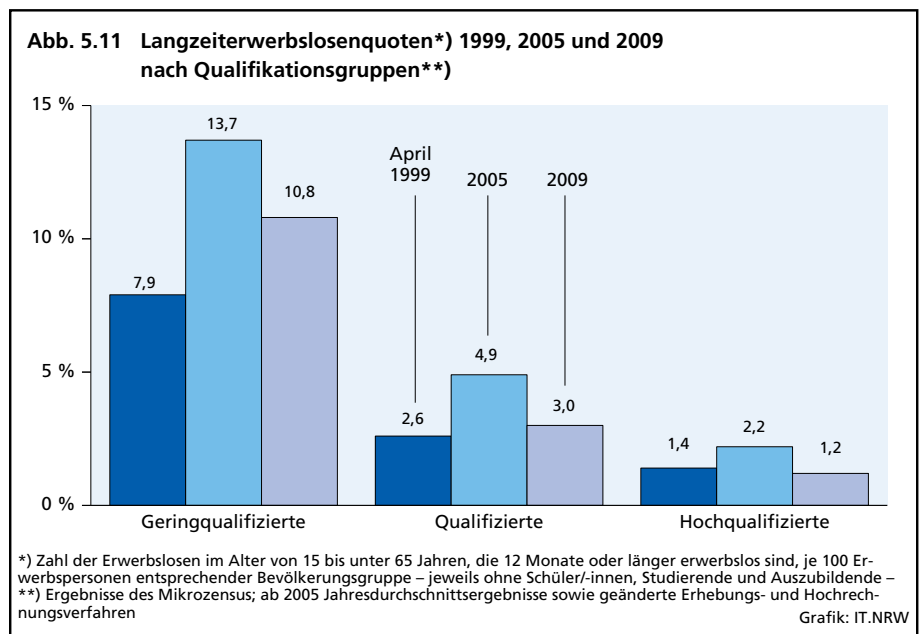


Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund sind zu einem deutlich höheren Anteil von Erwerbslosigkeit betroffen (13,9 %) als Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund (6,0 %). Dies ist zum einen durch die vergleichsweise ungünstige Qualifikationsstruktur der Personen mit Migrationshintergrund bedingt und zum anderen dadurch, dass sich die Qualifikation der Personen mit Migrationshintergrund insbesondere bei Hochqualifizierten am Arbeitsmarkt weniger auszahlt als bei Personen ohne Migrationshintergrund.



Langzeiterwerbslosenquote nach einem Höchststand im Jahr 2005 wieder rückläufig

Langzeiterwerbslosigkeit stellt für die betroffenen Personen sowohl im Hinblick auf die Teilhabe- und Verwirklichungschancen als auch im Hinblick auf die finanzielle Situation ein besonderes Problem dar. Der Anteil der Langzeiterwerbslosen an den Erwerbspersonen (= Langzeiterwerbslosenquote) ist von 3,2 % im Jahr 1999 auf 5,6 % im Jahr 2005 gestiegen und seit 2006 wieder rückläufig (vgl. IT.NRW 2010b). 2009 lag die Langzeiterwerbslosenquote bei 3,6 %. Geringqualifizierte sind besonders häufig von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen: 2009 betrug die Langzeiterwerbslosenquote der Geringqualifizierten 10,8 %, die der Qualifizierten dagegen nur 3,0 % und die der Hochqualifizierten 1,2 %. Abb. 5.11 zeigt, dass sich in der vergangenen Dekade der Zusammenhang zwischen Qualifikation und Langzeiterwerbslosigkeit noch verschärft hat. Das bedeutet aber nicht, dass Langzeiterwerbslosigkeit ausschließlich ein Problem der Geringqualifizierten wäre: Diese stellen im Jahr 2009 weniger als die Hälfte der Langzeiterwerbslosen (45,6 %).



5.4 Erwerbssituation

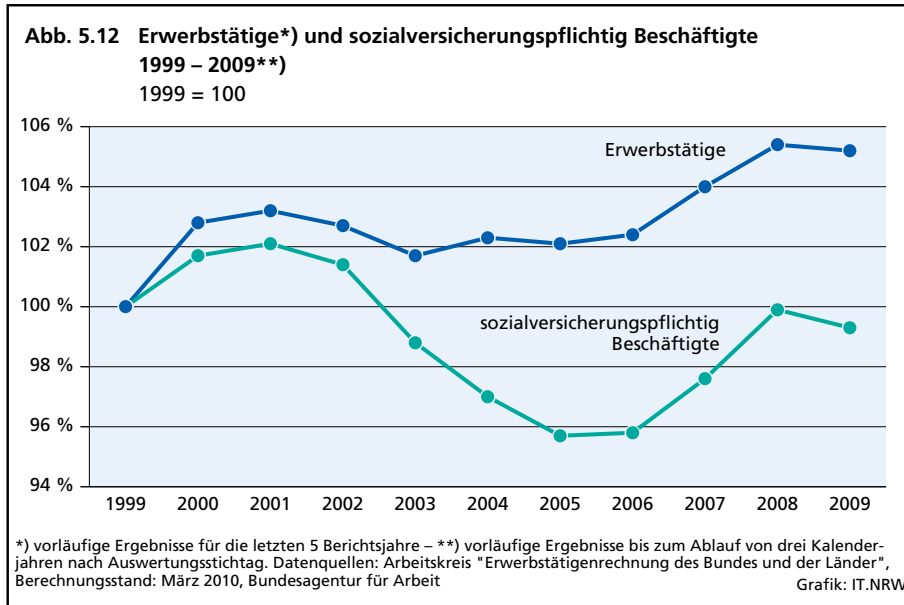
Die Zahl der Erwerbstätigen²⁰⁾ ist von 1999 bis 2009 um 5,2 % gestiegen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten²¹⁾ um 0,7 % gesunken. Dementsprechend ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gesunken. Waren 1999 noch 70,4 % der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, so lag der Anteil 2009 nur noch bei 66,8 %.

Die Erwerbstätigenzahl blieb nach einem Anstieg in den prosperierenden Jahren 1999 – 2001 bis zum Jahr 2006 weitgehend unverändert und ist von 2006 bis 2008 weiter angestiegen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat einen anderen Verlauf genommen und ist nach dem Anstieg zu Beginn der Dekade von 2001 bis 2005 gesunken. Nach dem darauf folgenden erneuten Anstieg in Folge der wirtschaftlichen Erholung hat die Zahl der sozialversicherungs-

20) Datenquelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungsstand März 2010 – 21) Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit

Nur noch rund zwei Drittel der Erwerbstätigen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

pflichtig Beschäftigten im Jahr 2008 wieder das Niveau des Jahres 1999 erreicht. Im Jahr 2009 ist sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten leicht gesunken.



Die vergangene Dekade war durch eine zunehmende Flexibilisierung der Erwerbsformen gekennzeichnet. Diese Entwicklung lässt sich durch den sinkenden Anteil der Erwerbstätigen in einem sogenannten Normalarbeitsverhältnis verdeutlichen. Dieses Leitbild abhängiger Erwerbstätigkeit ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: einem auf Dauer angelegten Arbeitsvertrag, Vollzeitbeschäftigung, einem mindestens existenzsichernden Einkommen sowie der persönlichen Abhängigkeit und Weisungsgebundenheit der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber (vgl. Dombois 1999).

Zu den Normalarbeitsverhältnissen werden im Folgenden unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse gezählt. In Abgrenzung zum Normalarbeitsverhältnis lassen sich die atypischen Beschäftigungsverhältnisse bestimmen. Zu diesen zählen Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und befristete Beschäftigungsverhältnisse.²²⁾

Zeitarbeitsverhältnisse werden üblicherweise ebenfalls zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen gezählt. Die Zahl der Zeitarbeitsverhältnisse hat sich in Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Dekade nahezu verdoppelt (von 67 049 am 31. Dezember 1999 auf 130 184 am 31. Dezember 2009).²³⁾

Zwar ist nach wie vor die Mehrheit der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt, der Anteil derer, die in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis stehen, hat jedoch deutlich zugenommen. Im Jahr 1999 waren zwei Drittel der Erwerbstätigen²⁴⁾ in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt (66,8 %), im Jahr 2009 waren es noch 59,8 %.

Die Zahl der Zeitarbeitsverhältnisse hat sich von 1999 bis 2009 fast verdoppelt.

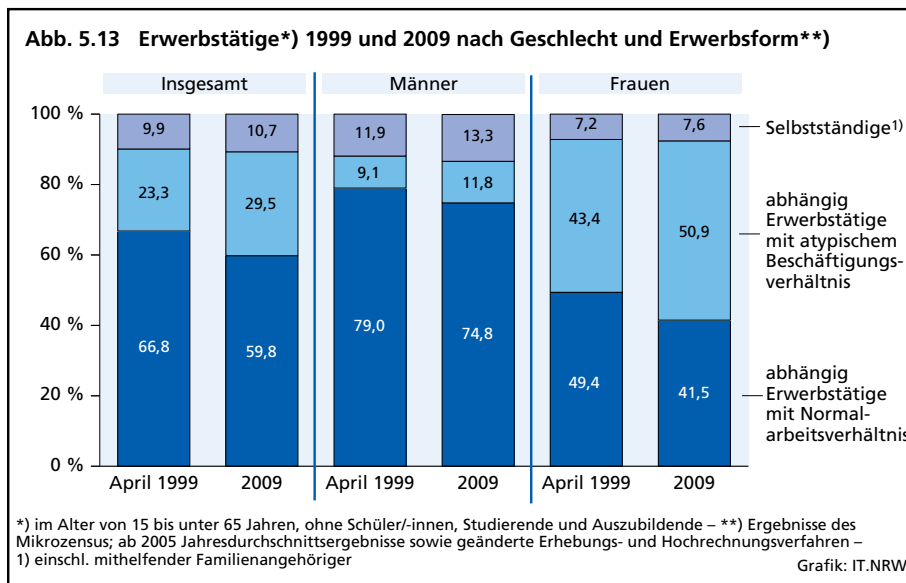
Anteil der Erwerbstätigen mit einem Normalarbeitsverhältnis rückläufig

22) Zum Armutsrisiko atypisch Beschäftigter vgl. IT.NRW (2009). http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse_1_09_Atypische_Beschaeftigung.pdf – 23) Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Arbeitnehmerüberlassung. In den folgenden Darstellungen auf Basis des Mikrozensus muss Zeitarbeit jedoch unberücksichtigt bleiben, da Daten zu dieser Erwerbsform im Mikrozensus erst ab 2006 erhoben werden und wegen freiwilliger Auskünfte zu wenig Antworten vorliegen, um auf Basis des Mikrozensus belastbare Aussagen zur Verbreitung von Zeitarbeit zu treffen. – 24) Betrachtet werden hier nur die „Kernerwerbstätigen“ im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, ohne Schüler/-innen, Studierende und Auszubildende. Werden alle Erwerbstätigen betrachtet, so fällt insbesondere der Anteil der geringfügig Beschäftigten höher aus, da Rentner/-innen und Personen, die sich noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden, im Falle einer Erwerbstätigkeit überdurchschnittlich häufig einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen.

3 von 4 erwerbstätigen Männern, aber nur 2 von 5 erwerbstätigen Frauen stehen in einem Normalarbeitsverhältnis.

Das Normalarbeitsverhältnis korrespondiert mit dem Leitbild des männlichen Familienernährers und ist für Männer nach wie vor überwiegende Realität: Im Jahr 2009 waren fast drei Viertel der männlichen Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt, aber auch bei den Männern ist der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Normalarbeitsverhältnis gesunken (von 79,0 % im Jahr 1999 auf 74,8 % im Jahr 2009).

Frauen stehen dagegen zu einem weitaus geringeren Anteil in einem Normalarbeitsverhältnis: Im Jahr 1999 galt dies für nur knapp die Hälfte der weiblichen Erwerbstätigen (49,4 %), 2009 waren es nur noch gut zwei Fünftel (41,5 %).



Zahl der Selbstständigen ohne Beschäftigte gestiegen

Der Anteil der Selbstständigen ist in der vergangenen Dekade gestiegen (von 9,9 % im Jahr 1999 auf 10,7 % im Jahr 2009). Dies ist jedoch fast ausschließlich auf die wachsende Zahl der Selbstständigen ohne Beschäftigte zurückzuführen. Im Jahr 2009 waren weniger als die Hälfte der Selbstständigen Arbeitgeber (48,2 %), 1999 waren es noch 53,3 %.

Männer waren mit 13,3 % im Jahr 2009 zu einem größeren Anteil selbstständig als Frauen (7,6 %). Bei den Männern ist zudem der Anteil der Selbstständigen mit Beschäftigten mit 53,3 % wesentlich höher als bei den Frauen (36,4 % im Jahr 2009).

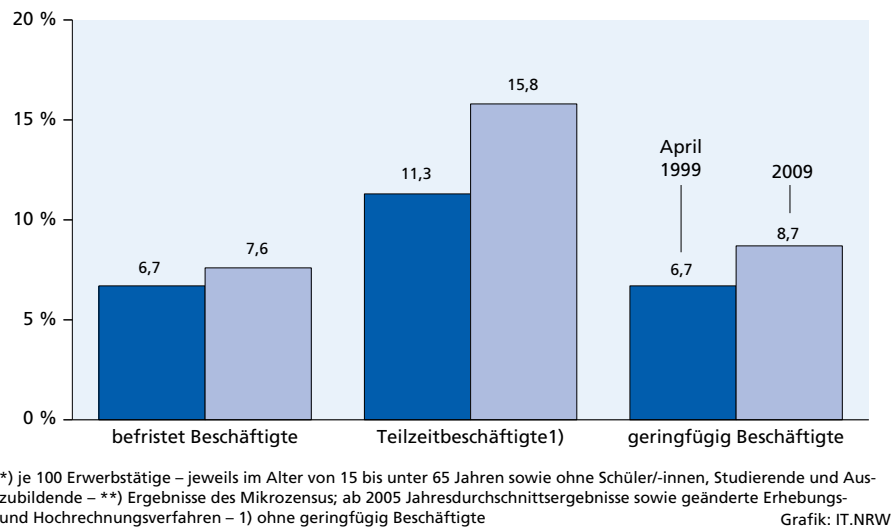
Anteil der atypisch Beschäftigten gestiegen; deutlichster Anstieg bei den Teilzeitbeschäftigten

Deutlicher als bei den Selbstständigen fiel der Anstieg bei den atypisch Beschäftigten aus, von 23,3 % der Erwerbstätigen im Jahr 1999 auf 29,5 % im Jahr 2009. Teilzeitbeschäftigte stellen die größte Teilgruppe unter den atypisch Beschäftigten. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) an den Erwerbstätigen erhöhte sich von 11,3 % im Jahr 1999 auf 15,8 %. Gestiegen ist im Beobachtungszeitraum auch der Anteil der geringfügig Beschäftigten²⁵⁾ und der befristet Beschäftigten (von jeweils 6,7 % im Jahr 1999 auf 8,7 % bzw. 7,6 % im Jahr 2009)

Ein Blick auf die soziodemografische Struktur der abhängig Beschäftigten zeigt, dass Umfang und Form atypischer Beschäftigung nach Geschlecht, Alter, Qualifikation und Migrationsstatus stark variieren (siehe Tabelle 5.2).

²⁵⁾ Methodische Hinweise zum Zeitvergleich bei geringfügiger Beschäftigung siehe Glossar.

Abb. 5.14 Anteil der abhängig Erwerbstätigen mit atypischem Beschäftigungsverhältnis*) 1999 und 2009 nach Arbeitszeitumfang)**



Abhängig erwerbstätige Frauen gehen zu gut einem Drittel einer regulären Teilzeiterwerbstätigkeit²⁶⁾ nach (33,7 %), weitere 16,9 % sind geringfügig beschäftigt. Bei den Männern ist Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung nach wie vor nur wenig verbreitet (3,6 % bzw. 3,4 %). Dementsprechend ist der Anteil der Normalarbeitnehmer mit 86,4 % sehr hoch. Abhängig erwerbstätige Frauen zählen nur zu 44,9 % zu den Normalarbeitnehmerinnen.

Tab. 5.2 Abhängig Erwerbstätige*) 2009 nach soziodemografischen Merkmalen und Erwerbsformen)**

Merkmal	Abhängig Beschäftigte mit atypischem Beschäftigungsverhältnis				
	Normalarbeitsverhältnis	zusammen	und zwar ... beschäftigt		
			befristet	Teilzeit ¹⁾	geringfügig
%					
Frauen	44,9	55,1	8,9	33,7	16,9
Männer	86,4	13,6	8,1	3,6	3,4
Alter von ... bis unter ... Jahren					
15 – 25	53,5	46,5	33,0	10,2	10,8
25 – 55	67,5	32,5	7,8	18,2	9,4
55 – 65	68,8	31,2	3,3	18,0	11,5
Geringqualifizierte	54,8	45,2	12,3	18,5	19,9
Qualifizierte	66,2	33,8	7,7	18,7	10,0
Hochqualifizierte	75,8	24,2	8,4	14,9	3,1
Mit Migrationshintergrund	62,5	37,5	12,0	16,0	13,7
Ohne Migrationshintergrund	68,2	31,8	7,6	18,2	8,7

*) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, ohne Schüler/-innen, Studierende und Auszubildende – **) Ergebnisse des Mikrozensus – 1) ohne geringfügig Beschäftigte

Bei den Jüngeren ist atypische Beschäftigung aufgrund des hohen Anteils Befristeter in dieser Altersgruppe überdurchschnittlich verbreitet. Im Jahr 2009 war ein Drittel der abhängig Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren befristet beschäftigt. Bei den 25- bis unter 55-Jährigen lag der entsprechende Anteil bei 7,8 % und bei den Älteren (55 bis unter 65 Jahre) nur bei 3,3 %.

Jüngere zu einem Drittel befristet beschäftigt

26) Reguläre Teilzeiterwerbstätigkeit umfasst in Abgrenzung zur geringfügigen Beschäftigung sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung sowie die Teilzeitarbeit von Beamtinnen und Beamten.

**Geringqualifizierte
überdurchschnittlich häufig
geringfügig und befristet beschäftigt**

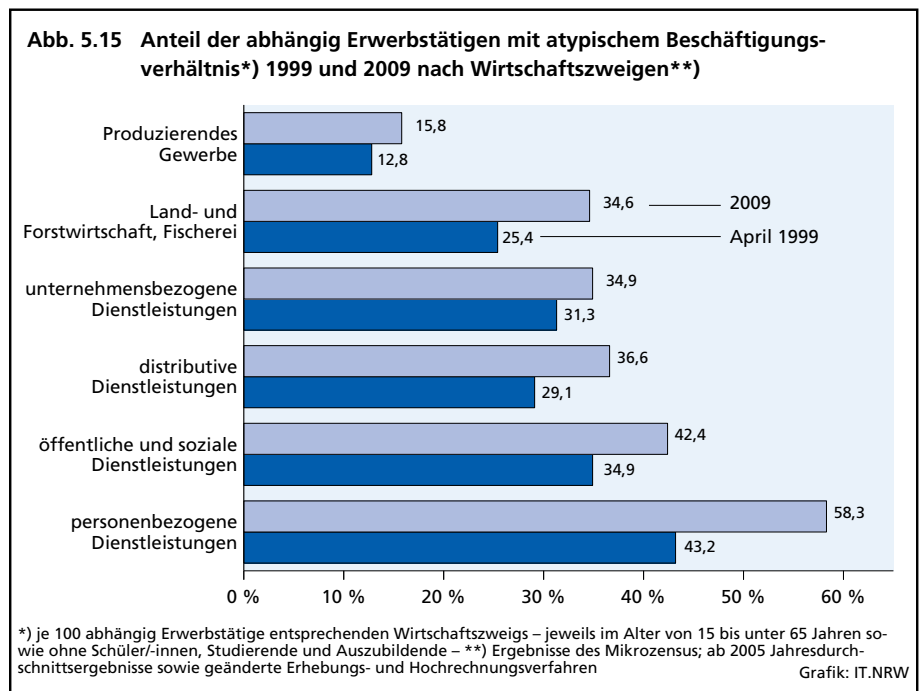
Auch das Qualifikationsniveau hat einen Einfluss auf die Art des Beschäftigungsverhältnisses: Je höher die Qualifikation, desto höher der Anteil der Normalarbeitnehmer/-innen. Geringqualifizierte sind überdurchschnittlich häufig geringfügig beschäftigt (19,9 %) und zu einem überdurchschnittlichen Anteil von Befristung betroffen (12,3 %). Personen mit Migrationshintergrund zählen ebenfalls überdurchschnittlich häufig zu den geringfügig (13,7 %) und den befristet (12,0 %) Beschäftigten.

**Überdurchschnittliche Verbreitung
atypischer Beschäftigungsverhältnisse
bei den personenbezogenen Dienstleistungen**

Atypische Beschäftigungsverhältnisse werden vor allem im Dienstleistungsbe- reich eingesetzt, besonders verbreitet sind sie in den personenbezogenen Dienstleistungen. Im Jahr 2009 waren mit 58,3 % mehr als die Hälfte der abhängig Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftszweig atypisch beschäftigt. Abb. 5.15 zeigt, dass hier der Anteil atypisch Beschäftigter in der vergangenen Dekade auch am stärksten zugenommen hat.

**Unterdurchschnittliche Verbreitung
atypischer Beschäftigungsverhältnisse
im Produzierenden Gewerbe**

Auch im Produzierenden Gewerbe ist der Anteil der atypisch Beschäftigten gestiegen, das Normalarbeitsverhältnis ist hier aber noch wesentlich stärker verbreitet als im Dienstleistungssektor. Im Jahr 2009 waren im Produzierenden Gewerbe 15,8 % der abhängig Erwerbstätigen atypisch beschäftigt.



5.5 Regionale Unterschiede

Die Darstellungen zum Thema Erwerbsverhalten und Arbeitsmarkt bezogen sich bisher auf Durchschnittswerte für Nordrhein-Westfalen. Im Folgenden wird gezeigt, dass es zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens sowohl hinsichtlich der Erwerbsorientierung der Bevölkerung als auch hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation deutliche Unterschiede gibt. Die regionale Differenzierung zeigt unter anderem die nach wie vor bestehenden Arbeitsmarktprobleme des vom Strukturwandel im besonderen Maße betroffenen

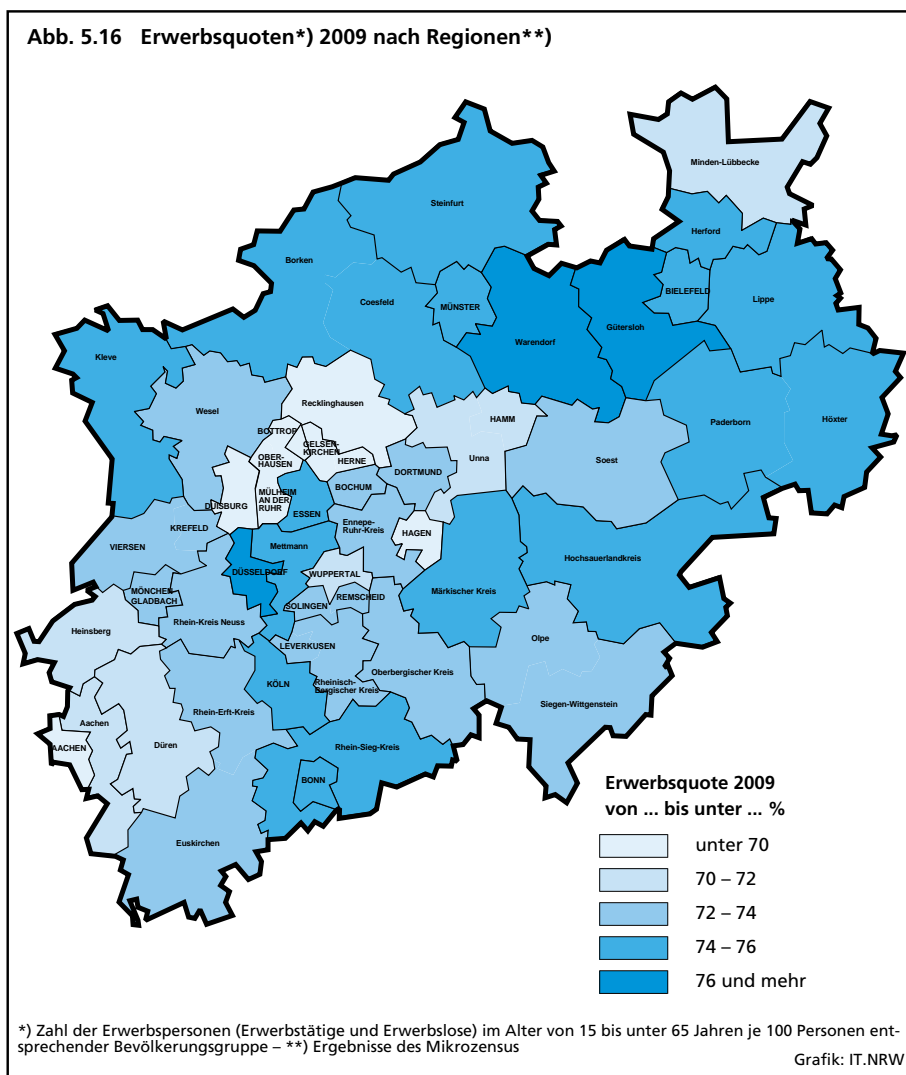
Ruhrgebiets. Aber auch innerhalb dieser Region zeichnen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Erwerbsquoten ab.

Abbildung 5.16 zeigt die Erwerbsquoten in Nordrhein-Westfalen differenziert nach kreisfreien Städten und Kreisen. Die höchste Erwerbsquote weist der Kreis Warendorf mit 77,4 % auf, die niedrigste die Universitätsstadt Aachen mit 68,2 %.

Erwerbsquoten unter 70 % finden sich ansonsten nur im westlichen Ruhrgebiet (Duisburg, Gelsenkirchen/Herne, Kreis Recklinghausen, Mülheim an der Ruhr/Oberhausen/Bottrop²⁷⁾) und in Hagen. Aber auch im Ruhrgebiet fallen die Erwerbsquoten sehr unterschiedlich aus. So weisen Essen und Bochum mit 74,1 % bzw. 73,9 % sowie der Ennepe-Ruhr-Kreis mit 73,8 % sogar leicht überdurchschnittliche Erwerbsquoten auf.²⁸⁾

Unterdurchschnittliche Erwerbsquoten im westlichen Ruhrgebiet

Vergleichsweise hohe Erwerbsquoten finden sich in einigen Städten und Kreisen der Rheinschiene (Düsseldorf, Köln, Rhein-Sieg-Kreis, Bonn, Kreis Mettmann) so-

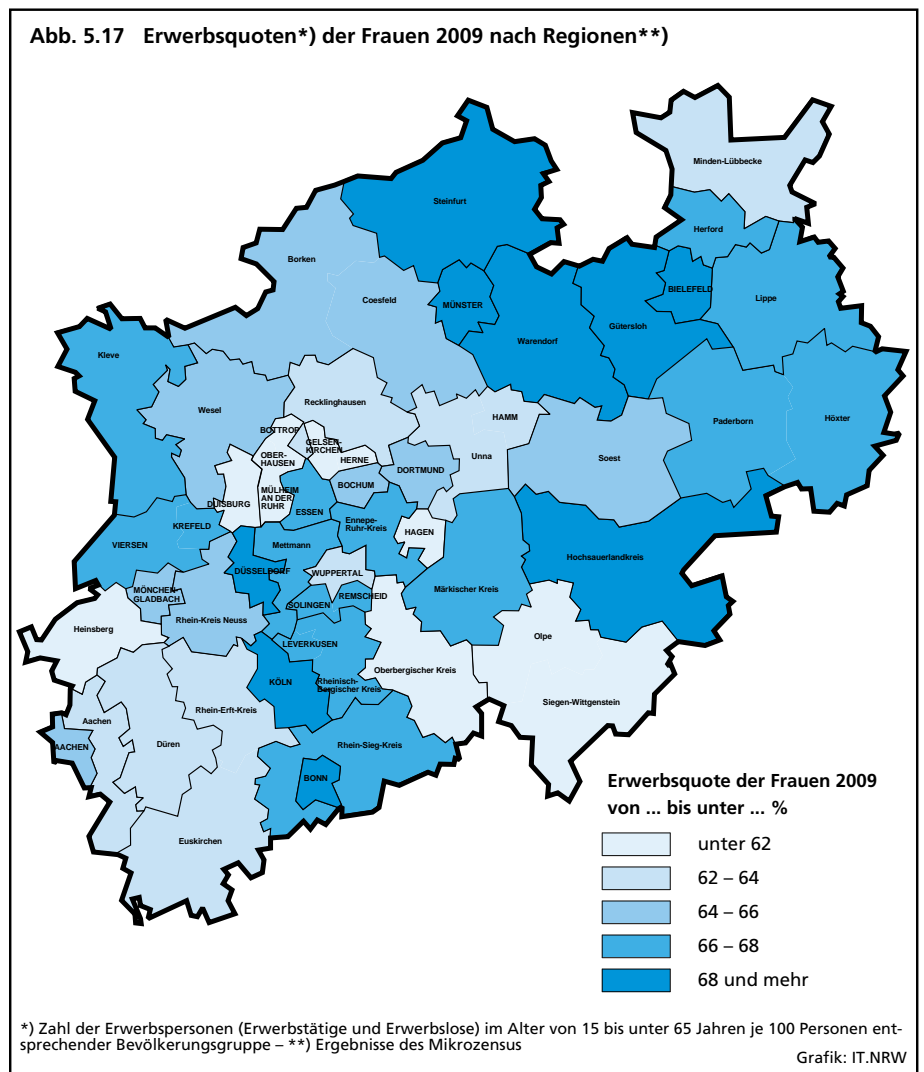


27) Bei der Darstellung der Erwerbsquoten auf regionaler Ebene auf Basis des Mikrozensus mussten einige Kreise bzw. kreisfreie Städte zusammengefasst werden, um hinreichend große Fallzahlen für belastbare Ergebnisse zu erreichen. – 28) Zum Vergleich: Die Erwerbsquote in Nordrhein-Westfalen insgesamt lag im Jahr 2009 bei 73,2 %.

wie im Münsterland (Kreis Warendorf, Münster, Kreis Steinfurt, Kreis Borken/ Kreis Coesfeld), aber auch in Ostwestfalen-Lippe (Gütersloh, Bielefeld, Kreis Herford, Kreis Lippe, Kreis Paderborn/Kreis Höxter), im Sauerland (Märkischer Kreis, Hochsauerlandkreis) und im Kreis Kleve.

Erwerbsquote der Frauen in Duisburg mit 60,1 % am niedrigsten und in Düsseldorf mit 72,4 % am höchsten

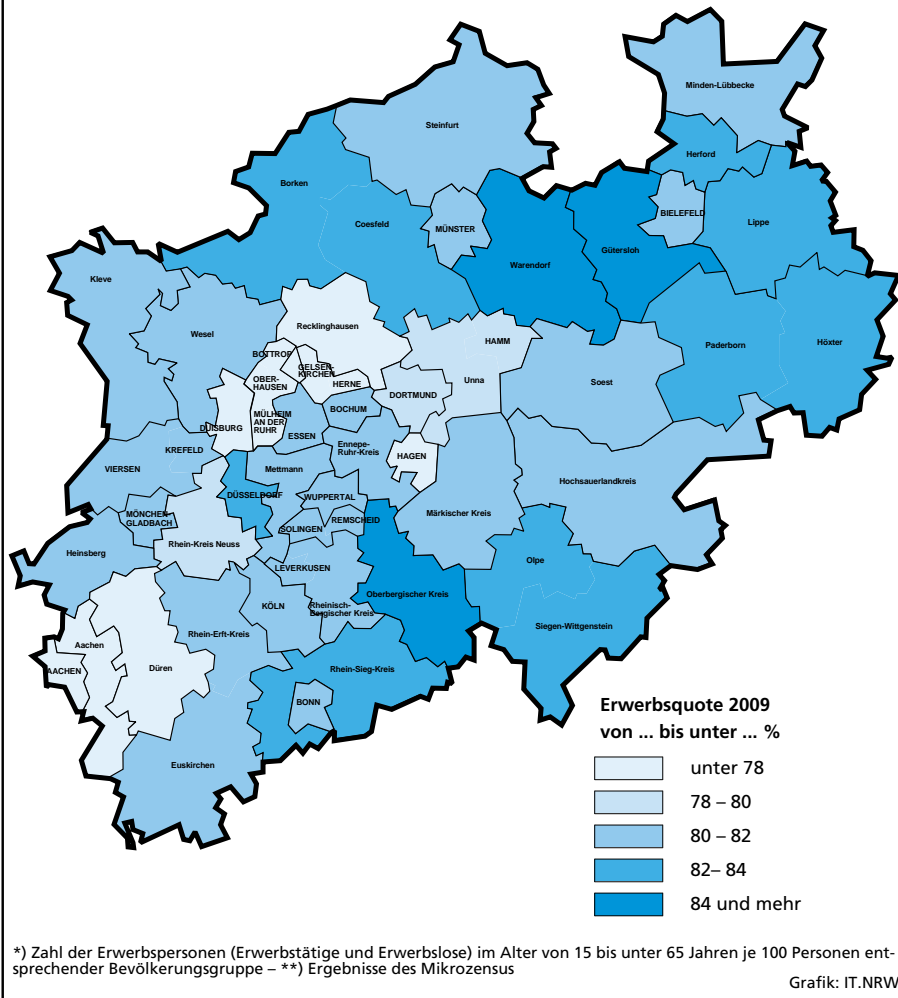
Die Erwerbsquoten der Frauen variieren zwischen 60,1 % in der Ruhrgebietsstadt Duisburg und 72,4 % in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die höchsten Erwerbsquoten der Frauen finden sich in den Großstädten der Rheinschiene (Düsseldorf, Köln und Bonn) sowie in Bielefeld, im Münsterland (Münster, Kreis Warendorf, Kreis Steinfurt), im Kreis Gütersloh sowie im Hochsauerlandkreis. Eine deutlich unterdurchschnittliche Erwerbsorientierung der Frauen ist im Bergischen Land (Olpe, Siegen-Wittgenstein, Oberbergischer Kreis) im Kreis Heinsberg sowie in Teilen des Ruhrgebiets (Duisburg, Gelsenkirchen/Herne, Mülheim an der Ruhr/Oberhausen/Bottrop, Hagen) zu verzeichnen. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil bei Frauen in städtischen Gebieten ansonsten eine überdurchschnittliche Erwerbsorientierung besteht.



Erwerbsquote der Männer in Aachen mit 70,3 % am niedrigsten und im Kreis Warendorf mit 86,2 % am höchsten

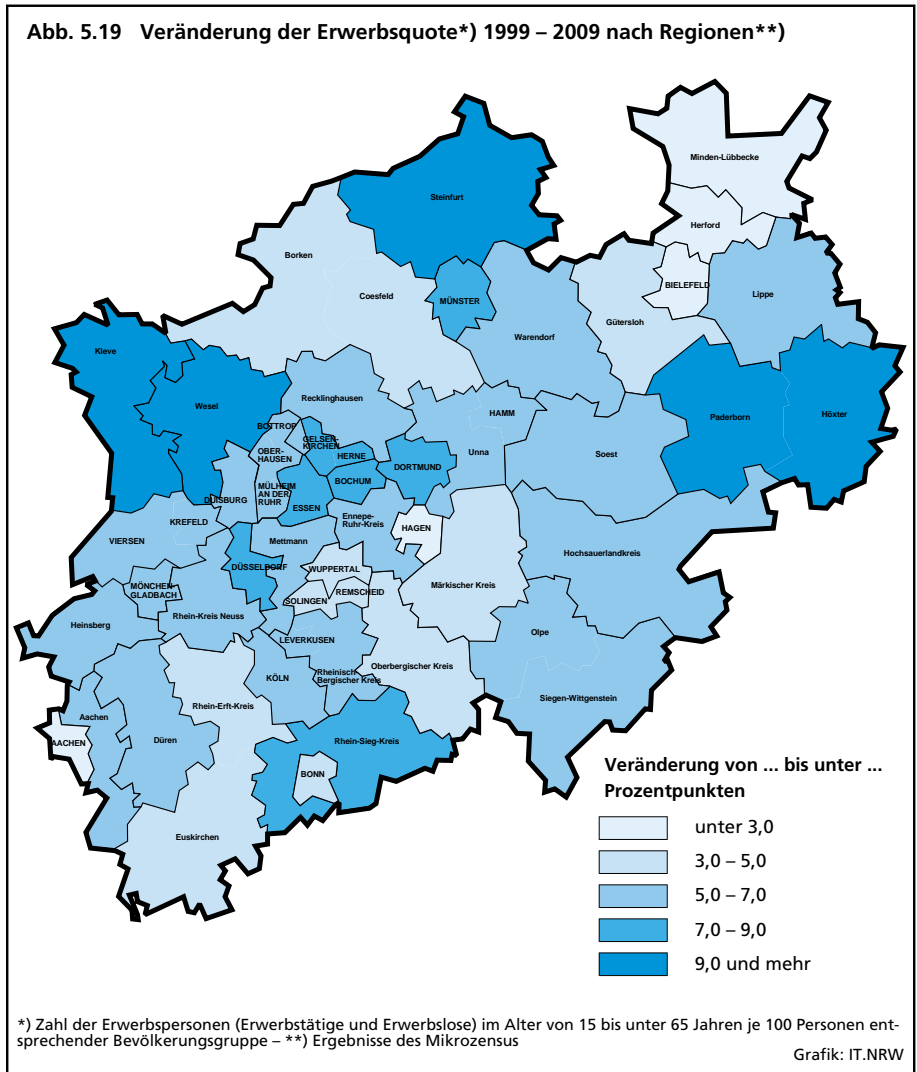
Die Spannweite der Erwerbsquoten der Männer ist noch etwas höher als die der Frauen: Sie variieren zwischen 70,3 % in der kreisfreien Stadt Aachen und 86,2 % im Kreis Warendorf. Nur in Teilen des Ruhrgebietes (Duisburg, Gelsenkirchen/

Abb. 5.18 Erwerbsquoten*) der Männer 2009 nach Regionen**)



Herne, Mülheim an der Ruhr/Oberhausen/Bottrop, Hagen, Kreis Recklinghausen) und in der Region Aachen/Düren liegen die Erwerbsquoten der Männer unter 78 %. Deutlich überdurchschnittliche Erwerbsquoten der Männer finden sich neben dem Kreis Warendorf auch im Kreis Gütersloh und im Oberbergischen Kreis.²⁹⁾

29) Zum Vergleich: Die Erwerbsquote der Männer in Nordrhein-Westfalen insgesamt lag im Jahr 2009 bei 80,5 %.

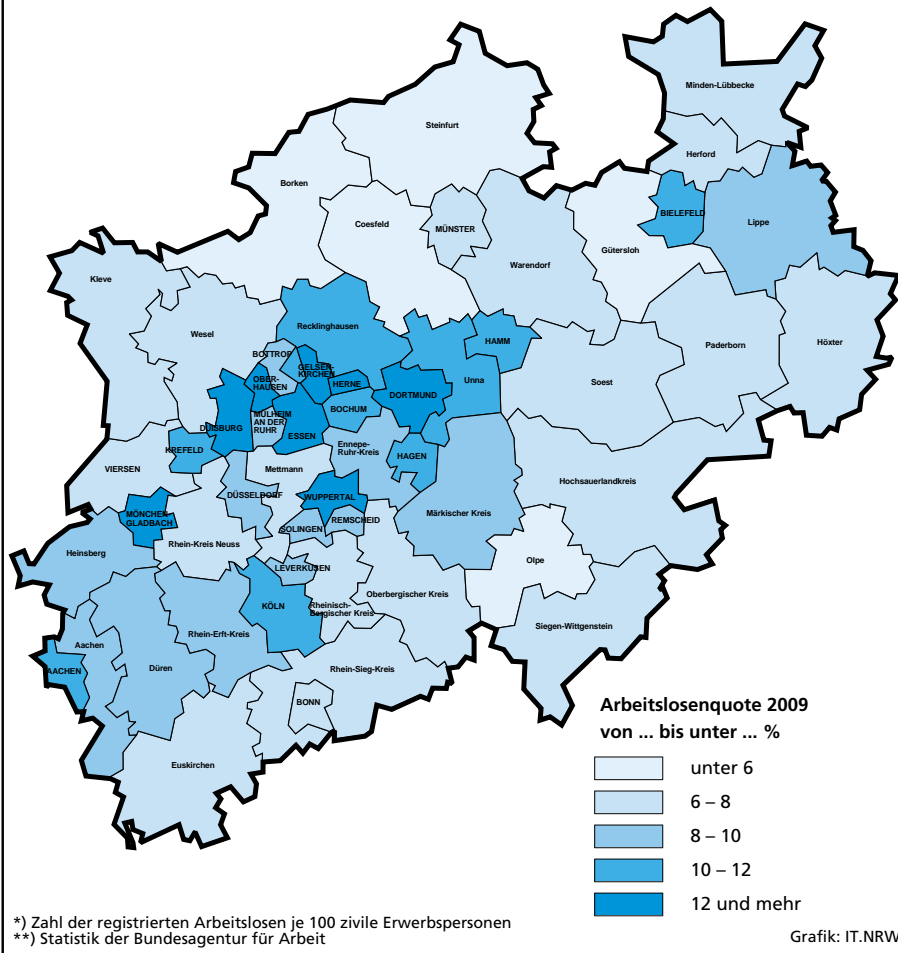


Das Ruhrgebiet holt auf.

Abbildung 5.19 bildet die Veränderung der Erwerbsquoten von 1999 bis 2009 ab. Dabei zeigt sich unter anderem, dass das Ruhrgebiet aufholt. So weisen einige Ruhrgebietsstädte (Bochum, Essen, Gelsenkirchen/Herne und Dortmund) sowie der Kreis Wesel überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Ein überdurchschnittlicher Anstieg der Erwerbsquoten findet sich zudem im Münsterland (Kreis Steinfurt, Münster), in der Landeshauptstadt Düsseldorf und im Rhein-Sieg-Kreis sowie in den Kreisen Höxter/Paderborn und dem Kreis Kleve.

Eine deutlich unterdurchschnittliche Entwicklung der Erwerbsquoten (weniger als 3 Prozentpunkte Zuwachs in der vergangenen Dekade) sind in der Stadt Aachen, in der Ruhrgebietsstadt Hagen, sowie in Ostwestfalen (Bielefeld, Kreis Minden-Lübbecke, Kreis Herford) zu verzeichnen.

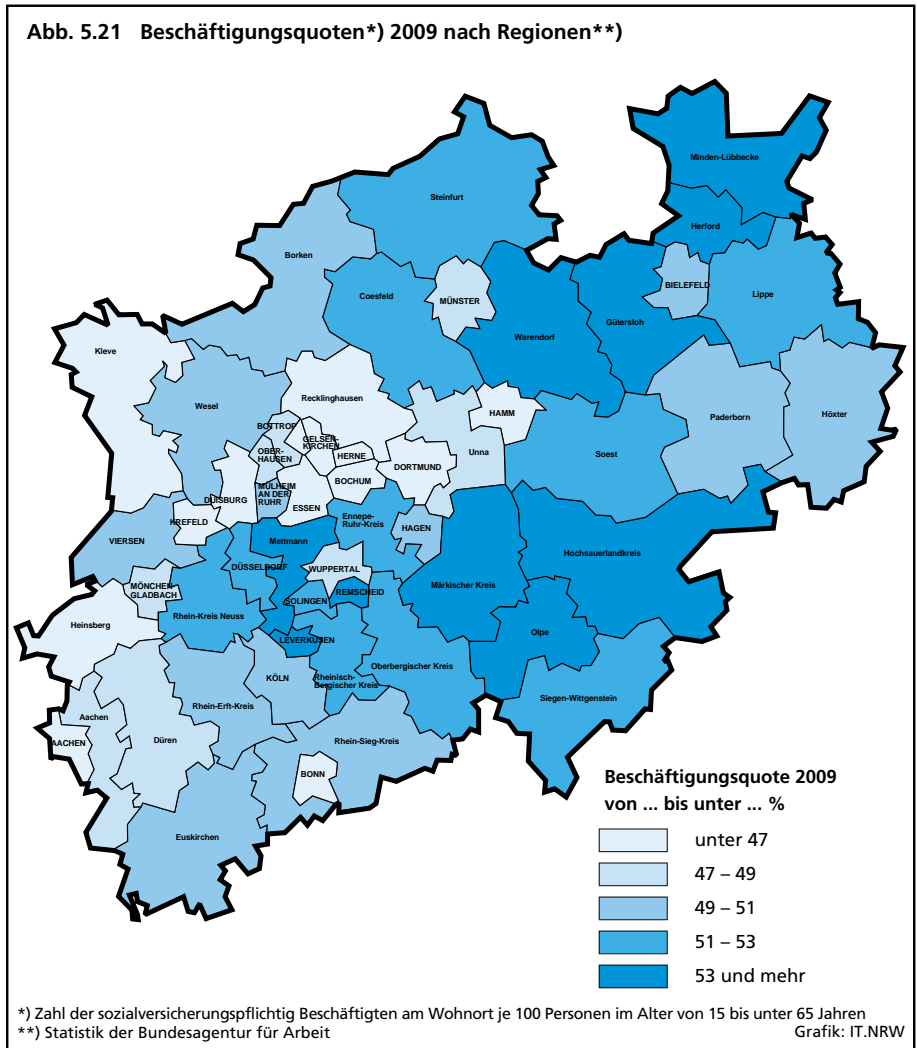
Abb. 5.20 Arbeitslosenquoten*) 2009 nach Regionen**)



Die Arbeitslosenquoten³⁰⁾ variieren zwischen 4,4 % im Kreis Coesfeld und 15,1 % in Gelsenkirchen. Arbeitslosenquoten von über 12 % finden sich in den Ruhrgebietstädten Gelsenkirchen, Dortmund, Herne, Duisburg, Oberhausen und Essen, aber auch in Wuppertal und Mönchengladbach. Stark unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten weist das Münsterland auf (Kreis Borken, Kreis Steinfurt, Kreis Coesfeld), aber auch in den Kreisen Gütersloh und Olpe liegt die Arbeitslosenquote unter 6 %.

Arbeitslosenquoten in Nordrhein-Westfalen variieren zwischen 4,4 % im Kreis Coesfeld und 15,1 % in Gelsenkirchen.

30) Um eine kleinräumige, kreisscharfe Betrachtung zu ermöglichen, wird auf die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zurückgegriffen. Das Konzept der Arbeitslosigkeit unterscheidet sich von dem in den anderen Berichtsteilen verwendeten „ILO-Konzept“ der Erwerbslosigkeit (nähere Informationen zu den Unterschieden vgl. Glossar.)



Beschäftigungsquoten variieren zwischen 39,0 % in der Universitätsstadt Aachen und 60,3 % im Märkischen Kreis.

Die Beschäftigungsquoten³¹⁾ variieren zwischen 39,0 % in der Universitätsstadt Aachen und 60,3 % im Märkischen Kreis. Beschäftigungsquoten von 53 % und höher sind in Ostwestfalen (Kreis Gütersloh, Kreis Herford, Kreis Minden-Lübbecke), im Kreis Warendorf, im Sauerland (Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Hochsauerlandkreis) sowie im Kreis Mettmann, in Leverkusen und in Remscheid zu verzeichnen.

Beschäftigungsquoten unter 47 % finden sich vor allem im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen, Herne, Hamm, Dortmund, Bochum, Essen, Kreis Recklinghausen, Duisburg), aber auch am westlichen Rand Nordrhein-Westfalens (Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Kleve, Krefeld) sowie in Bonn.

31) Die Beschäftigungsquoten geben den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wieder. Nicht berücksichtigt werden hier Selbstständige, geringfügig Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte.

6 Verdienststrukturen

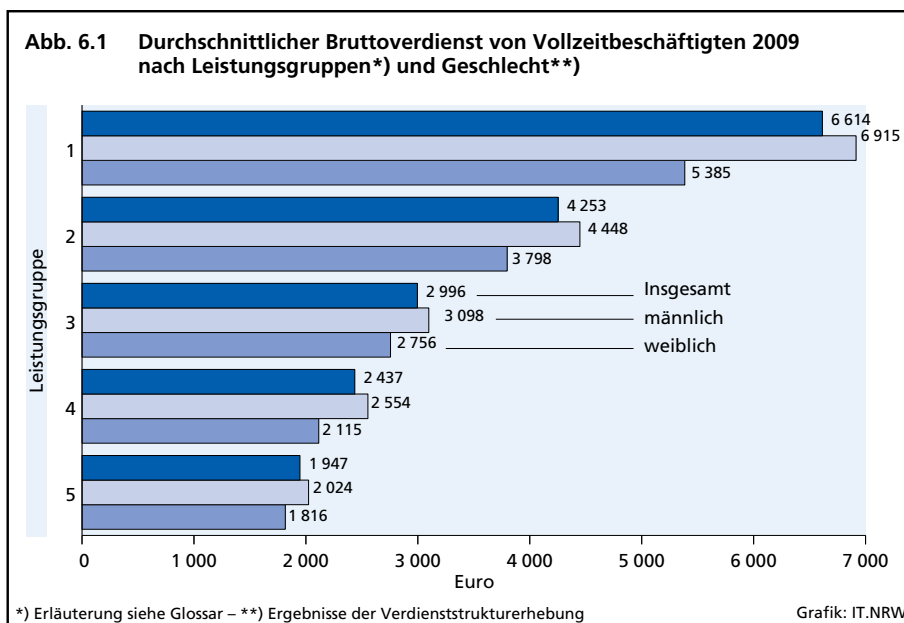
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von vollzeiterwerbstätigen Frauen liegt bei 3 091 Euro und somit um mehr als 700 Euro niedriger als bei Männern. Auch wenn nach Leistungsgruppen unterschieden wird, bleiben diese Unterschiede bestehen, insbesondere in der obersten Leistungsgruppe sind die Unterschiede deutlich ausgeprägt. Hier kommen Frauen nur auf 77,9 % des durchschnittlichen Verdienstes von Männern.
- Vor allem in den unteren Leistungsgruppen des Dienstleistungsbereiches werden nur sehr niedrige Einkommen erzielt.

Die Bruttomonatsverdienste reflektieren Qualifikationsunterschiede ebenso wie die Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen, insbesondere von Männern und Frauen. Im Folgenden werden die Verdienststrukturen nach Geschlecht, Leistungsgruppen (siehe Glossar) sowie Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsbereich dargestellt.

Im Jahr 2009 lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und -nehmern³²⁾ in Nordrhein-Westfalen bei 3 608 Euro. Die Spanne nach den Leistungsgruppen (siehe Glossar) ist dabei groß: In der untersten Leistungsgruppe liegt der durchschnittliche Bruttoverdienst bei 1 947 Euro, während er in der obersten bei 6 614 Euro liegt. Der durchschnittliche Bruttoverdienst von vollzeiterwerbstätigen Frauen³³⁾ liegt um gut 700 Euro niedriger als der der Männer: Frauen erzielen 3 091 Euro, Männer 3 815 Euro. Frauen beziehen somit 81,0 % der Bruttobezüge von Männern. Be-

Vollzeiterwerbstätige Frauen verdienen durchschnittlich 700 Euro weniger als Männer.



32) Die folgende Darstellung konzentriert sich auf vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und -nehmer. Bei diesen lassen sich (Brutto-)Monatsverdienste vergleichend darstellen, die leichter eingängig sind, als die Bruttostundenverdienste. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Vollzeiterwerbstätigen höher ist als der von Teilzeitbeschäftigten. Insbesondere in den oberen Leistungsgruppen zeigen sich erhebliche Verdienstunterschiede zu Ungunsten der Teilzeitbeschäftigten. – 33) Zu den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern vgl. Schuler (2009).

sonders ungünstig ist die Einkommensposition von Frauen in der höchsten Leistungsgruppe, wo sie nur auf 77,9 % des durchschnittlichen Verdienstes von Männern kommen. Am niedrigsten fallen die Unterschiede im Verdienst zwischen Frauen und Männern in der untersten Leistungsgruppe aus. Hier kommen Frauen auf 89,7 % des durchschnittlichen Verdienstes von Männern.

Da Frauen und Männer sehr unterschiedlich über das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich verteilt sind, werden diese Bereiche im Folgenden getrennt betrachtet. Im Produzierenden Gewerbe liegt der Durchschnittsverdienst von Vollzeitbeschäftigten mit 3 598 Euro nahezu auf dem Niveau des Durchschnittsverdienstes insgesamt. Dennoch ist der Bruttoverdienst im Produzierenden Gewerbe in allen Leistungsgruppen überdurchschnittlich. Dass der Bruttoverdienst im Produzierenden Gewerbe insgesamt dennoch etwas niedriger ausfällt, ist auf eine überdurchschnittliche Besetzung der unteren Leistungsgruppen im Produzierenden Gewerbe zurückzuführen.

Im Produzierenden Gewerbe erzielen Frauen knapp 80 % des Bruttoverdienstes von Männern.

Vollzeiterwerbstätige Frauen erzielen insgesamt 79,2 % des Bruttoverdienstes von Männern im Produzierenden Gewerbe. Nach Leistungsgruppen differenziert zeigen sich auch im Produzierenden Gewerbe deutliche Unterschiede, allerdings lässt sich hier kein Muster erkennen. Der geringste Verdienstabstand zeigt sich in der zweithöchsten Leistungsgruppe, wo Frauen auf 91,7 % des Bruttoverdienstes von Männern kommen. Der höchste Verdienstabstand besteht in der zweitniedrigsten Gruppe mit 77,1 %.

In den unteren Leistungsgruppen des Dienstleistungsbereichs wird wenig verdient.

Im Dienstleistungsbereich wird von Vollzeiterwerbstätigen mit 3 615 Euro ein Bruttoverdienst erzielt, der leicht über dem Landesdurchschnitt liegt. In den einzelnen Leistungsgruppen liegt der Verdienst jeweils etwas niedriger als im Durchschnitt. Insbesondere bei den beiden unteren Leistungsgruppen ist der Verdienst im Dienstleistungsgewerbe unterdurchschnittlich. In der untersten Gruppe liegt der Bruttomonatsverdienst bei lediglich 1 736 Euro. Dass der Durchschnittsverdienst dennoch überdurchschnittlich ausfällt, liegt an der Verteilung der Beschäftigten über die Leistungsgruppen, denn es sind 65,2 % der Beschäftigten der obersten Leistungsgruppe im Dienstleistungsbereich tätig.

In der obersten Leistungsgruppe des Dienstleistungsbereichs erzielen Frauen nur gut drei Viertel des Verdienstes von Männern.

Vollzeitbeschäftigte Frauen erzielen im Dienstleistungssektor einen Verdienst von 3 128 Euro, dies entspricht 80,2 % des Verdienstes der vollzeiterwerbstätigen Männer. Somit ist die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen geringfügig niedriger als im Produzierenden Gewerbe. Nach den Leistungsgruppen zeigen sich auch im Dienstleistungsbereich erhebliche Unterschiede. In den unteren Leistungsgruppen sind die Unterschiede am geringsten: Hier kommen Frauen auf 93,6 % des Bruttoverdienstes von Männern. Je höher die Leistungsgruppe, desto höher ist auch der Abstand. In der obersten Leistungsgruppe kommen Frauen lediglich auf 76,8 % des Bruttoverdienstes von Männern.

Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld: WBV-Verlag.

BMBF (2010): Berufsbildungsbericht 2010. Bonn: Ministerium für Bildung und Forschung (www.bmbf.de).

Cicholas, Ulrich; Ströker, Kerstin (2009): Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2008 bis 2030/2050. In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 60.

Dombois, Rainer (1999): „Der schwierige Abschied vom Normalarbeitsverhältnis“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/1999, S. 13 – 20.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2009): Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Armutsrisiko. Düsseldorf MAISNRW. http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse_1_09_Atypische_Beschaeftigung.pdf (Stand: 05.11.2010)

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2010a): Sozialindikatoren NRW-aktuelle Entwicklungen. Düsseldorf MAIS NRW. http://www.mags.nrw.de/sozialberichte/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse_3_10_Sozialindikatoren.pdf (Stand: 05.11.2010)

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (2010b): Statistische Berichte. Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen 2009. <https://webshop.it.nrw.de/webshop/download.php?id=16379> (Stand: 14.09.2010)

Kirsch, André (2010): Wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Bericht zum Frühjahr 2010. Düsseldorf. IT.NRW.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (2005): Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen 2004. <https://webshop.it.nrw.de/webshop/download.php?id=12621> (Stand: 14.09.2010)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2007): Sozialbericht NRW 2007. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf. http://www.mags.nrw.de/sozber/sozialberichterstattung_nrw/aktuelle_berichte/SB2007_neu.pdf (Stand: 05.11.2010)

Munz, Eva; Seifert, Wolfgang; Cloos, Bertram (2007): Frauen zwischen Beruf und Familie. Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen 1997 – 2005. Düsseldorf: MGFFI NRW.

Nold, Daniela (2010): Sozio-Ökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern 2008. In: Wirtschaft und Statistik, 2/2010, S. 138 – 149.

Nöthen, Manuela (2005): Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“. Neuerungen in der Familienberichterstattung des Mikrozensus. In: *Wirtschaft und Statistik* 1/2005, S. 25 – 40.

Peuckert, Rüdiger (2002): *Familienformen im sozialen Wandel*. Opladen.

Schuler, Barbara (2009): *Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen (Voll- und Teilzeitbeschäftigte): Anhand der IAB-Regionalstichprobe*. Verlag Dissertation.de.

Seifert, Wolfgang (2010): *Der Mikrozensus als Basis für ein Integrationsmonitoring im Bereich Arbeitsmarkt – Ansatzpunkte und empirische Grunddaten*. In: *Statistische Analysen und Studien*, Band 65, S. 3 – 15.

Seifert, Wolfgang; Cloos, Bertram; Sieglen, Georg; Bauer, Frank (2010): *Erwerbsbeteiligung Älterer in Nordrhein-Westfalen 1997 – 2008*. Düsseldorf MGFFI NRW.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009): *Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Anhang

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Glossar

Altenquotient

Der Altenquotient verdeutlicht das zahlenmäßige Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter zu der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Der Altenquotient wird berechnet als Zahl der 65-Jährigen und Älteren dividiert durch die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen. Als obere Altersgrenze der wirtschaftlich aktiven Generation wird hier das (alte) gesetzliche Verrrentungsalter gewählt.

Arbeitslose

– Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Zu den bei der BA registrierten Arbeitslosen im Sinn des SGB III zählen alle Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden in der Woche umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine mindestens 15 Stunden in der Woche umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Dauer von mehr als 7 Kalendertagen suchen,
- eine Arbeitnehmertätigkeit ausüben können und dürfen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit verfügbar, d. h. sofort arbeitsfähig und -bereit sind und
- sich persönlich bei der Agentur für Arbeit gemeldet und ihren Wohnsitz in Deutschland haben.

Arbeitslosenquote

– Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Zahl der registrierten Arbeitslosen je 100 abhängige zivile Erwerbspersonen (= Arbeitslose, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Beamtinnen und Beamten (ohne Soldatinnen und Soldaten))

Ausbildungsbereiche

Es werden sechs Ausbildungsbereiche unterschieden:

IH Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe
(abgekürzt: Industrie, Handel u. a.)

Hw Handwerk

Lw Landwirtschaft

ÖD Öffentlicher Dienst

FB Freie Berufe (Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Notarinnen und Notare, Patentanwältinnen und -anwälte, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Steuerberaterinnen und -berater, Tierärztinnen und -ärzte, Zahnärztinnen und -ärzte) sowie

S Sonstige (städtische Hauswirtschaft).

Beschäftigungsquote

– Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen der Bevölkerung entsprechenden Alters

Bildungsausländer/-innen, Bildungsinländer/-innen

Bildungsausländer/-innen sind Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder an einem Studienkolleg in Deutschland erworben haben. Als Bildungsinländer/-innen bezeichnet man Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben.

Einkommensstruktur

Die folgenden Daten stammen aus der Verdiensterhebung des Jahres 2009. Wegen zahlreicher Umstellungen in dieser Statistik sind hier Zeitreihen nicht aussagekräftig. Diese Statistik beruht auf einem 8,8-prozentigen Auswahlatz der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Für einzelne Bereiche mit einer großen Zahl an kleinen Betrieben, z. B. Einzelhandel, Gastgewerbe, Reisebüros, wurde die Abschneidegrenze auf 5 und mehr Beschäftigte abgesenkt. Mittlerweile wird der Dienstleistungsbereich nahezu vollständig abgebildet. Nicht erfasst werden lediglich Dienstleistungen in privaten Haushalten sowie exterritoriale Organisationen und Körperschaften. Darüber hinaus werden landwirtschaftliche Betriebe nicht erfasst. Ein Vorteil der Verdienststrukturerhebung ist, dass sie nach Leistungsgruppen differenziert und somit die Qualifikationsanforderungen des Arbeitsplatzes mit berücksichtigt. Dabei werden die fünf folgenden Leistungsgruppen betrachtet:

Einkommensstruktur – Leistungsgruppen

– Leistungsgruppe 1

Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Ebenso Arbeitnehmer/-innen, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Abteilungsleiter/-innen). Tätigkeiten werden selbstständig ausgeführt und erfordern umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse, die i. d. R. durch ein Hochschulstudium erworben werden.

– Leistungsgruppe 2

Arbeitnehmer/-innen mit sehr schwierigen und komplexen Tätigkeiten, für die i. d. R. eine abgeschlossene Berufsausbildung mit mehrjähriger Berufserfahrung sowie spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Tätigkeiten werden überwiegend selbstständig ausgeführt. Ebenso Arbeitnehmer/-innen in kleineren Verantwortungsbereichen (z. B. Vorarbeiter/-innen, Meister/-innen).

– Leistungsgruppe 3

Arbeitnehmer/-innen mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung i. d. R. eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

– Leistungsgruppe 4

Angelernte Arbeitnehmer/-innen mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber besondere Kenntnisse und Fertigkeiten für branchengebundene Aufgaben erforderlich sind.

– Leistungsgruppe 3

Ungelernte Arbeitnehmer/-innen mit einfachen, schematischen Tätigkeiten für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist

Erwerbslose – ILO-Konzept

Nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) gelten Personen im Alter von 15 und mehr Jahren als erwerbslos, wenn sie weniger als eine Stunde in der Woche beschäftigt sind, nicht selbstständig sind, in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben und verfügbar sind, d. h. innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Eine Registrierung bei der Agentur für Arbeit ist nicht erforderlich. Arbeitslos gemeldete Personen, die vorübergehend geringfügig tätig sind, zählen nach dem ILO-Konzept zu den Erwerbstätigen.

Erwerbslosenquote – ILO-Konzept

Zahl der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose zusammen) der entsprechenden Altersgruppe

Erwerbspersonen – ILO-Konzept

Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt. Die Zahl der Erwerbspersonen setzt sich zusammen aus der Zahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Erwerbspersonenpotenzial

Das Erwerbspersonenpotenzial ergibt sich aus der Summe der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und der Stillen Reserve.

Erwerbspersonenpotenzial – ungenutzt

Das ungenutzte Erwerbspersonenpotenzial umfasst Personen mit nicht realisiertem Erwerbwunsch und setzt sich zusammen aus den arbeitsmarktnäheren Erwerbslosen und der arbeitsmarktferneren Stillen Reserve.

Erwerbsquote – ILO-Konzept

Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen entsprechenden Alters

Erwerbstätige – ILO-Konzept

Erwerbstätige sind nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die pro Woche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige arbeiten oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Aus der ILO-Definition der Erwerbstätigkeit folgt, dass auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen sowie Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende als Erwerbstätige erfasst werden.

Personen, die länger als drei Monate aufgrund von Elternzeit oder Sonderurlaub vom Arbeitsplatz abwesend sind, werden seit 2005 nicht mehr zu den Erwerbstätigen gezählt. Dagegen gelten nach wie vor solche Personen als Erwerbstätige, die in der Berichtswoche wegen (Sonder-)Urlaub oder Elternzeit von einer Dauer von drei Monaten und kürzer oder wegen Krankheit nicht gearbeitet haben, aber in einem Beschäftigungsverhältnis stehen.

Erwerbstätigenquote – ILO-Konzept

Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen entsprechenden Alters

Erwerbstätige – abhängig Erwerbstätige

Beamtinnen und Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Auszubildende

Geringfügige Beschäftigung

Die gesetzlichen Grundlagen zur Bestimmung geringfügiger Beschäftigung haben sich im Beobachtungszeitraum verändert. Seit dem 01.04.2003 gilt ein Beschäftigungsverhältnis als geringfügig, wenn das monatliche Einkommen 400 Euro nicht übersteigt (geringfügig entlohnte Beschäftigung) oder die Beschäftigungsdauer zwei Monate bzw. 50 Arbeitstage pro Jahr nicht überschreitet (kurzfristige Beschäftigung). 1999 wurden (neben der kurzfristigen Beschäftigung) Beschäftigungsverhältnisse mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden und einem Einkommen von bis zu 630 DM als geringfügig eingestuft. Dies ist bei einem Zeitvergleich zu beachten. Zudem wurde ab dem Jahr 2005 die Erfassung geringfügig Beschäftigter im Mikrozensus verbessert. Ein Teil des beobachteten Zuwachses dürfte darauf zurückzuführen sein.

Zudem lassen sich geringfügig Beschäftigte danach unterscheiden, ob sie in Haupt- oder Nebentätigkeit einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. In diesem Bericht werden nur geringfügig Beschäftigte in Haupttätigkeit betrachtet. Diese Personengruppe ist von besonderem Interesse, da bei ihr aufgrund der Geringfügigkeit des Einkommens und der sozialen Absicherung die Erwerbsbeteiligung als prekärer eingestuft werden kann.

Jugendquotient

Der Jugendquotient verdeutlicht das zahlenmäßige Verhältnis der sich in Bildung und Ausbildung befindenden Kinder- und Jugendgeneration zu der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Der Jugendquotient wird berechnet als Zahl der unter 20-Jährigen dividiert durch die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen.

Langzeiterwerbslosenquote –ILO Konzept

Zahl der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die 12 Monate oder länger erwerbslos sind, je 100 Erwerbspersonen entsprechenden Alters

Lebensformen

Grundlage für die Bestimmung einer Lebensform sind soziale Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Eine Lebensform kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Die privaten Lebensformen der Bevölkerung werden im Mikrozensus grundsätzlich entlang zweier „Achsen“ statistisch erfasst: Erstens der Elternschaft und zweitens der Partnerschaft. Entsprechend dieser Systematik zählen zu den Lebensformen der Bevölkerung Paare mit ledigen Kindern und ohne ledige Kinder, alleinerziehende Elternteile mit Kindern sowie alleinstehende Personen. Als Haushaltsbefragung konzentriert sich der Mikrozensus auf das Beziehungsgefüge der befragten Menschen in den „eigenen vier Wänden“, also auf einen gemeinsamen Haushalt. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung, das so genannte „Living apart together“, bleiben daher unberücksichtigt. Lebensformen am Nebenwohnsitz sowie die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften werden aus der Betrachtung ausgeblendet.

Migrationshintergrund

Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer

- eine ausländische Staatsbürgerschaft hat,
- im Ausland geboren und selbst nach 1949 zugewandert ist oder
- einen Elternteil hat, der selbst zugewandert ist oder eine ausländische Staatsangehörigkeit hat.

Qualifikationsgruppen

Anhand der höchsten beruflichen und schulischen Qualifikation wurden drei Gruppen gebildet:

- Geringqualifizierte
Kein beruflicher Bildungsabschluss und keine (Fach-)Hochschulreife
- Qualifizierte
Höchster beruflicher Bildungsabschluss: Lehre, Berufsfachschulabschluss o. Ä. oder höchster schulischer Abschluss: (Fach-)Hochschulreife
- Hochqualifizierte
Höchster beruflicher Bildungsabschluss: Meister/-in, Techniker/-in, Fachschulabschluss, (Fach-)Hochschulabschluss

Selbstständige

Zu den Selbstständigen zählt, wer selbstständig ein Gewerbe, einen freien Beruf, eine Landwirtschaft oder ähnlichen Betrieb betreibt oder im Familienbetrieb mitarbeitet.

Stille Reserve

Als Stille Reserve werden Nichterwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter definiert, die

- aufgrund ihrer schlechten Chancen am Arbeitsmarkt keine Arbeit suchen,
- nicht aktiv nach einer Arbeit suchen, sich aber die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen, oder
- aktiv eine Arbeit suchen, aber innerhalb der nächsten zwei Wochen nicht für den Arbeitsmarkt verfügbar sind.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

– Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende, die kranken-, pflege-, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind

Teilzeiterwerbstätigkeit

Die Zuordnung zur Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit beruht im Mikrozensus auf Angaben der Befragten. Teilzeitarbeit kann unterschieden werden nach „regulärer“ Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung.

Teilzeiterwerbstätigkeit – regulär

Reguläre Teilzeiterwerbstätigkeit umfasst sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsverhältnisse sowie Teilzeittätigkeit von Beamtinnen und Beamten.

Wirtschaftszweige

Die wirtschaftliche Gliederung erfolgt auf der Grundlage der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 2003, Tiefengliederung für den Mikrozensus. Die folgende Tabelle (siehe Seite 76) gibt einen Überblick über die Zuordnung der einzelnen Branchen zu den im Bericht ausgewiesenen Wirtschaftszweigen.

Wirtschaftszweig	Branche (WZ-Nummer ¹⁾)
Landwirtschaft, Fischerei	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (11 – 50)
Produzierendes Gewerbe	Bergbau (101 – 145) Energie- und Wasserversorgung (401 – 410) Baugewerbe (451 – 455) Verarbeitendes Gewerbe <i>Grundstoffverarbeitung (231 – 287 und 371 – 372)</i> <i>Investitionsgüter (ohne Fahrzeugbau) (291 – 335)</i> <i>Fahrzeugbau (341 – 355)</i> <i>Verbrauchsgüter (151 – 223 und 361 – 366)</i>
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Handel (501 – 527) Verkehr- und Nachrichtenwesen (601 – 643)
Unternehmensnahe Dienstleistungen	Kredit- und Versicherungsgewerbe (651 – 672) sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen (701 – 748)
Personenbezogene Dienstleistungen	Gastgewerbe (551 – 555) sonstige personenbezogene Dienstleistungen (921 – 950)
Öffentliche und soziale Dienstleistungen	Erziehung und Unterricht (801 – 809) Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (851 – 853) Öffentliche Verwaltung (751 – 753) sonstige öffentliche und soziale Dienstleistungen (900 – 913, 990)

1) entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003, Fassung für den Mikrozensus

Verzeichnis der Texttabellen

Nr.		Seite
Kapitel 4		
4.1	Die zehn Ausbildungsberufe mit der höchsten Anzahl Auszubildender am 31.12.2009 nach Geschlecht	40
4.2	Die zehn Ausbildungsberufe mit der höchsten Anzahl ausländischer Auszubildender am 31.12.2009 nach Geschlecht	41
Kapitel 5		
5.1	Ungenutztes Erwerbspersonenpotenzial 1999, 2004 und 2009 nach Geschlecht	51
5.2	Abhängig Erwerbstätige 2009 nach soziodemografischen Merkmalen und Erwerbsformen.	57

Verzeichnis der Abbildungen

Nr.		Seite
Kapitel 2		
2.1	Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme 1999 – 2009	7
2.2	Bevölkerung im Alter von unter 100 Jahren am 31.12.2009 nach Geschlecht und Alter	9
2.3	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung seit 1952	10
2.4	Bevölkerung 2009 nach Migrationsstatus und Altersgruppen	12
2.5	Veränderung der Bevölkerungszahl vom 31. Dezember 2009 gegenüber dem 31. Dezember 1999 nach Regionen	13
2.6	Jugendquotient am 31.12.2009 nach Regionen	14
2.7	Altenquotient am 31.12.2009 nach Regionen	15
2.8	Veränderung der Bevölkerungszahl vom 1. Januar 2030 gegenüber dem 31. Dezember 2009 nach Regionen	17
2.9	Veränderung des Jugendquotienten vom 1. Januar 2030 gegenüber dem 31. Dezember 2009 nach Regionen	18
2.10	Veränderung des Altenquotienten vom 1. Januar 2030 gegenüber dem 31. Dezember 2009 nach Regionen	19
Kapitel 3		
3.1	Privathaushalte 1999, 2004 und 2009 nach Haushaltsgröße	21
3.2	Lebensformen 1999, 2004 und 2009	23
3.3	Familiale Lebensformen 1999, 2004 und 2009 nach Familientyp	24
3.4	Familiale Lebensformen 2009 nach Migrationsstatus der Bezugsperson bzw. des Partners und Familientyp	25
3.5	Familiale Lebensformen 1999, 2004 und 2009 nach Anzahl der Kinder	26
3.6	Familiale Lebensformen 2009 nach Familientyp und Anzahl der Kinder	27
3.7	Eheschließungen und Ehescheidungen 1999 – 2009	28
Kapitel 4		
4.1	Bevölkerung 1999 und 2009 nach Geschlecht und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss	30
4.2	Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2005 und 2009 nach Geschlecht und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss	31
4.3	Bevölkerung 1999 und 2009 nach Geschlecht und höchstem beruflichen Bildungsabschluss	32
4.4	Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2005 und 2009 nach Geschlecht und höchstem beruflichen Bildungsabschluss	33
4.5	Schülerbestand der allgemeinbildenden Schulen am 15. Oktober 1999 und 2009 nach Geschlecht und Schulform	34
4.6	Abgängerinnen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen in den Abgangsjahren 1999 und 2009 nach Geschlecht und Schulabschluss	35
4.7	Deutsche und nichtdeutsche Abgängerinnen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen in den Abgangsjahren 1999 und 2009 nach Schulabschluss	36
4.8	Abiturientenquote an allgemeinbildenden Schulen im Abgangsjahr 2009 nach Regionen	37
4.9	Anteil der weiblichen Auszubildenden 2009 nach Ausbildungsbereichen	38
4.10	Bildungsinländer/-innen und -ausländer/-innen im Wintersemester 2009/10 nach dem Land der Staatsangehörigkeit	42
4.11	Anteil der Studentinnen im Wintersemester 2009/10 nach Fächergruppen	43
Kapitel 5		
5.1	Entwicklung der Erwerbsquoten 1999 – 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen	46

5.2	Erwerbsquoten 1999 und 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen .	47
5.3	Erwerbsquoten 1999 und 2009 nach Geschlecht und Qualifikationsgruppen	48
5.4	Erwerbsquoten 2005 und 2009 nach Geschlecht und Migrationsstatus	49
5.5	Erwerbsquoten 2009 nach Geschlecht, Qualifikationsgruppen und Migrationsstatus	49
5.6	Bevölkerung 1999 und 2009 nach Geschlecht und Erwerbsstatus . . .	50
5.7	Entwicklung der Erwerbslosenquoten 1999 – 2009 nach Geschlecht .	52
5.8	Erwerbslosenquoten 1999, 2005 und 2009 nach Altersgruppen	52
5.9	Erwerbslosenquoten 1999 und 2009 nach Qualifikationsgruppen . . .	53
5.10	Erwerbslosenquoten 2009 nach Qualifikationsgruppen und Migrationsstatus	53
5.11	Langzeiterwerbslosenquoten 1999, 2005 und 2009 nach Qualifikationsgruppen	54
5.12	Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1999 – 2009	55
5.13	Erwerbstätige 1999 und 2009 nach Geschlecht und Erwerbsform . . .	56
5.14	Anteil der abhängig Erwerbstätigen mit atypischem Beschäftigungsverhältnis 1999 und 2009 nach Arbeitszeitumfang	57
5.15	Anteil der abhängig Erwerbstätigen mit atypischem Beschäftigungsverhältnis 1999 und 2009 nach Wirtschaftszweigen	58
5.16	Erwerbsquoten 2009 nach Regionen	59
5.17	Erwerbsquoten der Frauen 2009 nach Regionen	60
5.18	Erwerbsquoten der Männer 2009 nach Regionen	61
5.19	Veränderung der Erwerbsquote 1999 – 2009 nach Regionen	62
5.20	Arbeitslosenquoten 2009 nach Regionen	63
5.21	Beschäftigungsquoten 2009 nach Regionen	64
 Kapitel 6		
6.1	Durchschnittlicher Bruttoverdienst von Vollzeitbeschäftigten 2009 nach Leistungsgruppen und Geschlecht	65